DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

78 8. JAHRGANG März '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

GOLFKRIEG

Einäugigkeit, Antisemitismus, Antiamerikanismus usw. werden hierzulande den Menschen vorgeworfen, die gegen diesen blutigen Krieg am Golf protestieren. Diese Kritik entspricht der Blindheit der Kriegsberichterstattung, die mit der Lüge eines »sauberen« Krieges Emotionen unterdrücken und die Opfer des Krieges aus unserem Bewußtsein fernhalten soll. Opfer im Schatten dieses Krieges sind auch das palästinensische und das kurdische Volk deren Bedrohung und Unterdrückung sich noch drastisch verstärkt hat. Für sie kann nur eine »arabische Lösung« zum Frieden führen.
So fordert auch die Association Tunisienne des Femmes Democrates einen sofortigen Waffenstillstand und eine internationale Friedenskonferenz, die die Rechte aller in der Golfregion lebenden Völker vertritt. Als Protestaktion gegen den Krieg wird von verschiedenen Betrieben und Verbänden ein aktiver Steuerboykott vorgeschlagen und durchgeführt.
Beiträge auf den Seiten 3 bis 6.

FRAUEN

Frauen aus Ost- und Westdeutschland fordern das von der Treuhand verwaltete Vermögen der PDS und der Blockparteien für einen selbstverwalteten Frauenfonds – als Reparationszahlung für die Schäden, die Frauen in der Geschichte des Patriarchats zugefügt worden sind. Auch die Kosten der deutschen Einheit werden in überproportionalem Maß Frauen tragen müssen!
Näheres siehe Seite 6.

BANKEN UND UMWELT

Umweltschutz ist nun auch für die Hochfinanz interessant geworden – insofern es sich lohnt, darin zu investieren selbstverständlich. So haben verschiedene Großbanken Studien zur Umwelttechnologie anfertigen lassen und für diesen Bereich übereinstimmend einen enormen Wachstumsbedarf festgestellt. Was steckt hinter den am Börsenmarkt angebotenen »Umweltaktien«? Sind sie mehr als ein Feigenblatt der normalen Wirtschaft?
Ein Beitrag auf Seite 13.

HAUSBESETZERINNEN

Die Suche nach Ausdrucksmöglichkeiten als Reaktion auf die Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße, Ost-Berlin, brachte eine Gruppe von KunststudentInnen auf eine ungewöhnliche Idee: »Die Simulation der Realität durch die Realität«, eine Hausbesetzung als Performance, als Filminszenierung, als Ausstellung... – die künstliche, künstlerische Hausbesetzung. Und jeder darf sich selbst spielen, HausbesetzerInnen spielen HausbesetzerInnen, Polizei spielt Polizei usw. ...
Ein Bericht auf Seite 10.

GENOSSENSCHAFTEN

Insbesondere der Prüfungsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. in Hamburg verzeichnet seit 1988 einen stetigen Zuwachs an selbstverwalteten Initiativen, die sich genossenschaftlich organisieren wollen. Zur Betreuung wurde dort eigens ein Gründungsberater eingestellt. Über seine Erfahrungen und Einschätzungen zu den Neugründungen berichtet Peter Brehmer.
Siehe Seite 12.

DAS ANDERE EUROPA

Die Diskussion um eine europaweite Zusammenarbeit von alternativen Projekten und Verbänden, für ein »Europa von unten« und eine europäische Projektemesse geht weiter. In dieser Ausgabe dokumentieren wir einen weiteren Aufruf der AG »Das Andere Europa«, eine Stellungnahme der Europäischen Frauen Aktion und berichten über ein Treffen in Straßburg.
Näheres siehe Seite 11.

NAZIS IN DRESDEN

Brandanschlag auf Szenekneipe

Ganz im Schatten der mörderischen Ereignisse am Golf sollten die Altlasten der deutschen Vereinigung sicher nicht stehen. Gemeint ist der Neo-Faschismus – brutale Überfälle einer ganz neuen Qualität lassen derzeit zumindest in Dresden einen Hauch von dem erahnen, was das Terrorsystem der Gaskammern ausmacht:

Das Café Bronxx am Morgen nach dem Überfall

Aus Dresden Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Nackte Gewalt, die nur noch Angst und Schrecken verbreiten soll. In der Dresdner Neustadt fielen scharfe Schüsse, gab es Schwerverletzte – drei besetzte Häuser wurden von Faschosturmtruppen geräumt, Brandsätze flogen auf Szenetreffs und Cafés. Nazis treten auf, die mit mafiotischen Strukturen Personen ausspähen und ihnen auflauern oder Schutzgelder von vietnamesischen Straßenhändlern erpressen. Ein ganzer, von der Alternativszene dominierter Stadtteil soll erklärtermaßen aufgerollt und »von Linken gesäubert« werden.

Bezeichnend für ein durch Nazi-Terror geprägtes Klima ist es schon allein einmal, wenn du als Wessi-Reisender in Sachen CONTRASTE nurmehr Zeugen und Berichtende antriffst, die lediglich ungenannt – unter Pseudonym – schreiben können. In den fünfeinhalb armen Bundesländern sind namentlich bekannte AntifaschistInnen allemal von Anschlägen bedroht. Und ein allmählich das Niveau der Weltwirtschaftskrise überwogendes Heer jugendlicher Arbeitsloser und absolut Verarmter wirkt dabei nach wie vor wie ein schier unerschöpfliches Rekrutierungsreservoir für braune Kaderparteien mit militanter und gefährlicher Ausrichtung.

An den Wahlurnen des BRDigten Osten spielen sie dabei eher (noch) keine Rolle. »Normales« Stimmvieh der extremen Rechten – etwa die »Ewig Gestrigen« – lebt zu großer Zahl eher im Westen. Der neue Neofaschismus der Ex-DDR formiert sich als militante Bewegung der ersten VerliererInnen einer Bauchlandung in die deutsche Einheit. In den Wohnsilos ekliger Trabantenstädte bestehen mangels staatlicher Ressourcen keine Räume für die Träume von Kindern und Jugendlichen, die vor dem Nichts zu stehen glauben und in diesen Zeiten einem deutschen Wahn verfallen.

Nachdem Autonome und Türkengangs ihnen zuletzt in Berlin offensichtlich keinen Handlungsspielraum mehr ließen, wurden neue Aktions- und Kommandozentralen im Dresdner und Cottbusser Raum gebildet. Bereits im Frühjahr 90 zum »Führergeburtstag« marschierten ihre Reihen fest geschlossen. Seitdem tauchen immer häufiger zentrale Figuren der Faschoszene in Dresden auf und organisieren und schulen ihren Anhang als neue Kader in diversen Vereinen, Parteien und einer Wehrsportgruppe.

Dabei gebildete »Sturmeinheiten« greifen zunehmend auch zu lebensbedrohendem Terror. Bereits vergangenen Sommer lag ein erster Antifaschist im Koma mit gebrochenem Schädel im Krankenhaus, und in diesem Winter eskalierten Nazianschläge bis zur völligen Vernichtung alternativer Wohnzusammenhänge und von Kneipen im Dresdner Szeneviertel Neustadt (»Bunte Republik Neustadt«).

Zu Jahresbeginn brannte die »Bronxx«, Vorreiterin der »Nachtcafés« des neuen Stils, lichterloh. Nächtliche Rollkommandos demolieren regelmäßig Autos, vorzugsweise DDR-Rostlauben, die erkennbar von »Linken« gefahren werden, und fakkeln sie ab. Auch die anderen Treffs und Lokale werden regelmäßig heimgesucht...

Dennoch verharmlosen die verantwortlichen Politiker die braune Gefahr. In einer Mischung aus grenzenlos geäußerter Naivität und unter Zuhilfenahme der Postulierung »demokratischer« Ideale wurden in der Vergangenheit Nazipropagandaveranstaltungen mit Geschichtsfälscher Irving (»Auschwitz-Lüge«) im städtischen Kulturpalast geduldet und ein bundesweiter Aufmarsch mit offener Zurschaustellung von NS-Symbolen hinter deutschen und österreichischen »Führer«figuren wie Kühnen und Küssel genehmigt. Gleichzeitig breitet ein Biedenkopf mit landesväterlicher Attitüde die Arme aus und verniedlicht im Fernsehen die bestehende Gefahr von rechts. ●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 8.

P 8008 E

5 001 1
00.2621
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

BERLINER LÖSUNG

Letzte Chance für Radio 100 ?

Die Berliner Mediengruppe »Schmitt & Partner« will den nicht nur finanziell ruinierten, linksalternativen Privatsender für 2,7 Millionen DM wieder aufpäppeln. Professionalität oder Inhalt war lange der Streitpunkt.

Jürgen Schäfer, Redaktion Berlin ● »Radio 100 ist endgültig tot ... Damit ist ein Prozeß abgeschlossen, der schon seit einiger Zeit im Gange ist, denn die Widersprüche zwischen politischem Anspruch auf der einen und wirtschaftlich und privaten Interessen auf der anderen Seite wurden bei Radio 100 zunehmend größer«. Dies schrieb – etwas voreilig – am 27. September 1990 das Berliner Szene-Blatt »Prowo«. Radio 100, das selbstverwaltete Privat-Radio mit »integriertem Szenefunk«, sendet auch weiterhin meist rund um die Uhr auf UKW 103,4 Mzh im Berliner Großraum. Doch das »Medienprojekt« ist schwer angeschlagen. Der größte Teil der hauptamtlichen MitarbeiterInnen hat den Sender inzwischen verlassen. Die fehlende Bezahlung, die miserablen Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die ruinierten persönlichen Beziehungen untereinander haben Radio 100 »ausbluten« lassen. Was ist falsch gelaufen, wer hat Schuld an der Situation? »Hierüber zu schreiben heißt etwas Falsches schreiben. Denn selbst für Insider stellt sich die Interessen- und Machtverteilung zunehmend als gordischer Knoten dar,« (taz-Berlin 11.1.91). Was ist also los in Berlin, Potsdamer Str. 131?

Der Sprung ins 24-Stunden-Programm

Radio 100 ging erstmals 1987 mit einem 3-Stunden-Programm auf Sendung. Wie auch bei anderen »linken Radioprojekten« (z.B. Radio Z Nürnberg) mußte die Frequenz mit einem kommerziellen Anbieter geteilt werden. Das führte in Berlin zu schon oft beschriebenen »Auseinandersetzungen«. Die Klospülung im Anschluß an die Nationalhymne ist die wohl bekannteste Episode aus dieser Zeit. Am 1. September 1989 bot sich durch die Pleite eines privaten Musikradios die Gelegenheit, die Frequenz zu wechseln und ein »24-Stunden-Vollprogramm« anzubieten. Trotz kontroverser Diskussionen über die personellen und finanziellen Möglichkeiten, war den meisten Radio-MitarbeiterInnen klar,daß diese Chance genutzt werden muß. Die heutigen finanziellen Probleme wurde allerdings schon sichtbar. »Wenn wir die Werbeeinnahmen nicht drastisch steigern, sind wir Februar '90 Pleite«, wurde auf einem Plenum verkündet. Im März 1990 war es dann soweit. Die Lohnzahlungen wurden größtenteils eingestellt – es gab Ausnahmen – und bis heute, Februar 1991, nicht wieder aufgenommen.

Die Krise wird öffentlich

In einem »Prinz«-Interview vom 21.6.90 nahm Radio 100 Geschäftsführer Thomas Thimme zu der Frage Stellung, ob Radio 100 am Ende ist? Thimme antwortete: »Quatsch, Radio 100 wird weiterbestehen, wenn auch in veränderter Form. Wir müssen uns neu positionieren. Das schulden wir dem Fall der Mauer und nicht der schlechten Finanzlage, wie es gerüchteweise immer wieder verbreitet wird.« Die Mauer ist Geschichte, Radio 100 finanziell am Ende. Thimme wollte zum Zeitpunkt des Interviews keine Informationen über die seit 3 Monaten eingestellten Lohnzahlungen an die Öffentlichkeit kommen lassen. Per Mitteilung an die MitarbeiterInnen wies er darauf hin, daß selbstverständlich alle Informationen über »interne Angelegenheiten« nicht veröffentlicht werden dürfen. Thimme verhandelte bereits mit zahlreichen Interessenten über den Verkauf der 34-Prozent-Anteile des MitarbeiterInnen-Vereins. Die Auflösung der Selbstverwaltung stand also zur Diskussion. Verhandlungspartner waren Zeitungsunternehmen wie der »Süddeutsche Verlag« und der bürgerlich-liberale Berliner »Tagesspiegel«, der heftig dementierte.

Am bedeutensten waren allerdings Verhandlungen mit einem »alten Bekannten«, der SPD-Medienholding »Lokal-Radio-Medien GmbH«, früher »Linksrheinischer Rundfunk«. Die »SPD-Unterhändler« hatten das Konzept ihres in Hamburg eingeführten Kommerzsenders »Radio 107« in der Tasche und wollten das »Experimentierfeld« in Berlin in den »Radio-Mainstream« überführen. Nach den ersten »gezielten« Presseveröffentlichungen bekamen die »linksrheinischen Herren« und die ebenfalls involvierte »Süddeutsche Zeitung« kalte Füße und gingen.

Fortsetzung auf Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Letzte Chance für Radio 100 ?

Ein Angebot der PDS-nahen Medienholding »EMB« wurde von einer knappen Mehrheit aus »politisch-moralischen« Gründen abgelehnt. Es blieb, um den Konkurs abzuwenden, schließlich nur noch die französische Radiokette »Nouvelle Radio Jeunesse« (NRJ).

Professionalität oder politischer Inhalt

Das »innere« Dilemma von Radio 100 läßt sich außerordentlich gut an den Konflikten im Sender verdeutlichen. Es gab zwei Fraktionen, die nicht mehr miteinander kommunizierten. Ein Großteil der aktuellen Redaktion »Welt am Draht«, darunter »ARB«-Geschäftsführer Rulff, trat für eine »Professionalisierung« des Senders ein. Martina Habersetzer, Ex-»Welt am Draht«-Redakteurin schrieb dazu in der »taz-Berlin« am 15.1.91: »Neben den politischen erwuchsen auch journalistische Ansprüche, und dazu gehörte eben auch eine differenzierte Recherche: nicht nur draufhauen, sondern sich mit allen Positionen und Argumenten auseinandersetzen. Hinzu kam der Anspruch an eine handwerkliche Professionalität«. Auch Geschäftsführer Thimme spricht von Professionalität und »vermutet«, daß bei einer Umstrukturierung des Senders viele der »Hobby-Journalisten« auf der Strecke bleiben. 6 Millionen Mark für die »professionelle Ausrichtung« erwartete diese Fraktion vom französischen Multi »NRJ«. Die Etablierung eines von »außen« kommenden Chefredakteurs (ein Mitarbeiter des »Sender Freies Berlin (SFB)«, die Änderung der Musikfarbe via »Hitparadencomputer«, die Reduzierung des Wortanteils pro Stunde auf 25 Prozent (inclusive Nachrichten, Werbung, Jingles), sowie die »Option« für »NRJ« auf weitere Gesellschafter-Anteile schreckte erst einmal nicht ab. Es war gedacht, so ist zu hören gewesen, eine Art »besserer SFB« zu werden.

Die Mehrheit der noch verbliebenen MitarbeiterInnen von Radio 100 wollte aber an den bisherigen »linken und selbstverwalteten« Strukturen nichts ändern. In einem Bericht im Berliner »Volksblatt« vom 6.9.90 heißt es: »Man fürchtet um die politischen Inhalte und das bisherige Arbeitsklima«. Letzteres dürfte mehr ein Scherz sein. In einem »Offenen Brief« der MitarbeiterInnen in der »taz« vom 11.12.90 ist zu lesen: »Der Count-Down für Radio 100 läuft ... Dem MitarbeiterInnen-Verein wird vorraussichtlich nichts anderes übrig bleiben, als ... den Verkauf seiner Anteile an den Pariser Radio-Multi NRJ zu unterzeichnen. Damit verbunden ist die Abschaffung all dessen, was uns und Euch an Radio 100 gebunden hat: Keine Vorschriften über Beitragslänge ... viel gute Musik, unzensierte Informationen und Polemik über Kultur und Politik, autonom gestaltete Programme von Frauen, AusländerInnen, Schwulen und Lesben ...«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Szene und ihr Radio

Die Diskussion, ob ein linkes und alternatives Radio, das gegen den »Einheitsbrei« schwimmt, besonders in einer Stadt wie Berlin Überlebenschancen hat, erübrigt sich zunächst. Die »Berliner Szene« ist aufgewacht und hat eine nicht für möglich gehaltene »Kampagne für Radio 100« eingeleitet. Benefiz- und Spendenaktionen beinahe täglich, ob »Saufen für Radio 100« in Berliner Kneipen oder »Fasten für Radio 100«, wie in »taz-Anzeigen« nahegelegt, oder die »sofortige Zusammenlegung aller linken Konten«, die noch übrig gebliebenen Radio-MacherInnen spürten zum ersten Mal, daß sie »wichtig« sind. Am 11.2.91 verkündete Werbe-Mitarbeiter Michael Neuner auf Radio 100: »Es sind bisher 2.750 Einzelspenden zwischen 10 und 500 D-Mark eingegangen. Der Kontostand vom 8.2.: 202.650 D-Mark«.

Die Berliner Lösung

Ende Januar '91 gab es eine Erklärung der Vorstände des MitarbeiterInnen-Vereins Werner Voigt und von »Tolleranz e.V.« Joachim Schulte, die das wohl endgültige Aus für »NRJ« bedeutete: »Nur um ein Ende des Senders mit allen finanziellen Folgen für die MitarbeiterInnen zu vermeiden hätten wir eine solche Lösung geschluckt. Nun liegt ein Einstiegsangebot der Mediengruppe »Schmitt & Partner« vor, das Radio 100 im Rahmen einer »Berliner Lösung« retten kann.« Einer der beiden Unterzeichner wird beim Vertragsabschluß mit »Schmitt & Partner« Chefredakteur werden und muß den Sender innerhalb eines Jahres »stabilisieren«.

Was kann Es, was muß Es, und was kann Es nicht?

Die Diskussion um das »Wie?« bei Radio 100 ist so alt wie das Medium selbst. Ich möchte hier nicht noch einmal Stichworte wie »Hörbarkeit, Wiedererkennung, Musikfarbe, Aktualität und Akzeptanz« aufgreifen. Radio 100 hatte unter den links-alternativen Radio-Projekten in Deutschland schon früh den Hang, »professionellen Journalismus mit Zielrichtung« zu machen. Die Diskussion, ob der eingeschlagene Weg richtig ist, oder wie er zu verbessern bzw. zu verändern wäre, fand seit September '89 nicht mehr statt. Im Gegensatz zu anderen Projekten (Radio Z Nürnberg, Radio Dreyeckland Freiburg) stellte sich Radio 100 bewußt in die Konkurrenz zu anderen Berliner Sendern wie »SFB 2«, »Rias 2« oder der »DDR-Jugendwelle DT 64«.

Doch weder finanziell noch personell, geschweige von den Arbeitsbedingungen, war dieser »Anspruch« zu verwirklichen. Es war, wie Martina Habersetzer in der »taz« schreibt, »...ein ständiges dem eigenen Anspruch Hinterherhecheln. Dies führte zu individueller Lähmung und Agonie, spürbar versickernder Diskussion und lustlos recherchierten Beiträgen ... dabei funktionierte die gute alte, linke Selbstausbeutungsmentalität bestens«. Warum wurde dies nicht besprochen? Nun, der vorherrschende Diskurs bei Radio 100 war das »Nicht-miteinander-Sprechen«.

Also schon wieder der Aufruf, Funktion, Inhalt und Selbstverständnis eines links-alternativen Radios öffentlich zu diskutieren? Nein.

Radio 100 wird nun entweder »genesen« oder »eingehen«. Die Grabrede dürfen wir zunächst verschieben, es scheint eine letzte Chance zu geben. ●

AUSSICHTEN FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT

»Die Berliner Linke ist nicht in der Lage, ihre Medien zu erhalten...«

Interview mit Erik Weihönig, Manager von »Schmitt & Partner« (Elefantenpress, Titanic, Freitag) über die Beteiligung bei »Radio 100«

CONTRASTE: Ihr wollt bei Radio 100 einsteigen. Hast du bereits alle Radio-Gesellschafter überzeugt?

WEIHÖNIG: Nein. »ARB« und »NRB« sperren sich noch etwas. Auch die »taz« kritisiert unsere Vorhaben. Dabei ist nicht einsichtig, warum gegen den Einstieg des französischen Radio-Multis »NRJ« nichts gesagt wird, aber wir abgelehnt werden.

Was habt ihr konkret zu bieten?

Wir wollen 2.75 Millionen D-Mark investieren ...

Ich hörte andere Summen.

Richtig, ursprünglich war eine kleinere Summe geplant, aber wir wollen die ausstehenden Gehälter und die Schulden bezahlen ...

Kennst du die genaue Summe?

800.000 D-Mark.

Genau.

Unsere Investitionen gliedern sich in 60.000 Mark monatlich für Büro und Verwaltung, 60.000 im Monat für Redaktion und 10.000 Mark für sonstiges. Wir rechnen mit Werbeeinnahmen im ersten Jahr von 700.000 Mark, die im zweiten Jahr auf 1.2 Millionen steigen müßten. Dann haben wir 300.000 Mark für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen und wollen den Etat im zweiten Jahr um 100.000 steigern.

Wenn die Rechnung aufgeht.

Sollte die Einnahmeseite überhaupt nicht funktionieren, müßte man das Projekt als gescheitert ansehen.

Willst du auf die bisherigen MitarbeiterInnen zurückgreifen?

Wir wollen bestimmte Leute sowohl aus der Werbung wie auch aus der Redaktion haben.

Viele sind gegangen.

Ich hörte, viele wollen zurückkommen.

Welche Strukturen werden sie vorfinden?

Wir zahlen zunächst Honorare in Höhe von 1.800 Mark, wir streben allerdings Tariflöhne an. Es sollen 15-18 feste freie Mitarbeiter sein, diese Zahl nannte mir die Redaktion. Es wird einen Chefredakteur und jeweils einen Chef vom Dienst geben, um das Programm am Tag »durchhörbar« zu machen.

Wer wird Chefredakteur?

Entweder Joachim Schulte oder Werner Voigt, beide aus dem jetzigen MitarbeiterInnenstamm.

Bleibt Thomas Thimme Geschäftsführer?

Wir wollten ihm einen zweiten Geschäftsführer, quasi als Controller, zuordnen. Die Linken machen immer den Fehler, alles auf eine Person abzuschieben.

Hat Thimme zugestimmt?

Er hat abgelehnt.

Bleibt er oder geht er?

Ich halte ihn für einen Gentlemen, der geht, wenn es an der Zeit ist.

Warum seid Ihr erst jetzt eingestiegen, wohin wollt Ihr mit dem Radio?

Elefanten-Press gibt es seit 18 Jahren, wir haben verschiedene Ambitionen. Im Gegensatz zu manchen Gerüchten wurden wir nicht aus dem Osten finanziert und konnten deshalb nach dem Zusammenbruch der DDR ohne Probleme weiterarbeiten. Wir haben sogar mit der »Volkszeitung« (West) und dem »Sonntag« (Ost) noch Vermögen erhalten. Das Geld für Radio 100 kommt aus unseren Immobilien. Ohne Immobilien kommst du im Kapitalismus nicht an Geld. 1987, als Radio 100 auf Sendung ging, sagten wir noch, wir seien »Printer«, Radio sei nicht unser Fach. Als es kritisch wurde, dachte ich, die Beteiligung von »NJR« ist bereits perfekt. Wir verhandeln über Radio erst seit Januar 91. Wenn du so willst, ist der Einstieg eine strategische Überlegung: Die linken Projekte kippen weg, man muß diese Zusammenhänge erhalten, das ist schließlich unser Umfeld. Überhaupt, daß die Linke in Berlin – verdammte Scheiße – nicht in der Lage ist ihre Medien zu erhalten...

Wie soll Radio 100 künftig aussehen?

Radio 100 ist und bleibt ein Lokalradio, also der Schwerpunkt ist der Großraum Berlin. Daneben braucht es eine Grundversorgung mit Nachrichten bis in die Nacht und am Wochenende. Dann kann ich mir mehr Live-Sendungen vorstellen, kontroverse Diskussionen und Konzertübertragungen. Das Radio muß in der Stadt präsent sein. Außerdem sollte die Musik im Tagesprogramm gemäßigter sein, dabei geht es um Erkennbarkeit und natürlich auch objektive Hörgewohnheiten.

Du willst also ins Programm eingreifen?

Man muß nicht gleich ins Programm eingreifen, ich habe mit der Redaktion diskutiert, wir gehen konform. Übrigens, die Abendschiene mit den Spezialprogrammen bleibt natürlich erhalten.

Ist das Geld bei Radio 100 gut angelegt?

Ja, auf jeden Fall. Ich will keine übliche Kapitalverzinsung, ich will den Sender erhalten. Um Kultur zu machen, braucht man Geld.

Abschließende Frage, willst du Radio 100 in das Unternehmen »Schmitt & Partner« integrieren?

Ja, schon. Journalistisch vor allem. Es gibt Leute bei »Titanic« und dem »Freitag«, die machen sehr gute Sachen und kommen eigentlich vom Radio. Man kann es als eine Art »Synergie« betrachten. Die Verlagsseite unterstützt die Redaktion, um das Produkt zu verbessern.

Vielen Dank für das Gespräch. ●

GESCHICHTE UND BISHERIGE BETEILIGUNGEN

Am 1.März 1987 kam Radio 100 zum ersten Mal über den Äther, damals noch auf der Frequenz des Schamoni-Senders 100,6. Im Sommer 1987 brach der »Chaotensender« (Schamoni) an Meinungsverschiedenheiten der Gründungsgesellschafter fast auseinander, konnte sich aber wieder fangen, um ab 1.Dezember 1987 auf 103,4 Megahertz mit einem umstrukturierten Programm zu senden.

Seit September 1989 gibt es das »mitarbeiterInnenbestimmte Projekt mit linkspluralistischem Programm« (Eigendefinition) rund um die Uhr.

GesellschafterInnen der Radio 100-Betriebs-GmbH sind der MitarbeiterInnenverein mit 34%, ARB (Anderes Radio Berlin u.a. Netzwerk, Medienoperative, taz und KOB) mit 32%, NRB (Neues Radio Berlin, ehemaliger Anbieter im Kabelhörfunk) mit 26%, TOLLeranz e.V. (Programm-MacherInnen der Schwulen- und Lesbensendung ELDoradio) mit 5% und der ProminentInnenverein Radioaktiv mit 3%

DOKUMENTATION

Gemeinsame Presseerklärung des Vereins der MitarbeiterInnen von Radio 100 e.V. und von Tolleranz F.V. (El Doradio)

Der Kabelrat hat am 26. Januar in Aussicht gestellt, den Verkauf von Anteilen an den französischen Musiksender Novelle Radio-Jeunesse (NRJ) zu genehmigen, der mit Blick auf eine Radio 100 zugesagte europaweite Satellitenfrequenz 38% der Anteile von Radio 100 (mit Option auf weitere 10%) übernehmen will.

Die Vorstände von MV und Eldoradio erklären, vorbehaltlich einer sicher zu erwartenden formellen Entscheidung ihrer Vereine, daß eine Unterschrift unter den o.g. Vertrag mit NRJ aus folgenden Gründen in den Vereinen nicht mehr mehrheitsfähig und unvertretbar ist: Der Vertrag mit NRJ bedeutet keine Verbesserung, sondern die Abschaffung von RADIO 100, da er u.a.vorsieht,

- daß Radio 100 keine/n der bisherigen MitarbeiterInnen weiterbeschäftigen muß,
- daß das Musikkonzept radikal durchkommerzialisiert wird,
- Wortanteile im Programm zu Gunsten von Werbezeiten gestrichen werden,
- selbstbestimmte sog. »Minderheiten-programme (fremdsprachige Programme von in Berlin lebenden AusländerInnen, Schwulen und Lesben) verschwinden.

Die Erwartung des Kabelrats, daß »Radio 100 mit einer nach wie vor mehrheitlichen Berliner Beteiligung, die auch Grundlage der neuen Zulassung ist, ... ein eigenes Profil unter Berücksichtigung auch von Minderheiten behält«, können wir nach unseren bisherigen Erfahrungen mit NRJ sowie unseren Co-Gesellschaftern ARB und NRB nicht teilen. Auch der Kabelrat sah sich nicht in der Lage, die Genehmigung innerhalb der bisherigen Sendeerlaubnis zu erteilen, »weil die vorgesehenen Veränderungen in ihrer Summe wesentlich von den Grundlagen der früheren Zulassung von Radio 100 abweichen.« Mit anderen Worten: Das Selbstbestimmungsmodell wird von einem Kapitalmodell abgelöst.

Nur um ein Ende des Senders mit allen finanziellen Folgen für die MitarbeiterInnen zu vermeiden, hätten wir eine solche »Alternative« geschluckt.

Nun liegt ein Einstiegsangebot der Mediengruppe Schmitt & Partner vor, das RADIO 100 im Rahmen einer »Berliner Lösung« retten kann. Es sieht eine Umstrukturierung der Organisation des Sendebetriebs vor (Reduzierung der Kernmann/frauschaft auf wenige fest Arbeitende, Bestimmung einer/s Chefredakteurin aus der bisherigen Redaktion, Weiterbeschäftigung der meisten festen MitarbeiterInnen, d.h. bei personeller Kontinuität). Dabei wird das bisherige Programm- und Musikkonzept und das Profil des Senders bewußt beibehalten, allerdings mit dem Ziel – und erstmals mit der finanziellen Ausstattung – RADIO 100 zu einem ernstzunehmenden Informationskanal auszubauen.

Berlin braucht jetzt mehr denn je wenigstens einen Sender, der unabhängig bleibt, sich dem allgemeinen Medien-Mainstream widersetzt – in Berichterstattung, Meinungsbildung und Musik.

Der Geschäftsführer von ARB hat öffentlich signalisiert, dem Verkauf an NRJ zuzustimmen. Das steht im Widerspruch zum Votum der Gesellschaftler von ARB (linksalternatives Spektrum von »Argument bis TAZ«), ihre Entscheidung mit den MitarbeiterInnen von RADIO 100 abzustimmen. Die, die den Sendebetrieb von RADIO 100 fast ein Jahr lang unbezahlt aufrechterhalten und obendrein durch hohe finanzielle Zuschüsse aus der eigenen Tasche das Ende des Senders – bei totaler Passivität der anderen Gesellschaftler – abgewendet haben, müssen bei dieser Entscheidung das letzte Wort haben. ●

EIN NEUER LAGERKRIEG ?

Der imperialistische Krieg am Golf und Palästina

»Wessen klagt man mich an? Der Parteilichkeit, des Engagements für eine bestimmte Seite? Einer solchen Beschuldigung stelle ich mich nicht entgegen. Ich bin nicht unparteiisch. Ich bin auf der Seite derer, die von der Unterdrückung vernichtet werden.« (Naji al-Ali, palästinensischer Cartoonist, ermordet am 29.8.87 in London).

SPD, DGB, Grüne und andere Friedensfunktionäre versuchen sich wieder einmal an die Spitze der Antikriegsbewegung zu stellen, um die Proteste von »Einäugigkeit« (Kritik an der USA, Nato, Zionismus) zu befreien. Indem diese Kräfte im Gleichklang mit den reaktionären Kriegstreibern den Irak als »Aggressor« darstellen und den Zionistenstaat »Israel« verteidigen, soll die »Einäugigkeit« der Protestbewegung in Blindheit umgewandelt werden.

Die imperialistischen Kräfte bestehen kategorisch darauf, daß jeder Vergleich zwischen der Besetzung Kuwaits durch Irak und die Besetzung Palästinas und anderer arabischer Gebiete durch »Israel« unzulässig sei. Es gibt jedoch kaum einen Menschen in Palästina, der sich einer solchen Betrachtungsweise anzuschließen vermag. Und es ist auch kein Zufall, daß man uns einen solchen Vergleich verbieten will, weil sonst das gesamte Gebäude der Kriegsbegründung gegen Irak wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Der Angriff auf den Irak wird offiziell damit begründet, daß die irakische Regierung nicht auf die in den letzten Monaten gefaßten Resolutionen des »Weltsicherheitsrates« reagiert habe. Demgegenüber ist es eine Tatsache, daß es in den letzten 43 Jahren etwa 130 UN-Resolutionen an die Adresse »Israels« gegeben hat, die von diesem Staat allesamt ignoriert wurden und werden, und daß stattdessen die Vertreibung der PalästinenserInnen mit Billigung und Unterstützung der heute vielzitierten sogenannten »freien Völkergemeinschaft« weiter vorangetrieben wurde und wird.

Unsere Solidarität gilt nicht, wie Herr Kohl oder Herr Galinski uns einreden wollen, den USA und »Israel«, sondern jenen Menschen, die immer schon unterdrückt wurden: dem palästinensischen Volk, aber auch z.B. den KurdenInnen und allen Menschen in den arabischen Staaten, die im Elend leben, während ihre feudalistischen Herrscher die Einnahmen aus der Ölförderung in Westeuropa und der USA verprassen.

Es wird keinen Frieden in der arabischen Region geben ohne eine gerechte Lösung für das palästinensische Volk. Es wird aber auch keinen Frieden dort geben, solange die vom Imperialismus im Sattel gehaltene Herrscher auf der arabischen Halbinsel nicht verjagt und die Reichtümer allen Menschen der Region zugute kommen.

Die Verbindung des Golfkrieges mit dem Palästinaproblem

Der Irak hat die Lösung der Kuwaitfrage mit der Lösung der Palästinafrage verknüpft. Nach der strikten Weigerung der USA, darauf diplomatisch einzugehen, hat Irak seine Drohung wahrgemacht und dieses Junktim mit den Bombenangriffen auf »Israel« militärisch hergestellt. Zuvor aber, und dies unterschlägt die Propaganda, hat »Israel« die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten als Geisel genommen. Sie werden durch eine Ausgangssperre gefangengehalten und sind von Massendeportationen bedroht. Die zionistische Luftwaffe fliegt tägliche Einsätze gegen Flüchtlingslager im Libanon und ist verdeckt bei den Einsätzen gegen den Irak dabei.

Das Junktim zwischen Kuwaitfrage und zionistischer Besatzung Palästinas ist zwar ein taktischer Schachzug des Irak, es entspricht aber dem tatsächlichen Zusammenhang der Krise im Nahen Osten. Die Unterstützung der PalästinenserInnen für den Irak ist aus der Not geboren, in die sie von den USA, der Nato und »Israel« gebracht worden sind. Westliche Empfehlungen an die Adresse der PalästinenserInnen, sie sollten sich gegen den Irak stellen, sind zynisch: Seit drei Jahren kämpfen die Menschen in den besetzten Gebieten gegen die zionistische Militärmaschinerie an, die über das Leben von Kindern hinweggeht und damit alle Hoffnungen in einen diplomatischen »Friedensprozeß« plattgewalzt hat. Nicht die irakische Propaganda, sondern jahrzehntelange Unterdrückung und Demütigungen lassen jetzt das vom Westen befürchtete Gespenst einer arabischen Intifada näher kommen.

Die Intifada und der Krieg

Das palästinensische Volk ist heute in der bedrohlichsten und schwierigsten Situation seit der Durchsetzung des Staates »Israel« durch den Krieg und die Massenvertreibung 1948. Die PalästinenserInnen können diese Situation nur bestehen auf Grund der Erfahrung der Intifada. Die Intifada markiert den Einschnitt, an dem die palästinensische Bewegung zu sich selbst gekommen ist, und die verschiedenen Kräfte der PLO müssen sich darin bewähren. Die PLO hat vor dem Krieg erklärt, sie stände im Falle eines US-amerikanischen Angriffs auf der Seite des Irak. In Westeuropa und den USA sind sich die Komentatoren darüber einig, daß die PLO damit einen schweren taktischen Fehler begangen habe. Manche gehen sogar noch weiter: »Die PLO-Führung muß sich sagen lassen, daß sie ein falsches Spiel gespielt hat. Man kann nicht für einen friedlichen Ausgleich mit Israel eintreten, aber die erste kriegerische Gelegenheit ergreifen, um einem Demagogen zur Seite zu springen, der die Volkswut gegen die Juden aufstachelt, die am Golf bekanntermaßen nichts zu bestellen haben.« (Detlef zum Winkel in »konkret« 2/91) Dazu ist zunächst zu sagen: Die palästinensische Bewegung kann sich nicht den Interessen Westeuropas, der USA oder der »israelischen« Innenpolitik unterordnen. Sie ist existenziell angewiesen auf die Ausweitung des Widerstandes in den arabischen Ländern, auf den Sturz und die Zerschlagung reaktionärer Regime, die einer Befreiung Palästinas immer wieder durch Seperatabkommen mit »Israel« oder der USA entgegenwirkten. Das Verhältnis von PalästinenserInnen und »Israel« ist keine »Sonderfrage«, sondern exemplarisch für den Grundkonflikt zwischen imperialistischen Interessen und den Interessen der arabischen Völker: Der zionistische Siedlerstaat ist der Vorposten des Westens in der Region und setzt seine Militär- und Wirtschaftspolitik dafür ein. Der Widerstand gegen die zionistische Politik kann deshalb auch nur dann erfolgreich sein, wenn ein Prozeß einer arabischen Intifada in Gang gesetzt werden kann. Nicht die Isolation in der internationalen Diplomatie, sondern die Trennung von den arabischen Völkern würde den Tod der palästinensischen Bewegung bedeuten.

Für die PalästinenserInnen kann es deshalb auch jetzt keine Frage sein, auf wessen Seite sie stehen. Es ist denunziatorisch, wenn behauptet wird, sie oder die PLO hätten diesen Krieg gewollt. In Westeuropa und der BRD wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, wie eindringlich alle Organisationen und Strömungen der PLO und mit ihr zahlreiche Gruppen und Richtungen arabischer Befreiungsbewegungen darauf drängten, eine »arabische Lösung« für die Kuwait-Krise zu finden, bevor diese durch die Intervention von USA und Nato zum offenen Krieg wurde. Diese »arabische Lösung« ist weder an der PLO noch an Irak gescheitert, sondern an dem Widerstand Saudi Arabiens, Kuwaits und anderer Staaten der Region, die eine »arabische Lösung« deshalb fürchten mußten, weil dann ihre eigenen Regime, die nur durch die Unterstützung des Westens existieren können, auf dem Spiel gestanden hätten.

Nur eine Ausweitung des des arabischen Widerstandes ist eine Chance

Tatsache ist, daß die imperialistischen Länder im eigenen Interesse eine »arabische Lösung« unterbanden, und Tatsache bleibt, daß am 16.1.1991 die Luftstreitkräfte der Alliierten den Krieg begannen. Seitdem geht es nicht mehr um das irakische Regime und seine Sonderinteressen, sondern um die Verbreiterung des Widerstandes gegen die imperialistische Neuordnung der Region. Würde sich die PLO dabei abseits halten, dann würde sie sich selbst ins Abseits stellen, und die palästinensische Bewegung würde sich von denen lösen, von deren Unterstützung ihre eigene Zukunft abhängt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Glaube, ein politisches Stillhalten würde ihr nachträglich Dankbarkeit der USA, Westeuropas oder »Israels« einbringen, entbehrt jeder historischen Grundlage. Ebenso verhängnisvoll wäre es auf die Kräfte des »Ausgleichs« in »Israel« zu vertrauen. Was die PalästinenserInnen von dort zu erwarten haben, war kürzlich in der deutschen Presse zu erfahren: Avishai Margalit von »Peace Now« erklärte in der Wochenzeitung »Freitag«, die einzige Chance der PalästinenserInnen bestehe darin, »daß Saddam besiegt wird. So gesehen hoffe ich, daß es so geschehen wird, denn ich kämpfe ja, wie Sie wissen, schon seit Jahren gegen die Besetzung und für die Rechte der Palästinenser.« Er weist auf die Gefahr einer Massenvertreibung der PalästinenserInnen, den drohenden Transfer hin, weiß dann aber nicht, »wie moralisch denkende Menschen weiter in diesem Land leben können außer als Kämpfer gegen das System statt nur als seine Teilhaber.« Dies ist das Kernproblem der Kontroverse über den israelisch-palästinensischen »Ausgleich« und »Dialog«: Die Friedensbewegung in »Israel« erwartet von der palästinensischen Bewegung eine Politik, die das »israelische« Staatssystem und die Friedensbewegung als »Teilhaberin« an einem Unterdrückungssystem nicht in Frage stellt. Für die PalästinenserInnen aber würde das auf ewig ihre Rolle als Unterdrückte festschreiben. Von dem Bekenntnis, der »Kampf gegen das System beginne erst dann, wenn sie vertrieben werden«, haben sie nichts zu erwarten als die Fortsetzung der Massaker oder das erneute Schicksal eines elenden Lebens in Flüchtlingslagern. Was also haben die PalästinenserInnen von der »israelischen« Friedensbewegung zu erwarten außer einem bedauernden Achselzucken? Das palästinensische Volk, die PLO, haben sich diesen Konflikt nicht ausgesucht, und sie haben diesen Krieg nicht gewollt, der gerade unter ihnen große Opfer kosten kann. Aber sie wissen besser als viele von denen, die in geschützten Positionen in Europa leben, daß dieser Krieg nicht gegen das bisherige Regime von Saddam Hussein geführt wird, sondern gegen die Interessen und Bedürfnisse der Menschen in der arabischen Welt. In dem Widerstand gegen diesen Krieg kann es für sie keine Wahl geben – auch wenn der Ausgang unbestimmt bleibt. Und ihr Ziel muß zu unserem werden: Ein Frieden, in dem die Völker der arabischen Welt und der Drei Kontinente mehr sind als nur Bittsteller vor dem Tribunal einer neugeordneten imperialistischen Welt.

Widerstand gegen Krieg und Unterdrückung ist kein Antisemitismus

Welche konkreten Auswirkungen der zionistische Terror gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten hat, verdeutlicht eine Presseerklärung des Alternativen Informations Centers in Jerusalem vom 27.Januar 1991: »... Die über die palästinensische Bevölkerung von den Besatzungsbehörden verhängte Ausgangssperre in den besetzten Gebieten ist zu einer ernsten Gefahr geworden, die das Leben und den Lebensunterhalt von über 1,7 Millionen Menschen gefährdet. Alle PalästinenserInnen befinden sich seit dem 17. Januar, manche sogar schon länger, unter strikter 24-stündiger Ausgangssperre. Seit sieben Tagen befinden sich nun Männer, Frauen und Kinder in der Westbank und dem Gazastreifen unter einem faktischen Hausarrest. PalästinenserInnen droht bei Zuwiderhandlung schwere Bestrafung, einschließlich Verhaftung, hoher Geldstrafen oder Erschießung.... Es gibt eine Anzahl von besonderen Problemen, die mit der anhaltenden verschärften Ausgangssperre in den besetzten Gebieten zusammenhängen:

1. Begrenzter Zugang zu medizinischen Einrichtungen
2. Die Ausgangssperre verursacht für die palästinensische Bevölkerung schwere wirtschaftliche Not
3. Die Lähmung des Verteilungsystems für Grundnahrungsmittel ...
4. Zunehmende Menschenrechtsverletzungen

Es gibt Berichte über Schüsse, die ohne Warnung abgegeben werden.... Eine 24-jährige Frau wurde in Nablus erschossen, als sie mit ihrem 25 Tage alten Baby auf dem Arm auf dem Balkon ihres Hauses stand.

Es liegen außerdem Berichte vor, insbesondere aus den Dörfern in der Nähe von Nablus, daß sich bewaffnete Siedler frei in der Region bewegen und Dorfbewohner überfallen. Weiter wird von zunehmenden Prügelattacken und Gaseinsätzen durch das israelische Militär berichtet, und über Abschüsse von Gaskanistern in die Häuser der unter Ausgangssperre stehenden Bewohner....

In den besetzten Gebieten gibt es keinen Schutz vor Raketen und Giftgas. Bis zum 23.Januar hat nur eine kleine Minderheit der PalästinenserInnen Gasmasken erhalten und auch nur die über Fünfzehnjährigen. Es gibt ebenso keinen Luftalarm, mit dem Ergebnis, daß viele Leute erst 5-10 Min. nach einem Luftalarm in Israel durch Telefonanrufe von Freundinnen gewarnt werden.«

Aus einem Interview mit einer Israelin, Mitarbeiterin des Alternativ Information Center (AIC) in Jerusalem, 27.1.91. Abgedruckt im palästina Info, Sondernummer zum Golfkrieg:

Frage: Gegenwärtig wird hier in der BRD den Friedensdemonstrationen sowohl Antiamerikanismus wie auch Antisemitismus vorgeworfen. Was denkt Ihr zu diesen Vorwürfen?

Antwort: Ich meine, gegen diesen Krieg zu sein, bedeutet nicht, antisemitisch zu sein. Wir reden hier nicht vom Hass gegen Juden im allgemeinen, sondern wir reden von einem Staat, einem Regime, das an der Seite der USA steht, das seine Politik in diesem schrecklichen Krieg mit den Alliierten koordiniert, das die USA dazu drängt, tausende, vielleicht hunderttausende unschuldiger Menschen umzubringen. Es geht hier nicht um Juden als Juden. Es geht hier um einen Staat, der jede Stimme in der palästinensischen und arabischen Bevölkerung unterdrückt, die sich der Vorherrschaft der USA in der Region widersetzt. Es handelt sich um einen Staat, der gegen die arabischen Menschen, besonders gegen PalästinenserInnen ist, die die treibende Kraft sind im Aufstand der arabischen Massen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die USA, den Westen und die korrupten arabischen Regime.

Wir reden vom Staat Israel als zionistischem Regime, nicht von seinen jüdischen Einwohnern. Diese Unterscheidung nicht zu machen, ist meiner Meinung nach sehr gefährlich, auch für die jüdischen Menschen selbst, weil nur eine wirklich gleichberechtigte Koexistenz mit dem palästinensischen Volk eine Alternative zu dem ewigen Krieg darstellt. So eine Sicht der Dinge hat nichts, aber auch gar nichts mit Antisemitismus zu tun....« ●

(Quellenangaben: Palästina-Info, Sondernummer zum Golfkrieg vom 27.1.91; diverse Tageszeitungen; eigene Recherchen).

Palästina Komitee Heidelberg

Der Krieg am Golf, seine Hintergründe und seine Ursachen sind den Menschen in Europa so unverständlich, wie die Mentalität der Menschen in der arabischen Welt. Die Geschichte der arabischen Welt ist seit mehr als 400 Jahren eine von Fremdherrschaft, Kolonialismus, Imperialismus und Einflußsicherung fremder Mächte gewesen. Sie ist hier in Europa den meißten so unbekannt, wie die Verhältnisse der verschiedenen mehr oder weniger despotischen, monarchischen und religiösen Herrschaftsformen, die das arabische Leben heute bestimmen. Die Broschüre "Krisen, Konflikte, Kriege - Golf und Nahost" bringt Dokumente, Berichte und Analysen, die zu einem näheren Verständnis der Region des Nahen Osten und der Golfregion beitragen.
In einem Zweiten Teil werden die kriegerischen Auseinandersetzung am Golf sowie verschiedene aktuelle Aspekte dieses Krieges näher betrachtet, sowie ausgewählte Dokumente der neuen Friedensbewegung in der BRD aufgeführt.

Aus dem Inhalt: - Die Grenzen mit dem Lineal gezogen, Kolonialismus und Imperialismus im arabischen Raum - Länderanalysen/Regionalportraits: Israel, Irak, Kuwait, Libanon, Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien - Die Palästinaproblematik - Die Ideologie des Zionismus und die Geschichte des Staates Israel - Der Kurdistankonflikt - Der "nützliche" Krieg zwischen Irak und Iran - Die Ölinteressen der Industrienationen - Der Krieg als Ökokatastrophe - Chronologie der Ereignisse - Ausgewählte Pressedokumentation - Dokumente der Friedensbewegung - und vieles mehr.
80 Seiten, DinA 4, 9,80 DM

zu bestellen bei: unrast, Querstr.2, 4400 Münster
9,80 DM plus 2,00 DM Porto/Versand
Setzt der herrschenden Unwissenheit ihre Grenzen
- organisiert den Weiterverkauf der Broschüre !!
Wiederverkäufer!nnen erhalten Rabatt: ab 5 Stück je 6,90
ab 20 " je 6,40
ab 50 " je 5,90
- oder in jedem guten Buch- und Infoladen

TÜRKEI

Kurdistan ist ohne Perspektive

Von der türkisch-irakischen Grenze berichtet Ronald Ofterdinger

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

»Bürger von Nuseybin«, tönt es aus allen Lautsprechern, »heute um 15 Uhr findet eine Zivilschutzübung statt. Sie werden gebeten, sich den Anordnungen entsprechend zu verhalten!«

Nuseybin ist eine kurdische Kreisstadt im Südosten der Türkei, unmittelbar an der syrischen Grenze. In Sichtweite liegt das syrisch-kurdische Städtchen Qamishli, das vor der Grenzziehung zwischen Syrien und der Türkei ein Stadtteil von Nuseybin war.

Um Punkt drei erklingt die Sirene. Wie bei einem Volksfest strömen die Nuseybiner auf die Straße, alles läuft die Hauptstraße hinunter in Richtung Polizeistation, auf die die neue Sirene montiert worden war. Sicher werden der Landrat von Nuseybin und der zuständige Gouverneur die Übung als vollen Erfolg preisen. Daß es in Nuseybin, wie in den meisten kurdischen Städten in der Türkei, keine Schutzräume gibt, daß die Bevölkerung überhaupt nicht weiß, wie sie sich bei einem drohenden Angriff, eventuell sogar mit chemischen Waffen, verhalten soll, wird dabei verschwiegen.

Von den Behörden wird allenfalls empfohlen, ein Zimmer in der Wohnung mit Klebeband und PVC-Folie als Schutzraum gegen C-Waffen abzudichten. Solche Schutzräume haben inzwischen mehrere Menschen das Leben gekostet: Sie erstickten an Ofenabgasen. Die Anlage anderweitiger Schutzräume, etwa die Herrichtung von Höhlen, ist streng verboten und wird bestraft, denn sie könnten der in den kurdischen Gebieten operierenden Guerilla als Unterschlupf dienen.

Für die Sicherheitsbehörden geht die Gefahr nicht von Saddams Raketen und möglichen Giftgasangriffen, sondern von den Kurden aus. Seit Beginn der Golfkrise haben sie deshalb ihre Politik der »eisernen Faust« noch verstärkt. Die Bevölkerung der Dörfer und Kleinstädte ist dem ständigen Terror der Sondereinheiten und der politischen Polizei ausgesetzt. »Seit Beginn des Golfkrieges«, erklärt Dr. Kahraman, der Vertreter des Türkischen Menschenrechtsvereins in Nuseybin, »wurden in Nuseybin Hunderte von Menschen festgenommen. Wir wissen bisher nicht, wo sie festgehalten werden. Sondereinheiten und Polizei haben Privatwohnungen in Polizeiquartiere umgewandelt und halten die Bewohner als Geiseln.« Auf den Straßen der Stadt patrouillieren im Abstand von weniger als fünf Minuten Angehörige der »Rambos« genannten Sondereinheiten, die wegen ihrer Brutalität gefürchtet sind. Sie sind von jeder strafrechtlichen Verfolgung ausgenommen. Seit Anfang Februar führen sie in den Dörfern der Umgebung von Nuseybin Razzien durch. Dabei werden systematisch Vorräte verbrannt, Frauen, Kinder und Alte gefoltert. Im Dorf Kurukköy, wo drei Schäferhunde erschossen wurden, drohte der Offizier den Bauern: »Als nächstes seid Ihr an der Reihe!«

Die türkische Presse kann über solche Vorfälle nicht berichten. Seit April letzten Jahres ist der sogenannte »Zensur- und Verbannungserlaß« in Kraft, der die Berichterstattung aus der kurdischen Region weitgehenden Beschränkungen unterwirft. Für die ausländischen Journalisten, die seit Beginn des Golfkrieges in Scharen in den kurdischen Südosten der Türkei gekommen sind, ist Nuseybin, ebenso wie viele andere Orte, eine verbotene Stadt. Zwar heißt es im Pressebüro des »Supergouverneurs«, der in den kurdischen Provinzen über die Vollmachten eines Vizekönigs verfügt, daß es für Journalisten außer an militärischen Einrichtungen keine Einschränkungen gibt, doch wir werden schnell eines Besseren belehrt. »Ohne Genehmigung läuft hier gar nichts«, brüllt uns der füllige Sicherheitschef von Nuseybin an, dessen Beamte uns fünf Minuten nach unserer Ankunft auf der Hauptstraße festgenommen haben. Schon bei unserer Festnahme hatte uns einer der zivilen Beamten mit Prügel gedroht und zur Untermauerung seiner Drohung begonnen, auf sich um uns sammelnde Kinder und Jugendliche einzutreten. Nach zwei Stunden Wartezeit werden wir von ziviler Polizei aus dem Ort begleitet. So ergeht es vielen Journalisten, die sich außerhalb der vom »Alliierten Pressezentrum« organisierten Presseausflüge in der kurdischen Region bewegen.

Mit Beginn des Golfkrieges hatten Hunderttausende Kurden aus Angst vor Angriffen mit chemischen Waffen die Städte in der Region verlassen und waren auf die Dörfer geflüchtet. Selbst aus der Großstadt Diyarbakir war mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Angst vor einem Angriff auf den dortigen NATO-Stützpunkt geflohen. Jetzt kehren sie langsam wieder zurück; immer wieder trifft man auf Traktoren und Lastwagen, die hochbepackt mit Matratzen und Hausrat zurückfahren. Doch, so erklärt der Bürgermeister von Cizre, Hasim Hasimi, weder die Flucht nocht die Rückkehr bieten den Menschen der Region eine Lebensperspektive. Mit der Schließung der Grenze zum Irak im Rahmen des internationalen Embargos kam das wirtschaftlichen Leben fast zum Stillstand. Während die Bewohner der Dörfer in der Grenzregion von Spezialeinheiten vertrieben, ihre Felder und Weiden von den an der irakischen Grenze aufgefahrenen türkischen Truppen zerstört werden, droht den Menschen in den Städten der Ruin. Daran ändern auch die Entschädigungszahlungen aus den EG-Ländern nichts, die die Türkei seit Beginn der Golfkrise für ihre Verluste durch das Embargo erhält. In der betroffenen Grenzregion kommt dieses Geld trotz zahlreicher Eingaben der Bürgermeister und Berufsverbände nicht an.

Auch ohne daß die Türkei direkt am Krieg beteiligt ist, befindet sich die Region im Kriegszustand. Für die örtliche Bevölkerung gehören dazu auch die Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe der NATO, die in Erhac bei Malatya und in Diyarbakir stationiert sind. NATO-Staffeln donnern im Tiefflug über die Dörfer in den Bergen der Provinz Malatya. In Diyarbakir ist die Luft erfüllt vom ständigen Dröhnen der aufsteigenden Militärflugzeuge. Die Hotels, in denen sich gröhlende NATO-Soldaten an drittklassigen Bauchtänzerinnen ergötzen, sind bewacht von Militär und Polizei. Waffen und Fahrzeuge aus Bundeswehr und NVA-Beständen, die in die Grenzregion gekarrt werden, sind nicht nur gegen den Irak gerichtet, sondern auch gegen kurdische Städte, deren Bevölkerung trotz der ständigen Unterdrückung weiter Widerstand leistet. »Wenn man sich bei Euch schon nicht für die ständigen Verletzungen der Menschenrechte interessiert«, sagt Evin Aydar, Anwältin und Menschenrechtsaktivistin in der Stadt Siirt, »dann sorgt wenigsten dafür, daß Eure Waffen nicht hier gegen uns eingesetzt werden.« ●

Aus: »die andere«, Nr. 8/91

EINE PERSÖNLICHE STELLUNGNAHME

Kritik der destruktiven Vernunft

Doch keine Zeit für Apfelbäume!

Mit dem Apfelbaum mag es nicht richtig klappen. Ich bemühe mich darum, finde aber keine Ruh. Der Weltuntergang ist das hoffentlich nicht. Aber Ruhe finde ich auch keine. Kaum ein Gedanke, der nicht um den Golfkrieg kreisen würde. Tag und Nacht. Auch alles um mich herum redet unablässig vom Krieg: meine Frau, unsere Tochter, meine SchülerInnen, die Glotze, die Fenster, die Balkons.... Kein Entkommen zum Pflanzen eines Apfelbaumes ist möglich. Für Apfelbäume müssen wir halt durchsichtigere Zeiten abwarten.

Zorn und Ohnmacht sind wieder in mir brodelnde Gefühle. Ohnmächtiger Zorn. Zornige Ohnmacht. Aus diesem Gefühl heraus hat jemand in Stuttgart den amerikanischen Konsul geohrfeigt. Ob das eine besonders rühmliche Tat war, ist eine Frage des Blickwinkels. Eine kriegerische Handlung war sie keinesfalls. (Man stelle sich vor, die Kriege würden nur aus Ohrfeigen bestehen!) Eine kriegerische Handlung war jene Ohrfeige beileibe nicht. Und trotzdem berichteten die Zeitungen darüber ausführlicher und empörter als über einen Bombenangriff.

Zornige Ohnmacht

Zornig, weil ohnmächtig. Wir konnten nichts von dem verhindern, was zum Krieg führte. Wir können den Krieg selbst nicht verhindern. Wir werden die Folgen des Krieges nicht verhindern können. Aber **bejahen sollen, wir ihn,** obwohl wir die Logik nicht bejahen die dahintersteckt. Für gut und nützlich sollen wir diesen Krieg halten, obwohl wir die Schritte, die zu diesem Krieg geführt haben, für unmoralisch, undemokratisch, barbarisch, verlogen halten. Was zu diesem Krieg geführt hat, ist von vorne bis hinten schmutziges Kalkül, schmutzigstes Geschäft. Nicht erst in den letzten Monaten und Jahren. Schon seit einigen Jahrzehnten. Aber den Krieg selbst sollen wir bejahen, begrüßen, rechtfertigen, ja sogar mittragen - mit unserem Geld, mit unserer moralischen Unterstützung, womöglich noch mit unserem eigenen Leben. Alles andere sei Antiamerikanismus, Drückebergerei, linke Spinnerei im besten Falle.

In der Falle

Die Falle ist sehr grob. Und trotzdem tappt mancher helle Kopf hinein:
Nicht wir, die wir den Krieg ablehnen, haben den Hussein gefährlich gemacht. Diejenigen, die Hussein in voller Kenntnis seiner Natur und Absichten aufgebaut haben, entfesseln jetzt einen Kreuzzug gegen das personifizierte Böse. Und mancher sonst helle Kopf wie Biermann fällt darauf rein. Enzensberger, auch als heller Kopf bekannt, rechtfertigt den Krieg, indem er auf einmal in Hussein einen neuen Hitler entdeckt.

Die Falle ist sehr grob. Sie schnappt aber immer wieder zu. Und mancher sonst helle Kopf sieht jetzt das Recht, die Demokratie, den Weltfrieden, die Sicherheit von denjenigen verteidigt, die jahrzehntelang zum Unrecht, zur Diktatur, zur Unsicherheit tatkräftig beigetragen und reichlich daran verdient haben.

Ein Gangsterkrieg ist das. Und wir sollen für die stärkeren Gangster Partei ergreifen. Moralisch, ökonomisch, soldatisch.

Ich ergreife für keinen der beteiligten Gangster Partei, trotz Predigten von Kohl und Biermann, von Lambsdorff und Enzensberger.

Selbst wenn meine Parteinahme nichts nützt, nehme ich hiermit für eine gangsterlose Welt Partei.

Ohnmächtiger Zorn

Wenn ohnmächtig, dann mindestens zornig und würdig. Auch wenn wir uns dadurch aus dem Kreis der politischen Wirksamkeit hinauskatapultieren. Was sowieso nicht notwendig ist. Denn wir sind für jene Gangsterlogik völlig unbrauchbar, wenn wir sie nicht ganz und gar bejahen.

Es ist eine Illusion, diese sich rücksichtlos durchsetzende Logik kritisch begleiten zu wollen. Vielleicht bilden sich Biermann und Enzensberger ein, durch ihre kritische Solidarität mit den Gangstern könnten sie deren Untaten abmildern. Möglicherweise wäre das bei anderen Geschäften möglich, nicht bei Kriegsgeschäften. Vielleicht wäre das zu anderen Zeiten möglich, keinesfalls zu Kriegszeiten.

Kritik der destruktiven Vernunft

Was ich dem allen entgegenzusetzen habe? Vieles hätte ich als Alternative zu bieten. Kurzfristig, mittelfristig und langfristig. Und es wäre nichts Neues. Viele haben es schon gesagt und geschrieben. Aber es würde alles nichts nützen. Denn, was ich anzubieten habe, entspricht einer anderen Logik, einer anderen Vernunft, nicht der Gangsterlogik der Gangstervernunft.

Vor ein paar Tagen, beim Grübeln, entdeckte ich ein Gedicht eines meiner Lieblingsdichter. Bisher waren mir diese Verse nicht aufgefallen:

El hombre,
a quien el hambre de la rapina acucia,
de ingenita malicia y natural astucia,
formo la inteligencia y acaparo la tierra.
Y aun la verdad proclama!
!Supremo ardid de guerra!

Der Mensch, von der Raubgier getrieben,
von angeborener Bosheit und List,
entwickelte die Vernunft
und riß die Erde an sich.
Und dabei verkündet er die Wahrheit!
Höchste List der Kriegkunst!

Antonio Machado

Normalerweise spielt Machado nicht mit Worten. Hier wahrscheinlich auch nicht, wenn er den Gewalttätigen und Listigen die Entwicklung der Vernunft zuschreibt. Ein böser Gedanke. Kein Wortspiel. Kein Paradoxon. Wahrscheinlich die Zuspitzung des Gedankens, daß die menschliche Vernunft möglicherweise viel mehr Böses angerichtet als Gutes gestiftet hat.

Aus diesem Blickwinkel ist das alles, was wir zur Zeit am Golf und um den Golf herum, erleben und was wir auch noch befürchten, nicht wider die Vernunft, sondern ganz und gar nach der Vernunft, denn die Vernunft ist an erster Stelle, hauptamtlich, hauptsächlich eine **kriegslistige Vernunft**. Neben der kriegslistigen Vernunft ist die andere Vernunft, die friedens- und menschenliebende Vernunft, ein Nichts, eine Erfindung von Menschen, die Bosheit, Raubgier, Kriegslust und Kriegslist ablehnen, ja selber nicht einmal kennen. **Die destruktive Vernunft als Hauptprodukt** der Menschwerdung. Die **konstruktive Vernunft** dagegen als **Nebenprodukt** , als Randerscheinung, als die Vernunft der Fremdlinge, der Ohnmacht, **die der Ohnmacht entspringt und ohnmächtig macht** . Während die **Hauptvernunft die der Macht** ist, denn sie **entspringt der Macht und macht mächtig**.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Keine Chance

Keine Chance für unsere Vernunft? Ich fürchte, keine. Denn mit unserer Vernunft ist das alles, was die destruktive Vernunft anrichtet, nicht einmal zu verstehen, geschweige denn zu beeinflussen.

Wir denken, wir verstehen das alles, was vorgeht, denn wir bilden uns ein, Ursachen und Beweggründe zu erkennen. In der Tat erkennen wir jene Ursachen und Beweggründe gar nicht. Wir benennen und beschreiben sie, wir listen sie auf und analysieren sie. Aber verstehen tun wir sie nicht. Denn uns ist jene Vernunft fremd.

Hussein ruft zum heiligen Krieg auf. Auf seine Weise. Bush ruft zum heiligen Krieg auf. Auf seine Weise. Im Grunde beide auf gleiche Weise. Beide primitiv und listig und kriegerisch. Beide vernünftig. Ebenbürtige Gegner. Ebenbürdig auf der Ebene der destruktiven Vernunft. Vielleicht nicht auf der Ebene der Macht. Vielleicht. Es wird sich zeigen.

Verhöhnung der destruktiven Vernunft

Unserer Vernunft bleibt nichts anderes übrig, als gegen beide zu sein, uns ja nicht auf die Logik ihrer kriegslistigen Vernunft einzulassen. Selbst auf die Gefahr hin, daß wir zermalmt werden von den Rädern jener Vernunft, die in unserer Vernunft eine Bedrohung sieht. Wenn nicht eine Bedrohung – denn, was könnten wir mit unserer Vernunft der Ohnmacht anrichten?! – dann doch eine Verhöhnung. Vielleicht haßt die kriegslistige Vernunft nichts so sehr wie die Verhöhnung, noch mehr sogar als die kriegslistige Vernunft des Gegners, denn die kriegslistige Vernunft des Gegners bestätigt sie ja.

Zornig und würdig

In der Tat bin ich gegen Sie, Herr Bush, und auch gegen Sie, Herr Hussein, und auch gegen die »Händler des Todes«, und auch gegen die Auto(un)kultur, und auch gegen den Antijudaismus, und auch gegen den Antiarabismus...

Wofür ich also bin? Für eine Menge gute, schöne Sachen.

Aber das interessiert sie alles nicht, obwohl sie andauernd solche schöne Sachen als Worthülsen im Munde führen, um ihre Geschäfte und Kriege zu rechtfertigen.

Ich bin für eine Menge schöne, gute Sachen. Sie entsprechen aber einer anderen Vernunft, nicht der der Raubgier und Gewalt und Kriegslist.

Aber ich weiß: Gegen Sie, Herr Bush und Hussein, und gegen Ihre Gehilfen habe ich keine Chance. Ich bin ja froh, wenn sie mich überhaupt weiterleben lassen. Denn ich weiß, auf eine Konfrontation mit Ihnen darf ich es nicht ankommen lassen. Ich hätte nicht die geringste Chance. Meine Vernunft hat keine Chance gegen Ihre.

Und trotzdem bleibt mir keine andere Wahl, als Ihnen jede Solidarität und Loyalität und jedes Mitgefühl zu verweigern, und denjenigen gegenüber meine Loyalität und Solidarität zu bekunden und zu praktizieren, die sich weigern und verweigern. Mein Spielraum ist dabei nicht sehr groß. Auch das weiß ich. Aber, wenn schon ohnmächtig, dann zumindest zornig und würdig. ●

Redaktion Südwest, G. Aparicio

STEUERBOYKOTT ?

Golfkrieg – gibt es Aktionsmöglichkeiten für Betriebe?

Die Aktionen gegen den Golfkrieg sind, wie immer nach einer Phase heftiger Aktivitäten, an dem Stadium angelangt, wo mehr in Gruppen und auf Plena gearbeitet wird als auf der Straße, oder zumindest parallel, und das ist gut so!

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Müssen wir uns doch aufgrund der derzeitigen Entwicklung darauf einstellen, daß wir einen langen Atem benötigen, um nicht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und den Widerstandsaktionen. Die Palette reicht von Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden von Rüstungsbetrieben (Daimler-Benz,Stgt. etc) über das Raushängen von Transparenten an den Betriebsgebäuden, öffentliche Erklärungen und Teilnahme an Massenaktionen bis zu kurzfristigen oder längeren Schließungen der Betriebe, um auf die Straße zu gehen oder die Infrastruktur (z.B.einer Druckerei in Stuttgart) dem Erstellen von Plakaten und Flugblättern zur Verfügung zu stellen.

Auch im Bereich der Betriebe in Selbstverwaltung oder dem befreundeten Spektrum werden längerfristige betriebliche Perspektiven diskutiert, wofür sich in vielen Regionen der BRD Betriebe unterschiedlichster Couleur zusammengefunden haben.

Exemplarisch dafür dokumentieren wir hier einen kurzen Ausschnitt der Diskussion von Betrieben aus dem Großraum Stuttgart, die sich vorläufig jeden Montag in Stuttgart treffen, um ihr weiteres Vorgehen zu beraten.

Gibt es, außer dem sehr wichtigen Einsatz der Bürostrukturen von Kollektiven, noch andere Möglichkeiten, wie Betriebe ihren Widerstand gegen die Kriegshandlungen am Golf zum Ausdruck bringen können und damit dazu beitragen, daß kein Alltag einziehen kann und die Gewöhnung nicht bis hin zur Tolerierung einer deutschen Beteiligung am Golfkrieg reicht? Diese Frage stellten sich die meisten Delegierten aus den Betrieben, die sich in den ersten Tagen des Golfkrieges immer wieder wie selbverständlich bei Aktionen auf der Strasse getroffen hatten.

Sehr schnell kam die Diskussion auf die wesentlichen Schnittstellen eines Wirtschaftsbetriebes zur Außenwelt zu sprechen, und es kristalisierten sich zwei Punkte heraus, an denen Einfluß genommen werden kann. Dies sind die täglichen Kontakte persönlicher oder schriftlicher Art zur Kundschaft und die Zahlung von den verschiedensten Steuern an den Staat. Bei Ersterem sind die Möglichkeiten wie Stempel unter Geschäftsbriefen, Zusätze bei Textbausteinen des Computers oder dem Versenden/Faxen von Erklärungen sicherlich sehr vielfältig und der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Auch Äußerungen mittels Plakaten und Transparenten in den Geschäftsräumen provozieren immer wieder Diskussionen mit der Kundschaft, die sicherlich einen wichtigen Stellenwert haben. Schwieriger wird es beim Instrument des Steuerboykottes, mit dem einige noch aus Zeiten der Anti-Kernkraftbewegung vertraut sind.

Im Gegensatz zu Aktionen von Privatpersonen ist ein Betrieb natürlich wesentlich empfindlicher, was Repressionen des Finanzamtes anbelangt und dieser Punkt rückte auch schnell in den Mittelpunkt der Diskussion. Bei einem Einbehalt von 20% der anteiligen Rüstungssteuern würde es vermutlich keine drei Monate dauern, bis das zuständige Finanzamt Strafen, Säumniszuschläge, Pfändungen oder sogar Betriebsprüfungen veranlassen würde, und sich die Frage stellt, wem dies mehr nützt. Allerdings besteht die Möglichkeit, über den Abzug von symbolischen Kleinbeträgen zum einen seinen Unwillen zum Ausdruck zu bringen und andererseits nicht zur kompletten Untätigkeit aus Sachzwängen veruteilt zu sein. Diese Logik ergibt sich daraus, daß Zwangsgelder oder Zuschläge immer prozentual erhoben werden und sich bei Kleinbeträgen zwar der Apparat damit beschäftigen muß, aber die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel Repressionen in einem erträglichen Maß hält. Gleichzeitig wird Sinn und Zweck dieses Tuns mit einer beiliegenden Erklärung dem Finanzamt mitgeteilt. Weitergehende Aktionen, so empfiehlt das Plenum, sollten mit dem/der jew. SteuerberaterIn abgeklärt werden. Personen, die zur Einkommenssteuer veranlagt werden, haben allerdings weitergehende Möglichkeiten, zu denen sie sich aber ebenfalls gesondert beraten lassen sollten. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BOYKOTTERKLÄRUNGEN DER VERBÄNDE

SOZIO-KULTUR

Der Vorstand der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren hat auf seiner Konferenz am 13. Februar beschlossen:

1. Der Vorstand der Bundesvereinigung wird sich als Arbeitgeber an dem Lohnsteuerboykott beteiligen und die für die Angestellten der Bundesvereinigung anfallende Lohnsteuer auf unbestimmte Zeit nicht mehr an die Finanzbehörde abführen, sondern auf ein Sonderkonto einzahlen.
2. Der Vorstand wird die Mitgliedseinrichtungen, die sich an dem Lohnsteuerboykott beteiligen oder beteiligen werden, in eventuellen politischen und juristischen Auseinandersetzungen unterstützen.
3. Der Vorstand informiert die der Bundesvereinigung angeschlossenen Einrichtungen über seine Entscheidung.
4. Der Vorstand der Bundesvereinigung fordert seine Mitglieder auf, sich an Aktionen gegen den Golfkrieg zu beteiligen.

Der Vorstand der Bundesvereinigung erklärt ausdrücklich:

1. Seine Entscheidung beinhaltet nicht, daß er grundsätzlich die Zahlung der Lohnsteuer verweigert.
2. Er wird weiterhin Lohnsteueranmeldungen in den bisher üblichen Abständen erstellen und der Finanzbhörde zur Kenntnisnahme und Prüfung vorlegen.
3. Er wird kurzfristig ein Sonderkonto einrichten, auf das ausschließlich die bei der Lohnsteueranmeldung ermittelten Steuerforderungen der Finanzbehörde in vollem Umfang eingezahlt werden. Der Finanzbehörde wird jede Möglichkeit der Kontrolle über die Bewegungen auf dem Konto zu jeder Zeit und uneingeschränkt während des Zeitraumes der Nichtzahlung eingeräumt.
4. Der Beschluß des Vorstandes der Bundesvereinigung erfolgt mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Angestellten der Bundesvereinigung.
5. Der Vorstand der Bundesvereinigung fordert Politiker und Finanzbehörden auf, ihm einen Weg aufzuzeigen, der sicherstellt, daß die zu zahlende Lohnsteuer für Zwecke verwandt wird, die nicht der Kriegsführung dienen.
6. Verbindlich erklärt der Vorstand der Bundesvereinigung für diesen Fall, daß die von der Finanzbehörde erhobenen Steuerforderungen unverzüglich beglichen werden.

Begründung:

Am 16. Januar 1991 hat in der Golfregion ein Krieg begonnen, der in Dimensionen geführt wird, die uns bisher unvorstellbar waren.

Es stehen sich Armeen gegenüber mit einem Vernichtungspotential, wie es bisher nicht dagewesen ist. Tagtäglich werden Bombardierungen vorgenommen, Raketen- und Marschflugkörperangriffe geflogen, die Menschen töten, verkrüppeln und physischen und psychischen Leiden aussetzen, die Folgen für das ganze Leben haben werden. Eine ganze Region wird durch Öl und Chemikalien vernichtet, durch nukleare Verstrahlung und biologische Verseuchung auf Jahrzehnte unbewohnbar gemacht.

Vorstand und MitarbeiterInnen der Bundesvereinigung lehnen diesen Krieg und jegliche Unterstützung dieses Krieges ab.

Auch wir verurteilen die Besetzung Kuwaits durch Truppen des Irak und lehnen das menschenverachtende Regime Saddam Husseins ab. Aber wir sehen darin keine Rechtfertigung für einen Krieg, der Tausende von Menschen das Leben kosten wird und die Welt in eine ökologische Katastrophe ungeahnten Ausmaßes stürzen kann.

Die Bundesregierung unterstützt diesen Krieg, indem sie bis heute aus Steuermitteln über 13 Milliarden DM an die kriegsführenden alliierten Länder als Hilfestellung bereitgestellt hat. Wir sind nicht bereit, dies zu unterstützen. Es würde unserer moralischen und ethischen Grundeinstellung widersprechen und die Arbeit der Bundesvereinigung und der ihr angeschlossenen Zentren unglaubwürdig machen, wenn wir ohne Widerspruch hinnehmen würden, daß auch aus unseren Steuermitteln Maßnahmen finanziert werden, die den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

An dem Kriegssteuerboykott beteiligen sich neben der Bundesvereinigung folgende soziokulturelle Einrichtungen und Verbände (Stand 21.2.91):

Landesarbeitsgemeinschaft NRW · Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen · AG Stadtteilkultur Hamburg · Kraftstation Remscheid e.V. · Kulturwerkstatt Eisenheim Oberhausen · Initiativkreis Altenberg Oberhausen · Druckluft e.V. Oberhausen · Kulturzentrum Pelmkeschule Hagen · Bahnhof Langendreer · Stadtteilzentrum Adlerstraße Dortmund · C.U.B.A. Münster · Bramfelder Kulturladen Hamburg

BASEG

Die Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Garten- und Landschaftsbaubetriebe (BASEG), der bundesweit ca. 38 Betriebe angehören, hat vom 21. bis 24. Februar ihr 6. Wintertreffen abgehalten. Neben inhaltlichen Diskussionen zu einer alternativen, zusätzlichen Altersversorgung/sozialer Absicherung der MitarbeiterInnen, die unabhängig von den etablierten Banken vorgenommen werden soll, zur Problematik von Ökologie und ökologischer Ansprüche in unserer Arbeit sowie zu (inner-) betrieblichen Belangen wurde nach kurzer Diskussion von der eindeutigen Mehrheit der anwesenden 28 Betriebe eine aktive Unterstützung und Durchführung eines Kriegssteuerboykottes zum nächstmöglichen Termin beschlossen.

Einige Betriebe sind bereits in örtlichen Initiativen aktiv und haben den Boykott bereits im Februar durchgeführt. Wir verstehen diese Aktion als einen öffentlichen Protest gegen den Golfkrieg. Gerade angesichts der neuesten Entwicklungen, nämlich dem Beginn der sogenannten Bodenoffensive, die an diesem Wochenende begann, scheint es uns notwendig, durch den Boykott unseren Protest öffentlich zu machen.

Auch aufgrund unseres Selbstverständnisses als ökologisch und selbstverwaltet arbeitende Betriebe sind wir nicht bereit, uns an der Finanzierung des Golfkrieges aus Steuermitteln zu beteiligen und die Zerstörung, die globalen ökologischen Folgen sowie den Tod Zigtausender widerstandslos hinzunehmen.

Der Boykott bezieht sich nicht nur auf die angekündigten Steuererhöhungen, sondern bereits auf die Steuern, die wir jetzt zahlen müssen bzw. bereits gezahlt haben. In der letzten Monitorsendung vom 19.2.1991 sind folgende Zahlen genannt worden: Im Jahr 1990 sind pro SteuerzahlerIn bereits 1.800 DM für Rüstung ausgegeben worden; für die Finanzierung des Golfkrieges werden ca. 600 DM pro Person hinzukommen. Dieses Zahlenspiel mag einigen makaber erscheinen, soll aber nur verdeutlichen, wie jede/r SteuerzahlerIn an dieser Finanzierung beteiligt ist. Da wir keinen direkten Einfluß auf die Verteilung der Steuermittel haben, scheint uns der Boykott ein geeignetes Mittel, uns dagegen zur Wehr zu setzen.

Als Richtschnur für den Boykott wird ein Anteil von 10% der zu zahlenden Steuern empfohlen. Von Vereinen/Betrieben können Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer... boykottiert werden. Dem Finanzamt muß der Grund der Einbehaltung mitgeteilt werden, so daß es sich bei dem Steuerboykott nicht um einen Straftatbestand handelt. Es kann allerdings ein Bußgeldverfahren gegen boykottierende Vereine/Betriebe verhängt werden. Zusätzlich kann ca. 1% der Steuerschuld als Säumniszuschlag erhoben werden.

Uns ist klar, daß dieser Boykott nur eine symbolische Wirkung haben wird, da wir um die Zahlung der Steuer nicht umhinkommen. Das einbehaltene Geld sollte auf ein Sperrkonto oder Notar-Ander-Konto eingezahlt werden. In vielen Orten sind diese Konten bereits von Initiativen eingerichtet worden.

Wir fordern alle regionalen und überregionalen Zusammenschlüsse (z.B. in den verschiedenen Branchen) auf, sich ebenfalls am Kriegssteuerboykott aktiv zu beteiligen. Nutzt eure Kontakte um bundesweit solche Beschlüsse zu fassen und sie dann auch in den Medien publik zu machen und gegebenenfalls auch Anzeigen zu schalten. ●

Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Garten- und Landschaftsbaubetriebe
c/o grüner garten gmbh
Hamburger Str. 29a
2800 Bremen 1

VSF

Verbund selbstverwalteter Fahrradläden (VSF) unterstützt Kriegssteuerboykott

Erster Weltkrieg. Zweiter Weltkrieg. Nie wieder sollten Kriege weder von deutschem Boden ausgehen noch exportiert werden. Doch es herrscht Krieg – das ist die Realität. Deutsche Waffen morden mit am Golf; bis heute sind offiziell 15,6 Mrd. DM an Kriegsgeld für den Golf zugesagt. Eine Steuererhöhung ist abzusehen.

Der Verbund der selbstverwalteten Fahrradbetriebe (VSF; 87 Läden, zusätzlich Produktion und Großhandel) wendet sich gegen diese Politik. Wir haben daher beschlossen, die von der Friedenssteuerinitiative Bonn organisierte Kampagne »Kein Geld für Krieg« zu unterstützen.

Ziel der Kampagne ist es, durch den Boykott von Steuern die finanzielle Unterstützung für den Golfkrieg zu verweigern. In Anlehnung an Art. 4, Abs. 3 des Grundgesetzes (Gewissensfreiheit) wird auf politischer Ebene die Schaffung eines Rechts, sich der Verwendung von Steuermitteln für Rüstungszwecke verweigern zu können, angestrebt.

Aus moralischen und persönlichen Gründen fühlen wir, der VSF, uns verpflichtet, diesen Schritt zu tun, damit das Morden ein Ende findet. Weg mit dem Rüstungswahn – kein Krieg mit unseren Geldern! ●

Verbund der selbstverwalteten Fahrradbetriebe e.V.
Use Akschen 71-73, 2800 Bremen 21

UMSTEIGEN JETZT

Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V. (Umkehr) ruft zum »Öl sparen durch Umsteigen« und zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema: »Umsteigen jetzt!« auf. Flugblätter zum Verteilen zum Aushängen oder Auslegen gibt es für 0,15 DM pro Stück plus Porto und Verpackung oder zum Sparpreis: 40 Stück gegen Voreinsendung von 7,- DM in Briefmarken (maximal 1,- DM-Werte) an UMKEHR, Kirchstr. 4, 1000 Berlin 21

PRESSEERKLÄRUNG

Frauen von Militärangehörigen sagen »NEIN«/Stoppt den Krieg

Mein Name ist Christa...*. Ich bin die Sprecherin einer neu gebildeten Gruppe von Frauen US-Militärangehöriger, deren Männer in Saudi-Arabien sind. Wir möchten folgende Erklärung abgeben:

Das Militär versucht uns und unsere Familien dazu zu bringen, den Krieg im Mittleren Osten zu unterstützen! Viele von uns wissen, daß der Krieg falsch ist. Und das Militär sagt uns, daß alles, was wir tun können, ist, unseren Männern Kekse zu schicken und für sie zu beten. Sie meinen, wir sollen unseren Männern »aufmunternde Briefe« schreiben und ihnen erzählen, wie »stolz« wir darauf sind, daß sie dort kämpfen.

Sie können uns nicht belügen, unsere Männer haben uns in ihren Briefen die Wahrheit über ihre Gefühle zu diesem Krieg geschrieben. Sie sagen: »Dies war der größte Fehler, den ich je in meinem Leben gemacht habe, hier nach Saudi-Arabien zu kommen.« Sie schreiben: »Wir wissen nicht, warum wir hier sind«, und »das Militär versucht uns, dazu zu bringen, das irakische Volk zu hassen, aber wie kann ich jemanden hassen, den ich nie getroffen habe, der mir nie etwas getan hat?« Sie erzählen uns, daß »die Soldaten sehr wütend sind, hier zu sein« und sie wie Tiere behandelt werden.

»Ich werde fast verrückt, hier zu sein, unter diesen Leuten zu sein...«

Diese Gefühle unserer Männer bestärken uns nur in unserer Opposition gegenüber diesem ungerechten Krieg.

Wir sind nicht gewillt, die Regierung in diesem Konflikt in irgendeiner Weise zu unterstützen!

Die reichen Industriemächte und Weltpolitiker sind diejenigen, die diesen Krieg gemacht haben, und es sind die armen Menschen, die kämpfen und sich gegenseitig umbringen. Wir sagen NEIN!

Das Militär sagt uns, wir sollen in Deutschland bleiben und nicht nach Amerika zurückkehren, damit wir unsere Männer in Saudi-Arabien unterstützen. In Wirklichkeit wollen sie uns hier als Geiseln behalten, damit unsere Männer sich dem Krieg nicht widersetzen. Sie wollen, daß wir ruhig sind und beten.

Wir sagen NEIN!

US - Truppen raus aus dem Mittleren Osten!

Stoppt die US - Kriegsmaschinerie!

* Aufgrund sehr gut möglicher Verfolgung und Schikanierung ihrer Männer durch Militärautoritäten, möchten die Frauen zur Zeit nicht, daß ihre Nachnamen genannt werden.

EINDÄMMUNG DER NEGATIVEN FOLGEN DER EINHEIT

Reparationsforderungen der Frauen

Frauen aus Ost- und Westdeutschland fordern als 1. Schritt einer minimalen Reparation für die uns im Laufe der Geschichte des Patriarchats zugefügten Schäden die Übergabe des gesamten von der Treuhand verwalteten Vermögens (einschließlich Immobilien) der PDS und der Blockparteien an einen selbstverwalteten Frauenfonds.

In einer Zeit, in der alte Eigentumsverhältnisse aufgerollt werden, wollen Frauen ihr Recht an Grund, Boden und Besitz geltend machen, denn die Enteignung von Frauen bzw. die Beraubung um die Früchte ihrer Arbeit erfolgt permanent. Frauen leisten durch unentgeltliche oder unterbezahlte Arbeit den Hauptteil zur Erhaltung und Schaffung der Lebensgrundlagen der Gesellschaft. Diese reproduktive Arbeit im privaten und öffentlichen Bereich umfaßt beispielsweise die Betreuung von Kindern und Männern, Dienstleistungen, Sozialarbeit und die Krankenpflege. Das verdeutlicht der UN-Bericht von 1985 durch folgende Zahlen: Global gesehen leisten Frauen 2/3 der Arbeit, für 1/10 des Lohns (von Männern), besitzen jedoch nur 1% des Welteigentums.

Die UN-Zahlen zeigen eindrucksvoll, daß Frauen konsequent und systematisch am Erwerb eigenen Vermögens gehindert wurden und werden. (So wird durch die ökonomische Abhängigkeit der Frau vom Mann auch deren soziale Abhängigkeit geschaffen und erhalten.)

Auch in der Geschichte der DDR wurde das Mißverhältnis von geleisteter Arbeit und erhaltenem Lohn zwischen Frauen und Männern nicht beseitigt. So wurden Frauen im Durchschnitt (gesamtgesellschaftlich) nur 70% des »Verdienstes« von Männern zugestanden. Und obwohl 91% der Frauen (in der DDR) berufstätig waren, leisteten sie 3/4 der Hausarbeit, also gesellschaftlich notwendige, unterbezahlte Reproduktionsarbeit.

In der Alt-BRD steht die finanzielle Bewertung der von Frauen und Männern geleisteten Arbeit in einem noch gröberen Mißverhältnis. Darüberhinaus werden in allen Teilen Deutschlands Frauen nicht nur durch die nahezu kostenlose Fremdnutzung der von ihnen geleisteten reproduktiven Arbeit ausgebeutet. Durch den Einsatz als »Reservearmee« wurde und wird das sogenannte »schwache« Geschlecht in Kriegs- und Nachkriegszeiten immer wieder zu schwerer, unentgeltlicher bzw. schlecht bezahlter Arbeit herangezogen.

Allein in diesem Jahrhundert wurden Frauen mehrfach als billige Manövriermasse eingesetzt, »durften« in Konjunkturzeiten berufstätig sein, um danach an Heim und Herd und damit in die ökonomische Abhängigkeit zurückgeschickt zu werden. (Damit einher geht auch ein Verlust des Selbstwertgefühls.) Kraß zeigt sich dies bei den Trümmerfrauen. Ihre in der Nachkriegszeit geleistete Arbeit war Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Da diese Arbeit schlecht oder gar nicht bezahlt wurde, ist ihr Rentenanspruch »entsprechend« niedrig. Das stellt eine indirekte Enteignung dar.

Auch die Kosten der deutschen Einigung werden Frauen überproportional tragen, und zwar nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch durch den Verlust von Selbstbestimmungsrechten (siehe u.a. § 218) und einem stärkeren Ausgeliefertsein gegenüber verschiedenen Formen der Gewalt.

Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Massenarbeitslosigkeit sind Meilensteine auf dem Weg zu wirtschaftlicher und sozialer Unselbstständigkeit von Frauen.

Im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung wird die permanente Enteignung von Frauen wiederum deutlich. So werden zwar die Kinder der DDR für die (bzw. deren Mütter) der sozialistische Staat eigenes Geld ausgegeben hat (Mütterjahr, Ehekredite, Stützung von Kinderkleidung, Kindereinrichtungen, Kindernahrung usw.) als lebendes Kapital zur Sanierung des gesamtdeutschen Rentensystems willkommen geheißen, ihren Müttern (nur selten den Vätern) wird die Berufstätigkeit und damit der eigene Verdienst, der später die Höhe der Rente bestimmt, jedoch nahezu unmöglich gemacht (siehe oben). Die Arbeit der jahrelangen Kinderbetreuung wird in keiner relevanten Weise finanziell gewürdigt. Frauen, die ein, zwei oder mehr Kinder großgezogen haben, habe nach HERRschender Norm (scheinbar) ihr ganzes Leben gefaulenzt. Sie bleiben häufig ihr Leben lang abhängig vom Vater, Mann, oder (Vater) Staat (als Sozialhilfeempfängerin).

Ein **1.Schritt** des finanziellen Ausgleichs soll daher die Übergabe des oben genannten Parteien-Vermögens sein. Es ist wichtig festzustellen, daß die PDS und die Blockparteien **bei weitem** nicht die alleinigen Nachlaßverwalterinnen eines wesentlich durch die Aneignung der Werte weiblicher Arbeit zusammengetragenen Vermögens sind. Die Wurzeln der patriarchalischen Ausbeutung von Frauen reichen weit hinter die Entstehung des Kapitalismus zurück. An der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft vermochte (jedoch) auch der realexistierende Sozialismus nichts **Grundlegendes** zu ändern.

Das eingeforderte Vermögen soll zur Einrichtung eines Frauen- Reparationstopfes dienen. Ziel dieses Topfes ist die Eindämmung der Vereinigungsfolgen für Frauen in Ost und West und die Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben durch Unterstützung von:

- feministisch-politischer Arbeit von Frauen
- sozialer und kultureller Frauenselbsthilfeprojekte
- Weiterbildungsprojekte für Frauen
- Existenzgründerinnen

Die Verwaltung des Vermögens soll in Form einer parteienunabhängigen Stiftung und einer Risikokapitalbeteiligungsgesellschaft (zur Unterstützung von Existenzgründerinnen) erfolgen. Von den Erstunterzeichnerinnen ist ein Gremium zu bilden, das jährlich einen öffentlichen Bericht über die Verteilung der Gelder gibt. ●

Christiane Schindler
Eva Schäfer
Christina Schenk (MdB)

INITIATIVE TUNESISCHER FRAUEN

Um den Dialog fortzusetzen ...

Seit 1988 besteht zwischen der Europäischen Frauen Aktion und den Femmes Democrates de Tunis eine gute Verbindung, die sich durch *verschiedene gemeinsame Veranstaltungen* vertieft hat. Nach Ausbruch des Golfkrieges haben sich die tunesischen Frauen auf vielfältige Weise für den Frieden eingesetzt. Wir haben es für notwendig gehalten, so schnell wie möglich mit ihnen in den Dialog zu treten, um mehr über ihre Aktionen und die Standpunkte in der arabischen Welt zu erfahren und um gemeinsam zu überlegen, was wir Frauen gegen diesen Krieg unternehmen können.
Deshalb haben wir eine ihrer Mitbegründerinnen Nadia Hakimi nach Berlin eingeladen. Wir geben im folgenden ihre Überlegungen wieder:

Seit meiner ersten Begegnung mit Berlin sind zwei Jahre ins Land gegangen, und ich hätte diese Stadt gerne unter Bedingungen eines internationalen Treffens wiedergesehen, das weniger die Spuren vergossenen Blutes getragen hätte.

Die Nacht des 15. Januar 1991 bleibt eingeschrieben in unser Gedächtnis. Das, was uns unmöglich schien, wurde Wirklichkeit. Wir befinden uns im Krieg.

Ich komme nicht umhin, die Zeit zurückzudrehen und mich an die Diskussion zu erinnern, die wir im Juni 1988 hier in Berlin wärend dieses Seminars über unsere Utopien, eine Stadt zu regieren, hatten.

Frauen aus Frankreich, Tunesien, Berlin und der DDR haben damals gemeinsam über die erfahrene Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt nachgedacht, die Ausdruck eines patriarchalen Systems sind, in dem ein Geschlecht das andere beherrscht. Natürlich war es unzureichend, dieses zu konstatieren, und wir haben gemeinsam versucht, die in diesem System enthaltenen anderen Systeme – wie z.B. die neue Berliner Frauenkultur – zu benennen und die Mechanismen, die die patriarchale Ordnung zu ihrer Absicherung nutzt, zu analysieren.

Andrée Michel, Direktorin beim Centre National des Recherches Scientifiques (CNRS) hatte in ihrem Beitrag am Beispiel der deutsch-französischen Rüstung gezeigt, daß der Krieg als Lösung für politische Engpass-Situationen vorgesehen war.

Die umfassende Militarisierung der Welt bedeutet auch eine Form der Ausbeutung der Frauen und der Herrschaft über sie (Arbeitslosigkeit, Armut, Verelendung, Gewalt etc.).

Wir haben damals einen Appell lanciert, den Friedensbegriff zu definieren und eine Friedenskultur zu entwickeln. Ausgehend von den Tatsachen, daß wir Frauen mehr als die Hälfte der Gesellschaft als Basis darstellen, während die Männer die Gesamtheit der politischen und militärischen Einrichtungen in den Händen halten, wäre es wichtig, daß wir gegen die militaristischen Entwicklungsmodelle wie die Komplexe der Rüstungsindustrie andere Modelle setzen. Das patriarchale System ist nicht fatalerweise über uns hereingebrochen, so als sei es nicht abschaffbar. Wir sollten unsere Kräfte auf die Entwicklung neuer Modell konzentrieren, die Formen menschlicher Organisation vorsehen, die nicht auf Blutvergießen basieren: Bis heute glaube ich immer noch, daß die Kraft unseres Treffens darin lag, daß wir anhand der vorgefundenen Ereignisse Visionen entwickelt haben, die wir morgen verwirklicht sehen wollten. Im Juni 1988 glaubte niemand, daß die Mauer eines Tages fallen würde. Als wir damals im Brecht-Zentrum mit Frauen aus der DDR ins Gespräch kamen, wurden wir mit den offiziellen Versionen der Partei konfrontiert. Und dennoch haben wir dahinter die Frauen und ihr Infragestellen gespürt. Wir haben anschließend gesagt: »Es wird nicht so bleiben«.

Am 9. November 1989 hat die ganze Welt mit großer Aufmerksamkeit den Fall der Mauer verfolgt. Das hat eine veränderte Sicht auf die Verteilung der Kräfte und die Bündnisse in der Welt zur Folge gehabt. In meinem wie in anderen Ländern der dritten Welt wurde erneut eine Reflexion über das scheinbar ewig bestehende Verhältnis zwischen herrschenden und beherrschten Staaten in Gang gesetzt. Wir Frauen haben uns von diesen Diskussionen nicht ferngehalten; wir haben die Absicht, am Aufbau einer menschlicheren Demokratie aktiv beteiligt zu sein, aus der das patriarchale System mit all seinen Arten der Beherrschung verbannt sein wird. Andere Modelle der Gleichheit, der Gleichwertigkeit zwischen den Geschlechtern, den Rassen und Klassen werden uns neue Einsichten für die zukünftigen menschlichen Beziehungen bringen.

Schon bevor der Krieg ausbrach, hat die Association Tunisienne des Femmes Democrates die Initiative ergriffen und die kulturellen, sozial engagierten und politischen Gruppen zu einer großen Koordinationsversammlung aufgerufen, auf der eine Serie von Maßnahmen beschlossen wurde, in denen die sofortige Beendigung des Krieges und ein gerechter und dauerhafter Frieden gefordert wurde. Die Schaffung des Staates Palästina gilt als ein erster Meilenstein für diesen Frieden.

Wir Frauen wissen, daß der Dialog immer möglich ist. Er ist notwendig, um das derzeitige Massaker an der irakischen Zivilbevölkerung zu beenden. Die Kriegsmaschinerie anzuhalten und die Verhandlungen wieder aufzunehmen, sind Voraussetzung, um die Beziehungen der Bewohner dieses Planeten untereinander menschlicher zu gestalten. ●

Nadia Hakimi, Association Tunisienne des Femmes Democrates
für EFA, Übersetzung: Gudrun Koch

DOKUMENTATION

Stoppt den Völkermord am irakischen Volk – für einen sofortigen Waffenstillstand

Auszug aus der Deklaration der Association Tunisienne des Femmes Democrates vom 2.2.1991

... Die massive Zerstörung, der der Irak durch die Bombardierungen von zivilen Einrichtungen ausgesetzt ist, lassen keinen Zweifel am Plan der Amerikaner, alle wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und menschlichen Kapazitäten dieses Ladnes erschöpft sehen zu wollen.

Indem sie noch einmal bekanntgeben, daß es im Mittleren Orient kein zweites Vietnam geben wird, machen sie und ihre Helfer deutlich, daß sie jedes andere Land, das gegen ihre Privilegien vorgehen wird, durch die durch Feuer und Schwert errichtete neue Ordnung abschrecken wollen. Diese Ordnung präsentiert sich unter dem Schleier des internationalen Rechts; sie ist nicht vergleichbar mit der von gestern, die sich den angeblich barbarischen Völkern als Trägerin der Zivilisation vorgestellt hat.

In dieser schweren Stunde, in der die Völker der arabischen Welt den alliierten Staaten gegenüber stehen, bezeugen wir tunesischen Frauen unsere äußerste Empörung und unsere heftigste Opposition

- gegenüber dem Völkermord, dem das irakische Volk ausgesetzt ist und dem Aufruhr, den dieser mörderische Krieg zur Folge hat,
- gegenüber dem amerikanischen Plan, der Welt sein Diktat und den Gebrauch der Instanzen des internationalen Rechts aufzuoktroyieren,
- gegenüber der Tatsache, daß dem palästinensischen Volk sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird.

Wir tunesischen Frauen, Bürgerinnen dieser Welt (Citoyennes de ce monde) halten es für unsere Aufgabe, die Friedensaktionen und die Verständigung unter den Völkern zu fördern und die Rechtsprinzipien der Völker auf Selbstbestimmung zu verteidigen.

Wir bedauern, daß Europa sich in diesem Fall nicht ausreichend um einen Weg der friedlichen und gerechten Lösung des Konfliktes bemüht hat, der neue Beziehungen zwischen Nord und Süd geschaffen hätte, die auf Gleichheit, Gerechtigkeit und gegenseitigem Respekt basieren.

Wir grüßen alle Menschen, besonders die Frauen, die ihre Stimme erhoben haben, um die Logik des Krieges zu entlarven. Wir Frauen, die wir uns auf Grund unserer Lebensbedingungen gegen alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung wehren, wir reihen uns heute als Bürgerinnen dieser Erde ein in die Reihe unserer Vorläuferinnen im Kampf um die Abrüstung und den Frieden.

Wir ermessen das Ausmaß des Unheils, das durch jeden Krieg entsteht.

Wir bemühen uns, alle materiellen Ressourcen zu mobilisieren, um die physische und moralische Integrität von Menschen zu erhalten und den Analphabetismus und das Elend, die großen Plagen, die die Frauen am Vorwärtskommen hindern, abzuschaffen, um das Wohlbefinden und die kreativen Kräfte der menschlichen Fähigkeiten bei allen Völkern zu fördern.

Wir rufen die Frauen und alle feministischen und humanitären Organisationen, die sich für den Frieden und die Gerechtigkeit in der Welt einsetzen, auf, ihre Regierungen und alle internationalen Instanzen unter Druck zu setzen, damit diese sich um einen sofortigen Waffenstillstand und um eine internationale Friedenskonferenz bemühen, die nach den Regeln der Gleichwertigkeit eine gerechte Lösung erarbeitet und alle Konflikte in der Golfregion, vor allem das legitime Recht der Palästinenser miteinbezieht.

Bemühen wir uns, die wirklichen Ursachen zu beseitigen, die die Feindschaft und die Gewalt nähren, und schaffen wir auf der Basis der Gleichwertigkeit einen fruchtbaren Austausch unter uns, der der Menschheit eine Zukunft verspricht. ●

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

- Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

1 GRATISHEFT zum kennenlernen !

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80

SITUATION DER PROJEKTE

Vernetzung contra Ratlosigkeit

Die Dresdner Äußere Neustadt, Zentrum für Menschen mit alternativen Lebensvorstellungen, Sammelpunkt für junge KünstlerInnen und Projekte. Ende '89 bildeten sich hier eine Vielzahl von Projekten: Kinderladen, Waschsalon, Cafés, Galerien und ein Theater. Das Cafe »BRONXX« war eines der ersten. Seither trifft sich die Szene tagtäglich in den Cafés. Wochenende ist »Touri-Treff« für Wessis auf der Suche nach dem Revolutionsmythos, aber auch Hauptangriffszeit für Faschos. Selten unter 30 Faschos, in Autos, mit Knüppeln und Baseballschlägern bewaffnet versuchen immer wieder Projekte anzugreifen oder einzelne »Linke« abzufangen.

Aus Dresden Rudi Bronxx ● Die Menschen im Stadtteil Äußere Neustadt sind stark verunsichert. Im Ruf nach mehr Unterstützung von seiten der Kommune und nach mehr Polizei und Überwachung(!) äußert sich dies im Moment. Allgemein herrscht Ratlosigkeit. Es fehlen Konzepte, Erfahrungen und die Mitarbeit aller, vor allem der Betroffenen. Eine Radikalisierung im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen, das Austragen der Konflikte, findet kaum Zuspruch und wird nur von wenigen mitgetragen. Andererseits: Die Ermittlungsverfahren von seiten der Polizei scheinen eingestellt, die Angreifer laufen frei herum...

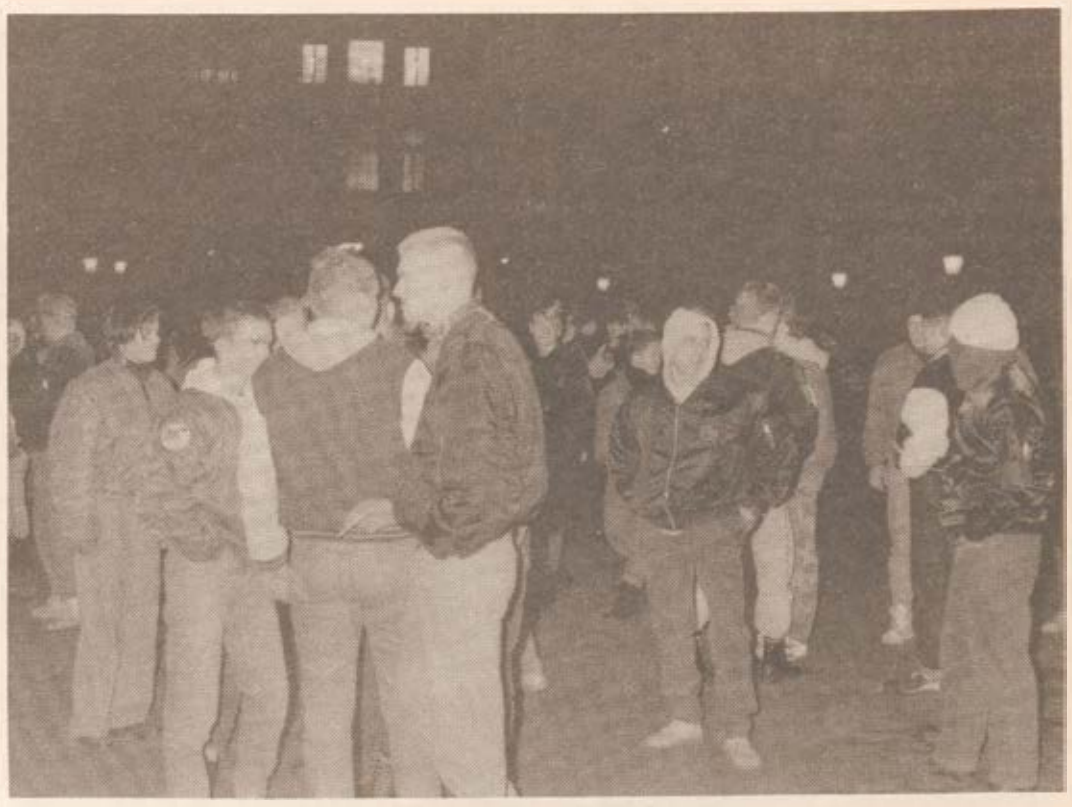
Die Polizei verschwindet lieber, wie am 31.12.90, als das Cafe »100« angegriffen wurde. Der Wirt lief auf einen Streifenwagen zu, um Hilfe zu holen. Der fuhr ab. Nennen wir es Glück, daß er heute noch lebt.

Die Projekte versuchen sich durch Vernetzung untereinander zu helfen. Es werden Absprachen geführt, Leute an Eingängen postiert und die Polizei vorab informiert. Die Erfahrungen in einem vor 3 Monaten gegründeten Verein sollen weitergegeben und die Arbeit miteinander intensiviert werden. Über den Verein wird versucht die Regionalmedien stärker in das Geschehen der Projekte in der Äußeren Neustadt einzubeziehen. Zusammenarbeit gibt es auch mit der IG Äußere Neustadt, einer Gemeinschaft von Leuten, die sich dem Aufbau der verfallenen Wohnungs- und Sozialstruktur in der Neustadt verschrieben hat. Unterstützt werden beide durch die Alternative Fraktion (Bündnis 90/freie BürgerInnen) im Stadtparlament.

Doch die traurige Situation bei den Projekten in der Neustadt ist nicht nur durch dieses Problem gezeichnet. Die durchgängige Inkompetenz der zuständigen städtischen Stellen wirkt sich hier massiv aus. Verstecken hinter bürokratischen Formeln und Gesetzen die ständige Hinhaltetaktik und jede Woche neue Formulare. In den Rathäusern verschwinden auf mysteriöse Weise Schätzurkunden über Grundstücke oder ähnlich wichtige Akten. Unterstützung von seiten der Kommune ist kaum zu erwarten, sie ist gänzlich verstrickt in eine katastrophale Finanzlage. Miet- und Pachtverträge sind nur zu unverschämten Bedingungen zu bekommen. Räume in denen nichts funktionstüchtig ist, der Putz von der Wand abfällt, werden für 10.- DM pro qm vermietet. Übernahme der Kosten bei Instandsetzung durch den Mieter sind selbstverständliche Voraussetzung. Aber sogar solche sind kaum zu bekommen. Hätten die Projekte ihre Räume nicht Ende '89 besetzt – sie wären heute nicht da. Der Verkauf von Grundstücken wird von der Treuhandgesellschaft und der Stadt weiterhin boykottiert, unter Berufung auf die ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Das hier Menschen, egal ob alternativ oder nicht, ihre Lebensgrundlage verlieren, bleibt unerwähnt.

Am 30.1.91 wurde anläßlich der Machtergreifung Hitlers 1933 eine antifaschistische Demo organisiert, unter einem breiten Bündnis von Jusos bis Autonomen. Im Vorfeld zeigte sich, daß trotz wiederholter Gespräche mit den Medien kaum Interesse da war, darüber zu berichten. Der Aufruf zu mehr Toleranz und ein Auftreten gegen den tagtäglichen Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit sind kein Thema.

Alles in allem kamen ca. 250-300 Menschen auf die Demo. Die Polizei hatte im Vorfeld eine Sicherheitspartnerschaft angeboten, die angenommen wurde. Beim Abmarsch der Demonstration kamen auch schon die ersten 70 Faschos. Teilweise vermummt und bewaffnet, versuchten sie die DemonstrantInnen anzugreifen. Das SEK sperrte die Straße und hinderte sie an den Demozug heranzukommen und begleitete den Zug die ganze Route. In der Mitte der Strecke drohte die Situation zu eskalieren, das Verhältnis SEK und Faschos hatte sich faktisch zum 1:1 entwickelt und die Faschos versuchten erneut anzugreifen. Sie schossen mit Leuchtspurmunition und warfen Steine, es gab aber keine Verletzten. Fazit: Kurze Rangeleien mit der Polizei, keine Festnahmen trotz offensichtlicher faschistischer Propaganda.



Faschos am 30.1.1991 neben dem Treffpunkt der Antifachistischen Demo

Abends wurde noch ein Angriff auf das Jugendhaus »Scheune« in der Neustadt provoziert, doch die massive Präsenz des SEK verhinderte weiteres.

Doch was die Medien den nächsten Tag darüber zu berichten wußten, glich mehr einem »Beifallsklatschen an Faschos«. Der Grund der Demonstration blieb unerwähnt.

Die Taktik der Faschos hat sich seither geändert. Moderate suchen und führen Gespräche, so z.B. mit der IG Äußere Neustadt und dem Jugendamt Dresden. Selbst dort, wo man meint, das Problem wäre als solches erkannt, redet man von einem Treffen, diskutieren und integrieren. Selbst das Angebot bei der Suche nach Räumen fand irgendwie Gehör. Alle, die eine radikalisierte Auseinandersetzung fordern, sind demnach intolerant.

Hurra, wir leben!

RECHTSEXTREME ORGANISATIONEN

Dresden – neue Hauptstadt der Bewegung?

Natürlich ist es kein Zufall, daß gerade in Dresden die Bedrohung und Gewalt durch Neofaschisten besonders massiv ist. Denn die Angriffe sind alles andere als spontane Zusammenstöße, sondern organisierter Terror.

Gottfried Ost, Dresden ● ... in der Nacht vom 23. zum 24.12.90 wird die Einrichtung des Galeriecafés BRONXX durch einen rechtsradikalen Schlägertrupp vollständig zerstört und geplündert, der Inhaber zusammengeschlagen. Kurze Zeit später wird die PLAN-WIRTSCHAFT angegriffen und Anwohner mit Leuchtmunition beschossen. Das Eintreffen der Polizei – zu spät, aber immerhin – verhindert weitere Zerstörungen, es bleibt bei der demolierten Toreinfahrt. Im TIVOLI wird ein junger Mann zusammengeschlagen. In der Nacht vom 25. zum 26.12.90 wird in der Planwirtschaft eingebrochen. Details, wie die auch hier gestohlenen Schlüssel, legen den Schluß nahe, daß es sich um den gleichen Täterkreis handelt, wie am Vortag. In der Nacht vom 27. zum 28.12. werden im TIVOLI alle Fensterscheiben und Mobiliar zerstört, zwei Mädchen blutig geschlagen. Wiederum sind rechtsradikale Skinheads und sogenannte Faschos die Täter. Am Neujahrsmorgen wird das Café 100 von Rechtsradikalen angegriffen. Die schweren Kopfverletzungen des Café-Inhabers müssen stationär behandelt werden. Kurze Zeit später steht das Galeriecafé BRONXX in Flammen. Die Bewohner des Hauses müssen von der Feuerwehr über die Drehleiter evakuiert werden. Gegen 2 Uhr 30 wird der Info-Laden SCHLAGLOCH angegriffen. Die diesmal rechtzeitig eintreffende Polizei nimmt vier der rund 40 Angreifer vorläufig fest, darunter einen gewissen DIRK VOGEL, bekannt als Organisator und Anführer einer Nazi-Gang.

Soweit zu den Feiertagen in Dresdens Äußerer Neustadt. Die Chronik der Gewalt ließe sich weiter zurückverfolgen, verging doch seit April 90 fast kein Wochenende, an dem es nicht zu Überfällen auf Alternativ-Cafés, Ausländerwohnheime, auf Punks,-Linke-, Ausländer, Passanten gekommen wäre – seit Oktober fast kein Tag. Dabei nahm die Brutalität kontinuierlich zu, eskallerte der Einsatz von Waffen – so wurden am 24.11.90 während der Erstürmung und Totalverwüstung des Hauses Böhmische Str. 26, mehrere scharfe Schüsse aus einer KK-Waffe abgegeben. Das es bislang keine (?) Toten gegeben hat, ist Zufall.

Hintergründe

»...Sie kommen aus den Neubaugebieten und haßten diesen »linken« Staat DDR, aus berechtigten Gründen, und hassen jetzt alle, die die neue Freiheit nutzen, um das bisher Verbotene zu tun. Da geht es dann über Cafés, Theater, Galerien und die Menschen die dort leben her. Vielleicht würden sie selbst gern ein Bistro eröffnen, aber dafür ist in Gorbitz oder Prohlis (Trabanten-Vorstädte von Dresden, Anm. d. Red.) kein Platz.

Schon an diesem Beispiel wird die Fragwürdigkeit der Etikettierung »rechts« und »links« deutlich. Wenn politische Haltung an der Stadtbezirksgrenze aufhört, so muß sie hauptsächlich soziale Ursachen haben....« (Zitat nach SAX, Dresdner Stadtmagazin).

Da ist was dran. Über die sozialen Ursachen von Gewalt, von Kriminalität – denn um politisch motivierte wie drapierte Kriminalität handelt es sich – ist viel geschrieben worden. Daher mag hier dieser Hinweis genügen. Ebenso der auf psychologische (Autoritätsverlust, Wertezerfall, »rebellierende Selbstunterwerfung«) und politische Ursachen. So war der genehmigte (!) Aufmarsch von 500 Neonazis – angeführt von MICHAEL KÜHNEN und GOTTFRIED KÜSSEL – für das gesamte rechtsradikale Lager ein Signal, seine Aktivitäten in und um Dresden zu verstärken, auf Dresden zu konzentrieren. Daß sich in Dresden die Nazi-Prominenz plus Reisende in Sachen Gewalt, Schlägertrupps aus Schwaben und Norddeutschland ein Stelldichein geben, ist kein Zufall. Die in letzter Zeit vielfach beklagte Passivität der Polizei tut nur ein übriges.

Es bleibt die Frage, **wer** bringt die Jugendlichen dazu, in dieser Art und Weise **organisiert** kriminell zu werden? **Wer**organisiert in Dresden die »politische«, die »rechtsradikale« Gewalt? Einige Namen wurden bereits genannt... Denn eins sind all die Überfälle, Angriffe, Einbrüche nicht: spontane Ausbrüche, Zusammenstöße zwischen »rechten« und »linken« Jugendlichen – auch wenn dies, der Einfachheit halber (?), oder aus verständlicher Absicht (eben durch die kahlköpfigen Auschwitz-Fans), gern so dargestellt wird und viele Menschen eben dies gern glauben wollen. Vollends klar wird das bei Schutzgelderpressung, einem weiteren Betätigungsfeld der Dresdner Fascho- und Skingangs.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Organisationen und Personen

NPD und Junge Nationaldemokraten: Aktivitäten seit Januar 90. Teilnahme an den Bundestagswahlen. Die Verteilung des Propagandamaterials übernahmen militante Skingruppen.

DVU: Ebenfalls seit dem Frühjahr 90 in Dresden aktiv. Ca. 200 Mitglieder. Arbeitet finanziell und personell eng mit der NPD zusammen.

Die REPUBLIKANER: Aktivitäten wurden in Dresden relativ spät beobachtet. Gründung des Orts- und Kreisverbandes im Juni 90. Vertreter der offen faschistischen Gruppen waren zeitweilig anwesend. Gleichzeitig verbreiteten ca. 150 Faschos und Nazi-Skins in der Äußeren Neustadt Bürgerkriegsatmosphäre. Am Vortag überfallen Rep's und Nazi-Skins das Büro der VL (Vereinigte Linke). Zum Gründungszeitpunkt zählten die REP's rund 130 eingetragene Mitglieder. In der Folgezeit tauchen gegen einige führende Mitglieder Stasi-Vorwürfe auf.

FAP: in Dresden über den Ortsverband der DA, der von den KÜHNEN-Leuten dominiert wird.

DA (Deutsche Alternative): Die Gründung der Vernetzungspartei DA erfolgte in der DDR schon im November 89 in den Ortsgruppen Dresden und Cottbus (erster »Reichsparteitag« in Kiekebusch bei Cottbus im Frühjahr 90), die Anmeldung unter dem Namen NA (Nationale Alternative) im Februar 90 in Ost-Berlin. Sitz der Partei war bis Juni 90 die berüchtigte Nr.122 in der Lichtenberger Weitlingstraße. Als neuer Standort waren Cottbus und Dresden vorgesehen. Da eine Funkkommunikationszentrale der DA Anfang Januar 91 nach Dresden (Cotta) verlegt wurde, wird hier wohl auch der Sitz der Partei zu finden sein. Vorgesehen als neues »Braunes Haus« war höchstwahrscheinlich die Rabenauer Str.3, deren Besetzung durch Nazi-Skins im November 90 von der Polizei beendet wurde. Der Parteivorstand der DA wird offiziell angeführt von Ray Träger (Ortsverband Dresden) und Kartsten Wolter (Ortsverband Berlin). Karsten Wolter gehört zu den Aktivisten der NA, deren Mitglieder sich gleichfalls öfter in Dresden aufhalten (u.a. Heiko Hasselbach-Pfannschmidt, Frank Lutz, Andre Riechert, Franko Meyer, Mario Neumann, Heiko Baumert, Alexander Tietze, Carsten Sandow). In der DA, bzw. mit der DA arbeiten Mitglieder folgender Organisationen: FAP, VAPO (FAP-Ableger in Österreich), Nationalistische Front, NPD, JN, Nationale Liste, DVU...

VdSW (Verband der Sächsischen Werwölfe), JS (Jungsturm), SS-O (SchutzStaffel-Ost), NWD (Nationaler Widerstand Deutschlands) sind Dresdner Gründungen – der schlagende Arm der Bewegung und an allen Ausschreitungen, Überfällen, Störaktionen und Anschlägen in Dresden beteiligt. Die Mitgliedschaft der genannten Gruppe(n) rekrutiert sich aus der militanten Skinhead- und Fascho-Szene. Mit eine Umbenennung der Organisation(en) ist demnächst zu rechnen. Geführt werden diese kriminellen Vereinigungen von ihren Gründern Rainer Sonntag und Dirk Vogel. Rainer Sonntag, 1987 ausgereist, ist seit Januar 90 im Auftrag Michael Kühnens wieder in Dresden. Bei Ausschreitungen hält sich R. Sonntag im Hintergrund und gibt die Befehle, teils direkt, teils über Unterführer und Läufer. R. Sonntags rechte Hand ist Michael Vietze (Dresden-Cotta, VdSW-JS-NDW). Dirk Vogel ist Mitinitiator der genannten Gruppen, wie der Besetzung Rabenauer Str.3. In Dresden-Johannstadt führt er eine eigene Gruppe. Bei Ausschreitungen ist er als Führer und Schläger dabei. Ebenfalls oft genannt werden Frank Kaden (Ex-Finanzer und Jugendverantwortlicher bei den REP's, da ausgeschlossen, tritt moderat auf, Kontaktmann,Dresden-Löbtau), Peter Wollenberg (FAP, VdSW-JS-NWD, Dresden-Nord), Mike Hänzke (DA-Mitgründer,FAP), Jana Göbel (»Frauenschaftsführerin«), Sven Eichler (Dresden-Reick, (ex?REP, NWD-VdSW), Sven Schleife (Gorbitz, NWD) und Dirk Schildhauer (VdSW-JS-NWD).

Zum harten Kern der rechtsradikal/ faschistisch/ kriminellen Szene wird man 150 Personen rechnen müssen.

Fortsetzung nächste Seite

WAS TUN

Deutschland, Nazis und kein Ende?

Ratlosigkeit offenbarte eine ungewöhnliche Diskussionsrunde im Anschluß an eine Demonstration anläßlich des Jahrestages der Machtergreifung Hitlers (30.1.). Im Neustadt-Kulturzentrum »Scheune« hatte sich abends eine ganz neue Art öffentlicher Runder Tisch gegen Nazis versammelt. Ein Vertreter des sächsischen Innenministers und der Landesjugendkirche traten vor BesucherInnen eines Rockkonzerts, die zuvor unter Polizeischutz und ständigen, tätlichen Angriffen von Nazis in der Stadt »für mehr Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit« eingetreten waren. Im von mehreren Mannschaftswagen und unter ständiger Bereitschaft von zahlreicher Polizei gegen weitere Überfälle gesicherten Haus trafen wir Eva, seit vergangenem Jahr aus Köln übergesiedelt.
»Einen Wahnsinn erleben wir hier«, findet sie.
»Ist das die Bullen Republik Neustadt?«

Aus Dresden, Eva Traudich ● Kennengelernt habe ich die Dresdner Neustadt während der Aktivitäten zur Bunten Republik Neustadt im vergangenen Sommer. Eine Woche vor der Währungsunion wurde hier eine Mischung aus Stadtteilfest und Woodstock gefeiert, die es in sich hatte. Der Kiez lebte auf, mit einer eigenen »Währung«, mit eigenen, alternativen Vorstellungen davon, als Menschen zusammenzusein...

Was ist davon übrig geblieben?

Wir wollten eine HERRschaftsfreie Zone. Stattdessen erleben wir hier einen Wahnsinn mit System: Kaum eine Woche, in der wir nicht von einer Bande wildgewordener Nazis terrorisiert worden sind.

Wir wollten einen Kiez ohne Waffen. Stattdessen laufen sie hier mit Baseballschlägern, Eisenrohren und Knarren herum und müßten von uns eigentlich entwaffnet werden, wenn wir uns selber weiterhin ernst nehmen wollen... Aber wir holen lieber die Polizei. Wir demonstrieren in einem waffenstarrendem Polizeikessel für Toleranz...

Wir wollten den aufrechten Gang, aber jetzt halten wir stattdessen Antifa-Plenum mit einem Vertreter des Innenministers. Da geht es dann nicht mehr um unsere Zukunft und wie wir sie in diesem Stadtteil angesichts all dieser Gewalt weiterleben können, sondern um die Zukunft der Täter und wie wir sie wohl am besten integrieren können.

Spielen unsere eigenen Ziele und Träume überhaupt keine Rolle mehr? Eins haben diese braunen Horden wohl schon geschafft. Alle rufen nach mehr Polizei und zu Zeiten, wo das Parlament gerade ein Gesetz über die Aufgaben der Polizei berät, gibt es keinen kritischen Geist gegen den Polizei- und Obrigkeitsstaat mehr.

Später werden sie dann als neue Polizisten resoziallisiert und integriert sein, unsere Nazis.Wir wollten zwar eine Bunte Republik Neustadt, stattdessen droht die Bullen Republik Neustadt.

Freiraum für die Faschos?

Mich kotzt es zunehmend an, zuzusehen, wie abend für abend das Naziproblem von uns selber verniedlicht wird. Da sitzen wir in der Kneipe und, wenn wir nicht gerade von ihnen überfallen werden, sollen wir mit ihnen wohl Bier trinken. Aber jeder hat da wohl seinen Lieblingsskin, dem er dann doch zuprosten kann.

Wir fragen uns, ob wir »Nazis raus!« fordern können, wenn wir nicht wissen, wo sie hinsollen. Aber wenn wir hier selber rausfliegen, mit scharfen Waffen und Brandsätzen angegriffen werden und ausgeräuchert werden, dann fragt keiner mehr, wo wir überhaupt noch hinsollen.

Das werden wir von den Nazis auch nicht erfahren, wenn wir mit ihnen am Biertisch reden. Stattdessen werden wir mit 90 % iger Wahrscheinlichkeit nur ausgehorcht, um von einer militärisch und kadermäßig organisierten Streitkraft besser angegriffen werden zu können. Sie üben ihren Bürgerkrieg und wir üben unsere Opferrolle.

Da werden Obernazis gesichtet, deren Namen im Westen für Mord oder in Verbindung mit dem Attentat aufs Oktoberfest stehen. Eine Nachfolgeorganisation für eine verbotene Wehrsportgruppe wird aufgebaut, die ständig an der Gewaltspirale dreht, um es ihrem Vorbild irgendwann gleichzutun.

Und wir halten Dialog mit »gemäßigten Nazis« und glauben, mit ein bißchen mehr Polizei und ein bißchen weniger »Extremismus« sowie betreuten Freiräumen für rechte Jugendliche in ihren Wohngebieten sei es getan...

Da wird doch einiges durcheinandergeschmissen. So erhalten die Obernazis mit unserer Unterstützung ihre neuen Kommandozentralen und Rekrutierungsfelder. Was sie vorhaben, gehört aber verboten und nicht unterstützt.

Wenn in dieser Stadt eine militärische Gruppe besteht, die planmäßig und systematisch einen ganzen Stadtteil aufrollt, sollten ihre Drahtzieher enttarnt, ihre Nazi-Befehlsgeber hinter Schloß und Riegel gesteckt und ihre Wehrstruktur zerschlagen werden.

Gleichzeitig sollte daran gearbeitet werden, daß die Dauerpräsenz von Polizei und die Notwendigkeit von Verboten und Inhaftierung der Fascho-Kriminellen so schnell wie möglich überflüssig wird. Und das betrifft dann in der Tat auch Freiräume, aber dies für eine radikale Bewegung von Jugendlichen, **BEVOR** diese den Nazis in die Fänge geraten..., und nicht erst für die Verführten und ihre Verführer.

Lernziel: Solidarität

Fatal scheint mir im Sinne einer solchen, auf Emanzipation zielenden Politik, das ewige Gesäusel gegenüber Extremismus. Ich kann es nicht mehr hören. Zu Recht beklagen Kinder und Jugendliche ihre beschissene Situation und wollen – im übrigen auch hier in der Neustadt – eine grundsätzliche Änderung.

Diese werden sie jedoch nur erreichen, wenn sie nicht mehr irgendwelchen deutschen Führernaturen hinterherlaufen, sondern wenn sie ihre Dinge selbst in die Hand nehmen, so »extremistisch« und radikal wie notwendig. Konflikte werden auch durch die Einschaltung sozial-psychiatrischer Dienste nicht überflüssig. »Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!« ...auch das ist ein Gebot der Marktwirtschaft. Wenn du deine Stimme nicht erhebst, wo du Opfer bist, kommst du unter die Räder.

Der Nazianhang verschenkt diese Stimme an skrupellose Rattenfänger, die von interessierten Kreisen der Rüstungsindustrie freigehalten werden. Die Führer der Nazis betreiben die Politik ihrer Sponsoren, die zuvor ihr Geschäft mit Giftgas und Tod gemacht haben und wollen Freiwilligentrupps für Saddam Hussein aufstellen. Das ist ihr wahres Gesicht.

Denn nur das ist wahrer Gaskrieg (oder gar eine Gaskammer), was auch von Deutschen betrieben wird... Wie ekelhaft!

Es war noch immer das Geschäft der Reaktion in diesem Lande, alle armen Schweine aufeinanderzuhetzen, um dann »gegen Extremismus« zu argumentieren. Deutsche gegen Juden, Ausländer und Zigeuner, gegen die Linken, aber auf keinen Fall gegen das Kapital und die Verantwortlichen für die soziale Misere.

Dieses Deutschland braucht seine Nazis wie der Fixer seine Spritze. Sie helfen, die Unzufriedenheit in ein Obrigkeits- und Führerdenken zu kanalisieren, welches für die Option einer militärischen Großmachtpolitik unerläßlich ist. Sie zerstören die Solidarität der Benachteiligten.

Dieses deutsche Elend läßt sich allerdings nicht durch Sozialarbeit und -psychiatrie beseitigen. Ein ganzes Volk läßt sich nicht auf die Couch der Analytiker und Therapeuten legen und Konflikte zwischen arm und reich, AusländerInnen und Deutschen lassen sich so schon gar nicht »harmonisieren«.

Vielmehr geht es darum, Platz zu schaffen, solche Konflikte auf eine vernünftige Weise auszutragen, um Mißstände zu lösen. Das Lernziel »Solidarität« sollte verfolgt werden.

Eine neue Bunte Republik Neustadt muß her – das Bild einer Stadt, in der Menschen, ob Ausländer oder Deutsche, in einer sozial-solidarischen und umweltverträglichen Art und Weise miteinander leben. Sonst heißt es wirklich nur noch: Deutschland, Nazis und kein Ende! ●

Ausgebrannter und demolierter PKW des Galeriecafés Bronxx

WARUM GERADE DIE DRESDNER NEUSTADT?

»Dieser Wochenlange Terror wäre in Westdeutschland nicht 'drin...«

(Ausriß aus Dresdner 2/91, »Ich bin rechts«)
Zitat: Maik: »Im Fall Bronxx war das so: Das Bronxx war das alternative Cafe, doch jetzt ist es ein Kommerzschuppen. Ein Bier kostet dort 3.50 DM, wer kann sich das leisten. Abgesehen davon sind in letzter Zeit dort mehr Geschäftsleute drin, die mit ihren Hundertmarkscheinen 'rum wedeln und den großen Mann spielen. Da hat es dann bei einigen Leuten geklickt, und die sagten sich, so etwas können wir nicht dulden.«

Gespräch mit Betroffenen: Sören N. und Gunnar J., Betreiber und Mitarbeiter Neustädter Szenekneipen.

CONTRASTE: Was ist an den Weihnachtsfeiertagen bzw. über Neujahr bei Euch passiert?

Sören: Ärger gab es seit Mai letzten Jahres, Pöbeleien, Steinwürfe in die Fenster, Belästigungen der Gäste. Am 18.11.90 flog nachts ein Molli ins Fenster, der aber nicht zündete. Am 21.11.90, nach einer PDS-Veranstaltung auf dem Schloßplatz, gingen in der BRONXX sämtliche Scheiben zu Bruch. Gleichzeitig wurde mein Auto demoliert. Zwei Tage vor Weihnachten kamen hier Glatzen rein, Dresdner und Westdeutsche. Die zerstörten die Eingangstür und prügelten auf die Gäste ein. Die Polizei hat im Grunde nur zugeguckt. In der Nacht vom 23.12. zum 24.12.90 hatten wir regulär zu. In der Nacht wurde eingebrochen und die gesamte Einrichtung kurz und klein geschlagen, der Zigarettenautomat aufgebrochen und zerstört und die Geschäftsunterlagen, Schlüssel und so weiter geklaut. Trotzdem hätte man im Januar vielleicht wieder aufmachen können. In der Neujahrsnacht wurde dann der Brand gelegt und eine Nacht darauf versucht, das Lager zu plündern.

Gunnar: Ärger mit Glatzen hatten wir den ganzen Herbst über. Freitag, Samstag, Sonntag rückten die in Gruppen ein. Du konntest die Uhr danach stellen. Meist blieb es bei Gestänker und zerschlagenem Geschirr. Natürlich blieben mit der Zeit die anderen Gäste weg. Am 23.12.90 waren es an die 20 Glatzen. Als die anfingen zu randalieren, flogen sie raus. Wahrscheinlich sind sie danach in die BRONXX gezogen und haben sich dort ausgetobt. Bis dahin hatte ich immer noch versucht mit denen zu reden.

Am Neujahrsmorgen gegen 1 Uhr, kam ein Trupp Glatzen ins Lokal rein und fing an, das Buffet zu demolieren. Wir haben zweimal die Polizei angerufen und Bescheid gegeben, daß in dieser Nacht Randale bevorsteht. Als es dann soweit war, haben wir wieder die Polizei angewählt – passiert ist nichts. Ich bin dann zu meinem Auto gegangen, um es mit dem Funktelefon zu versuchen. Ein Trupp Skins kam die Alaunstraße hoch. Als ich zu einem Streifenwagen ging, der in der Nähe stand, ist der abgehauen. Ich bin zurück zur »100«(Name des Cafes), und die Glatzen sind mir hinterher. Vor der »100« bin ich ausgerutscht auf dem Kies und von 12 Leuten zusammengetreten worden. Die haben ganz gezielt nur nach dem Kopf getreten – ich würde das versuchten Totschlag nennen.

In den Medien wird derartiges gern als spontane Ausbrüche jugendlicher Gewaltbereitschaft dargestellt, oder als Auseinandersetzung zwischen »linker« und »rechter« Szene. Wie seht ihr das?

Sören: Spontan ist daran das Wenigste. Es hat meist Ankündigungen gegeben, direkte und indirekte. Warnungen von Leuten und Ankündigungen von Glatzen: »Morgen machen wir deinen Laden platt!«

Gunnar: Die Berichterstattung der Print-Medien war nach Sylvester soweit o.k.. Eine »linksradikale« Szene gibt es ja auch nicht, da ist es schwer, das wie im Westen als eine Sache zwischen »links« und »rechts« darzustellen.

Du kommst aus Westdeutschland – hattest Du dort ähnliche Erlebnisse?

Gunnar: Ja, ich war 10 Jahre in einem Jugendzentrum. Anfang der 80er fing es an, daß irgendwelche frustrierten Glatzen meinten, den Laden zerstören zu müssen. Aber anders als hier gab es eine militante linke Szene, die dann für Frieden gesorgt hat. Ein Sich-breit-Machen der Glatzen war nicht möglich. Dieser wochenlange Terror wäre in Westdeutschland nicht drin. Nicht umsonst hat sich Kühnen diese Gegend ausgesucht.

Warum werden ausgerechnet die Cafés in

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Dresden – neue Hauptstadt der Bewegung?

Das Feld der Sympatisanten und Mitläufer ist weitaus größer. Einen Richtwert bilden die am 2.12. für die NPD in Dresden abgegebenen Stimmen (rund 2.000). Diese Zahl ist allerdings nur sehr bedingt aussagekräftig, da die rechts-kriminelle Szene gerade aus dem Kreis der 14-17jährigen den meisten Zulauf erhält. Mobilisierbar sind in Dresden und Umgebung (Radeberg, Radeburg, Görlitz, Königsbrück, Riesa, Meißen, Freiberg, Freithal...) relativ kurzfristig 300-600 gewaltbereite Jugendliche. Eine rege Reisetätigkeit ist für die Szene ohnehin typisch. Bei Überfällen sind oft Ortsfremde dabei – so kamen bei einem Überfall auf die Wahlveranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen einige Täter aus München.

Eine weitere Organisation, über die noch wenig bekannt ist, wurde unlängst gegründet: die »Wehrsportgruppe Hans-Joachim Peiper« (benannt nach einem SS-General). Beteiligt an der Gründung dieser Gruppe war Rainer Sonntag, möglicherweise auch der berüchtigte Wehrsport-Hoffmann, der sich zum Zeitpunkt der Gründung in Dresden aufgehalten haben soll. Die »Wehrsportgruppe Hans Joachim Peiper« (benannt nach dem SS-Führer Peiper). Beteiligt an der Gründung dieser Gruppe war Rainer Sonntag, möglicherweise auch der berüchtigte Wehrsportgruppen-Hoffmann, der sich zum Zeitpunkt der Gründung in Dresden aufgehalten haben soll. Hoffmanns verbotene »Wehrsportgruppe« wird mit mehreren Anschlägen und Morden in Verbindung gebracht. Die »Wehrsportgruppe PEIPER« soll eine gesamtnational und konspirativ operierende Eliteeinheit werden, eben mit den Aufgaben der »Wehrsportgruppe HOFFMANN«: Anschläge, Banküberfälle, Mord – eine Art rechtsextremistische RAF.

Die verwirrende Vielfalt rechtsradikaler Organisationen läßt auf Zersplitterung, Rivalität und Sektierertum schließen. Das ist leider nicht so, wenn dies auch alles eine Rolle gespielt hat und weiter spielt. Fast alle Organisationen sind untereinander durch Doppel- und Dreifachmitgliedschaften vernetzt. Man muß die Organisationen wohl als Fraktionen oder »Führerschaften« tendenziell einer Bewegung ansehen. Die diversen politischen Gründungen der extremen und radikalen Rechten ersetzen die NSDAP, VSW - JS - NWD (usw.) stehen für SA, die »Wehrsportgruppe PEIPER« übernimmt die Rolle der SS. Wird eine der Gruppen verboten, treten die Mitglieder einer anderen bei – falls sie nicht schon drin sind. Aufmärsche, wie der am 20.10.90 in Dresden, werden von irgendwelchen unbekannten »Arbeitskreisen« oder »Initiativen« angemeldet (Initiative für Deutschland statt Deutsche Alternative zum Beispiel...).

Was tun?

Eine Möglichkeit, diesem Treiben Herr zu werden, wäre die Aufnahme eines Verbots faschistischer Betätigung im Grundgesetz. Dringend geboten ist die Anwendung bestehender Gesetze. Vandalismus, Körperverletzung, Brandstiftung, Schutzgelderpressung, Hehlerei, Diebstahl und Raub sind Verbrechen und müssen als solche geahndet werden – ganz gleich wie »politisch« sie immer »motiviert« werden. Ebenso sind Polizei und Justiz gefordert, die Verbreitung und Verwendung faschistischer Symbole und Schriften, Volksverhetzung und Aufrufe zu Rassismus und Gewalt zu unterbinden. Wenn sich Faschisten organisieren, muß der Staat reagieren, umsomehr, wenn diese Organisation in Form von krimineller oder terroristischer Vereinigungen vonstatten geht.

Anders liegt der Fall bei Mitläufern und Symphatisanten. Mit ihnen muß gesprochen, gearbeitet werden. Nur muß die Sozial- wie Bildungsarbeit **Vor** der Verfestigung eines **irrationalen**rechtsextremistischen Weltbilds, **Vor** dem Start einer kriminellen Karriere, erfolgen. ●

ZUR GESCHICHTE

Verfall der Werte

In den 80er Jahren vollzog sich in der DDR ein tiefgreifender Wertewandel. Er war Ausdruck einer manifesten Entfremdung großer Teile Jugendlicher von den gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Gottfried West, Dresden ● Das ständige Erleben von Bevormundung in Schule und Jugendorganisationen, die hier praktizierte Ignoranz gegenüber der Alltagswelt, den Erfahrungen und Problemen Jugendlicher, verursachte einen inneren Rückzug. Viele schloßen sich zu Gruppen zusammen, suchten in jugendkulturellen Bewegungen eine neue Zugehörigkeit. Die Existenz von rechtsextremen Gruppen wurde in der DDR verschleiert. Der Staat versuchte nur mit strafrechtlichen Mitteln, sie zu bekämpfen. Die Tendenz war überhöhte Strafanwendung und zugleich Bagatellisierung von rechtsextremen Gruppenzusammenhängen und des Tathintergrundes. Die Fortsetzung dessen ist in der derzeitigen Medienpolitik zu sehen.

Erziehung im DDR-Sozialismus

Jugendliche, aufgewachsen im DDR-Sozialismus, lebten relativ sozial gesichert. Faktisch war ihnen ein Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsplatz gesichert. Je nach Grad der eigenen Anpassung blieb auch die Möglichkeit, nach »Wunsch« auszusuchen. Es entschieden aber auch Leistung, politische Meinung und die Bereitschaft zum Dienst in den bewaffneten Organen. Die Erziehung in allen Bildungseinrichtungen war geprägt von einer durchgehenden Politisierung, sie reichte zeitweise von der »Verteufelung der imperialistischen Kriegstreiber« bis zum »Sieg des Sozialismus«. Den Jugendlichen wurden staatsbürgerliche Grundlagen in Form von Marxismus/Leninismus in äußerst pragmatischer Art und Weise über stereotype Formeln vermittelt. Das Zurückstellen der eigenen individuellen Ansichten gegenüber der Forderung nach guten Leistungen und dem Druck nicht negativ politisch aufzufallen, um im späteren Entwicklungsweg keine Hindernisse aufzubauen, war prägend.

Bewußter Antifaschismus wurde, wenn, nur über die »ruhmreiche Sowjetarmee« und den heroisierten Widerstandskampf deutscher Kommunisten, der einem Märchenbuch gleichkommt, vermittelt. Mit dem Einsetzen des Wohnungsbauprogrammes begann auch eine Zwangsumsiedlung von Arbeitskräften in »Neubaughettos«, deren Tristheit sich von westlichen Pendants wahrscheinlich nur durch noch weniger Grün unterscheidet. Bestehende soziale Umfelder wurden willkürlich zerrissen und die Menschen in neue, nicht funktionierende gepfercht. In den Neubausiedlungen bestehen oder bestanden zumeist aus einer Poliklinik, ein bis zwei Gaststätten und einer anderen sozialen Einrichtung(z.B.: Klub der Volkssolidarität). Sie besitzen keine altersgerechten Kommunikationsorte und Freizeit- bzw. Kulturangebote für Jugendliche wie für alle anderen Altersgruppen. Wie so oft bleiben die Straße und die Höfe das Betätigungsfeld für Jugendliche.

Das politische Interesse dieser Jugendlichen war in der Regel gleich »null«. Mit dem Zerfall der DDR im Oktober 1989 war auch diesen Gruppen ein neues Betätigungsfeld eröffnet – die Teilnahme am politischen Gestaltungsprozeß des Alltags. Die jahrelang anerzogene Haltung des »Nicht-Sagens«, der Anpassung sind in gewisser Art und Weise für das alte System nutzlos geworden. Werte, Autoritäten und Zukunftsvisionen wurden radikal zerstört und aufgelöst. Der Faszination des »Seltenen«, die es durch »Westomas« und »Stone wash« gab, machte der totalen Reiz- und Konsumflut Platz. Das Scheitern des »Sozialismus« als Idee wurde propagiert, und Orientierungslosigkeit blieb. Jugendliche suchten zunehmend nach neuen Visionen und Orientierungen, doch in kurzer Zeit konnten, bedingt durch den Medien- und Wahlkrieg, kaum neue Konzepte gefunden oder entwickelt werden.

Geschichte als Parteipolitik

Die »Rechtsentwicklung« in den Ländern der ehemaligen DDR ist älter als angenommen. Die deutsche Geschichte begann in der DDR mit dem Zusammenschluß der SPD und KPD zur SED. Es gab keinen 17.Juni und auch kein Prag, und wenn, dann als imperialistische Putschversuche. Deutsche Geschichte wurde, ebenso wie nach 1945, nur parteipolitisch aufgearbeitet und zudem manipuliert. In allen Altersgruppen blieb faschistisches Gedankengut in Sprache, Umgang und Denken erhalten und wurde weitergegeben. Durchgehend ist das Motiv der Ausländerfeindlichkeit. Die in der DDR arbeitenden GastarbeiterInnen aus Kuba, Algerien, Vietnam, Angola und anderen Ländern waren und sind Zielscheiben der eigenen Frustrationen. Das Chaos in der Wirtschaft, der Widerspruch zwischen Kaufkraft und Angebot, das eigentliche Nicht-Funktionieren und die Begrenztheit des eigenen Horizontes, bedingt durch »das Nicht-Reisen-Können«, blieben der Idee verhaftet: »Früher war alles besser«. »Gute Arbeit für Gutes Geld« und Argumente wie »Hitler hat die Autobahnen gebaut und allen Arbeit gegeben«, Tugenden wie Zucht und Ordnung wurden gleichzeitig mit dem Wunsch nach dem »Führer« verbunden. Die wirklichen Ausprägungen Faschismus wurden verdrängt oder schlicht ignoriert.

Diese Reden bleiben, auch mit der Anpassung an das neue System. Das Statussymbol Auto und Familie, selbst durch den Staat propagiert, ist heute noch deutlicher zu sehen. Die Vision vom »starken Mann« blieb bestehen. Der Zustand der Gesellschaft nach den Wahlen hat sich für den Großteil der Bevölkerung nur minimal geändert, die soziale Situation ist Notstand. Jetzt wird genauso wieder »Augen gewischt«, manipuliert und verdrängt, der einstweilige Strohhalm sind Wahlversprechen der Politiker: »Es wird schon besser!«

Jugendliche sind nicht davon frei, ihre Erziehung wurde dadurch nachhaltig geprägt. Ihre eigene Situation und ihre Vorstellungen klaffen weit auseinander. Die soziale Unsicherheit mündet in eine noch nicht abgeschlossene, aber hier beginnende Radikalisierung, deren Ausmaß aber langsam sichtbar wird. Die Polizeischüsse von Leipzig und die Brandanschläge in Dresden sind ein sicheres Zeichen. Die Unbeholfenheit der Neu- und Altpolitiker.tut ein übriges, Augenmaß und Vernunft sind Fremdwörter, Hilfe bleibt aus.

Verschleierung der Problematik

Das Erziehungsbild und die angeführten Fakten finden Widerhall in all den Programmen, die ihnen Recht geben in ihrer abstrakten Vorstellung von einer »Volksgemeinschaft« und darin, daß ihnen die Ausländer die Arbeitsplätze wegnehmen.

Ohne zu erkennen, daß marktwirtschaftliche Wirtschaftsprinzipien Arbeitslosigkeit voraussetzen, um einen Arbeitsmarkt zu schaffen, und daß »Gastarbeiter« billigere Arbeitskräfte sind als die Einheimischen, da ihre Ansprüche durch Gesetze u.a. viel geringer gehalten werden können.

Genau an diesem Punkt setzen organisierte und geschulte Kader-Faschisten an, unterstützt durch die konservative Parteienallianz.

Wie vor der »Wende« wird versucht, ein »gesundes Oppositionsverhältnis« zu schaffen und entstandene Probleme zu verwischen. In der damaligen DDR wurde versucht, diese existierenden Gruppen durch die Staatssicherheit zu infiltrieren, es wurden gezielt Personen ausgebildet, um sie zu unterstützen, auszuhorchen und bewußt einzusetzen. Gegen Gewalttätigkeiten rechtsextremer Gruppen wurde zwar angegangen, ihr politischer Hintergrund wurde jedoch in der Öffentlichkeit geleugnet.

Heutzutage wird diese Politik von den staatstragenden Parteien weitergeführt. Extremismus hat für sie keine soziale Ursache, sondern ist nur Spielball zur Durchsetzung eigener Machtinteressen. Die Verbindung von faschistischen Organisationen zu Machtorganen in Staat und Wirtschaft tritt offen zutage.

Jugendliche, einzeln oder in Gruppen, werden mißbraucht. Sie dienen zur Unterstützung und Durchsetzung parteipolitischer Machtinteressen und einer rigiden Ausländerpolitik. Jugendliche in Gruppenzusammenhängen zwischen 14-18 Jahren sind besonders gefährdet. Der Ansatzpunkt ist das gemeinsame Erleben, die Kameradschaft untereinander und der »Vater-Ersatz«. In ihrer politischen Orientierungslosigkeit werden ihnen Werte suggeriert, denen sie glauben schenken, dort, wo während der »sozialistischen Bildungspolitik« der Nährboden gelegt wurde. Enteignung, Auslese- und Eliteprinzip, nationalsozialistische und nationalrevolutionäre Theorien entsprechen diesen Denkmustern.

Wie in einem verhinderten Kindertraum fiebern sie heimlich nach Abenteuer und Kampf, Gemeinsamkeit und »Mädchen aufreißen«. Patriarchale Strukturen werden geprägt und manifestiert. Die Frau wird zur blanken Lust- und Gebärmaschine abqualifiziert. Eigene Frustrationen werden zu politischen Ansichten weiterhin Außenseiter sein, nicht aus dem Gespräch kommen – andere sind Schuld. »Neue« werden finanziell unterstützt durch Wirtschaft und Altnazis, auf Schulungen werden politische Grundsätzen gelernt, in Wehrsportlagern findet die militärische Ausbildung statt.

Die Gruppenstrukturen werden organisiert, Gruppenmitglieder werden differenziert, Autoritäten eingesetzt und Disziplin eingeführt. Durch Einführung und Erlernung »eiserner« Disziplin wird ihr Horizont begrenzt. Einseitige Bildung und Erziehung waren und sind Grundlagen, um ins Einzugsfeld von Extremisten zu gelangen. Die derzeitige Gruppenstruktur in der Ex-DDR bildet somit auch ein eigenes soziales Umfeld, sie unterliegen eigenen und gruppenspezifischen Zwängen, die ihnen eine andere Sichtweise auf ihre Theorien und ihr Leben erschweren und versperren. Die Gruppenstrukturen sind dezentral aufgebaut, bei Aktionen fällt jedem eine Aufgabe zu. Die Jugendlichen treffen sich in losen Zusammenhängen, besuchen Klubs, Discos und Gaststätten. Sie haben zumeist Kontakt innerhalb der Ausbildung und kommen aus der gleichen sozialen Schicht. Auf Berufsschulen liegt ein Hauptaugenmerk der »Aufklärungsarbeit«, dort erfolgen die sogenannten Rekrutierungen in erster Linie.

In gebildeten Gruppenzusammenhängen funktioniert ein Kommunikationssystem, es reicht vom Adressen anlaufen, Telefon und CB-Funk über feste wöchentliche Absprachen, Treffs und Schulungen. Überfälle und Aktionen laufen in den wenigsten Fällen spontan ab, sie werden vorher gemeinsam eingehend geplant. Die meisten Gruppenmitglieder bewegen sich auf der Stufe der Kleinkriminalität. Ihren Unterhalt verdienen sie durch kleine Diebstähle, Hehlereien und Erpressung. Das ihnen gezahlte Lehrlingsgeld reicht zudem nicht, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Angebote in Kultur und Freizeit sind überteuert und versagt ihnen auch hier eine öftere Nutzung.

Den Jugendlichen erscheint ihre Orientierung zumeist als Gegenreaktion. Die Einflüsse, denen sie in ihrem Sozialisationsprozess ausgesetzt waren, begünstigen die allmählich manifester werdende Identifikation mit rechten Ideologien und dem dazugehörigem Gedankengut. Das sind Faktoren wie die Unterordnung des Einzelnen im Kollektiv, sowie defizitäre Möglichkeiten bei der Selbstbestimmung über den eigenen Entwicklungsweg. Die Behinderung der individuellen Entwicklung und die autoritären Erziehungsstrukturen, die politisch legitimierte Ausgrenzung Andersdenkender verhinderte auch das Ausbilden von Solidarität untereinander. Die Ablehnung als Reaktion auf die politische Ausrichtung von Schule und Ausbildung, verschloß außerdem die Suche nach neuen Identifikationsmöglichkeiten.

»Neues« Deutschland?

Mit dem nach der »Wende« entdeckten »Stolz, ein Deutscher zu sein« wurde ein neues Bild heraufbeschworen. Dieses Bild, das früher verboten war, jedoch schon zur »Opposition« gegen den Staat benutzt wurde, wurde heute für viele zum Leitbild und einer neuen Identifikationsmöglichkeit. Es bildeten sich Gemeinschaften in denen sie ein neues Gefühl von Stärke und Zugehörigkeit fanden.

Ein nächster Punkt ist die Diskreditierung einer linken Politik in breiten Teilen der Bevölkerung, sie fördert nachhaltig die Verfestigung ihrer Anschauungen. Viele träumen von der Dominanz und Stärke des »neuen« Deutschlands, die Hebung des allgemeinen Standards und der Lebensqualität, Abschaffung der sozialen Unsicherheit. Zwar lehnen breite Teile der Bevölkerung Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab, berufen sich damit auf die irrige Vorstellung einer stattgefundenen »gewaltfreien« Revolution, bestätigen aber somit auch den Handlungsraum dieser Gruppierungen. Mit ihrem neuen Demokratieverständnis rufen sie nach mehr Toleranz, statt zur Aufklärung und Änderung sozialer Ursachen und Probleme auf. Eine restriktive Ausländerpolitik bestärkt sie in ihrer Ausländerfeindlichkeit.

Das militante Auftreten, die Oberflächlichkeit der Medienpolitik und die Hilflosigkeit der Politiker, geben ihnen ein Gefühl der Stärke, und der Haß auf alles Andere hilft die Gefühle der eigenen Verunsicherung und der eigenen Ohnmacht zu verdrängen. Merkmale einer Dominanzkultur werden weiter ausgeprägt und bieten für die eigene konfliktreiche Lebenssituation eine Ersatzlösung. Sie bereitet den Nährboden für rechtsextremes Denken und Handeln.

Deutlich wird auch in den neuen Ländern, daß die Humanität dem »neuen Demokratieverständnis« weichen muß. Offen dürfen sich, was in der BRD kaum vorstellbar ist, Jugendliche mit Symbolen und Modestilen der faschistischen Bewegung in öffentlichen Räumen bewegen und Protagonisten der faschistischen Bewegung in öffentlichen Räumen Auftritte und Reden halten. Erinnert sei hier an die Vortragsreise von David Irving und die Auftritte eines Michael Kühnen.

Die Politiker zeigten an diesem Punkt eine Ahnungslosigkeit die ihresgleichen sucht. Hinzu kommt, daß die wenigsten Parteien und Gruppierungen darin für sich ein Betätigungsfeld suchen. Sie berufen sich immer mehr auf staatliche Repressionsorgane wie Polizei unnd Justiz, soziale Hintergründe und Ursachen werden nicht verändert. Der Ruf nach mehr Überwachung und Polizei wird auch in den neuen Bundesländern bald alle mit dem neuen Überwachungsstaat konfrontieren. ●

FORTSETZUNG INTERVIEW

der Äußeren Neustadt immer wieder angegriffen?

Gunnar: Weil es nichts anderes gibt. An den Cafés selbst liegt es eigentlich nicht. Dazu kommen die Passivität der Polizei und die fehlende Gegenwehr.

Sören: Dresdner Bürger sind von ihrer Mehrheit her bestens geeignet, um eingeschüchtert zu werden. Sie sind Meister im Wegsehen.

Wie sollte, Eurer Meinung nach, mit der »rechtsradikalen« Gewalt und Kriminalität umgegangen werden? Was sollte geschehen?

Gunnar: An dem Problem muß politisch gearbeitet werden. Außerdem braucht es, nicht nur hier, sondern in allen größeren Städten, Massen von Sozialarbeitern. Jugendclubs müssen in den betreffenden Stadtteilen eröffnet werden und so weiter. Wenn nicht schnellstens etwas passiert, verslumt Dresden, gibt es hier eine soziale Katastrophe, eine Gewaltexplosion, in der Familie und auf der Straße, Kriminalität als Alltag – was Du willst. Und darauf warten die Rechten. Das ist doch hier ein Nährboden sondersgleichen.

Die Neustadt-Cafés geraten immer mal wieder in die Kritik, ihrer Preise wegen. Wie es in den Geldbeuteln der meisten Eurer Gäste aussieht, wißt Ihr ja. Nun spielen sich ein paar Nazis als Robin Hoods auf. Es wäre gut, wenn Ihr einmal erklärtet, wie eure Preise zustandekommen, warum die so sein müssen.

Sören: Vergleichsweise sind die Preise günstig. Wir liegen damit unter den »herkömmlichen« Lokalen. Teuer ist das Bier. Erst hatte ich gar keins im Angebot, einfach um zu verhindern, daß die BRONXX zu einer Trinkerhalle verkommt. Dazu kommen die Lohnkosten, das waren rund 130 Mark pro Tag mal 4. Und natürlich die Steuern.

Gunnar: Bei mir sind 8 Leute fest angestellt und 4 arbeiten pauschal. Dazu die Miete, momentan noch 10 DM pro qm, und 1.500 DM im Monat für Energie. In unseren Keller haben wir mehre re 10.000 Mark gesteckt. Das Einkaufen ist in Dresden eine einzige Katastrophe. Die Großhandelspreise sind gelegentlich höher als die Einzelhandelspreise in Westdeutschland.

Wo seht Ihr Eure Zukunft? Macht Ihr weiter?

Gunnar: Von den ungeklärten Eigentumsverhältnissen und dergleichen einmal abgesehen, soll es prinzipiell weitergehen. Als nächstes wollen wir eine ordentliche Küche einbauen, damit es hier auch nachts gutes Essen gibt. Die Finanzierung ist noch ungeklärt, da die Banken mauern und die Zinsen klettern.

Sören: Ich würde schon weiter machen wollen. Aber mindestens 200.000 Mark wären nötig, um die Gebäudeschäden notdürftig zu beheben. Die Gebäudewirtschaft, der das Haus zu zwei Dritteln gehört, ist pleite. Die Banken geben nichts, die Brauerein nur einen Teil.Dann wäre ich womöglich Lohnsklave im eigenen Laden und arbeite für die Zinsen. Ich müßte jemanden finden, der sich zu fairen Bedingungen an der BRONXX beteiligt. Immerhin, die BRONXX hat einen guten Namen. Lust hätte ich, wieder anzufangen – lieber heute als morgen. Vielleicht findet sich unter den CONTRASTE-Lesern jemand, der sich beteiligen möchte.

Noch eine Frage zum Schluß. Im Zusammenhang mit rechtsradikalen Aktivitäten in Dresden ist von Schutzgelderpressungen die Rede. Gab es dergleichen »Angebote« auch an Euch?

Gunnar: Ja. Einmal sind zwei Glatzen damit angekommen. Später kam ein Typ, der öfter hier saß, auf diese Idee. Ich hab ihn rausgeschmissen. Was mir in diesem Zusammenhang nötig erscheint, ist der Zusammenhalt der Neustadt-Kneipen. Wenn die »richtigen« westdeutschen Kneipiers kommen, machen die uns einzeln ein. Da klappt das auch mit der Erpressung... ●

Das Gespräch führte Maximilian Müller.

ZIONKIRCHE BERLIN (OST)

Ereignisse am 17.10.87

Am 17.10.87, gegen 19.00 Uhr trafen sich ca.100 Skinheads in der gemieteten Berliner Gaststätte »Sputnik« (am Prenzlauer Berg) zu einer Geburtstagsfete. Anwesend waren auch ca. 20 Skins aus Berlin-West. Gegen 22.00 Uhr beschlossen sie, in die nahegelegene Zionskirche zu gehen. O-Ton: »...um rote Punks aufzuklatschen.«

In der Zionskirche fand am 17.10.87 eines der ersten Punk-Konzerte in der DDR mit ausländischen Bands statt. 23.00 Uhr Ende des Konzertes. 30 Skins stürmten in die Kirche und schlugen rücksichtslos auf die BesucherInnen ein. Es gab ca.40 Verletzte, davon zwei Schwerverletzte. Die Polizei erschien erst als eigentlich alles vorbei war und nahm 15 Personen fest.

8 Jugendliche wurden im darauffolgenden Prozeß zu Freiheitsstrafen zwischen 1 1/2 – bis zu 4 Jahren verurteilt. Beim Kammergericht Berlin-West wurde Strafverfolgungsantrag gegen die beteiligten Westberliner gestellt.

VOM EINDRUCK DER STAATSGEWALT AUF DIE NETZHAUT

Die Simulation der Realität durch die Realität

Eine Gruppe von StudentInnen hielt den Druck auf das Auge nicht mehr aus. Auf der Suche nach Artikulationsmöglichkeiten, ausgelöst durch die nicht faßbare Art der Räumung der Mainzer Straße, Ost-Berlin, November 1990, organisierten wir die »1. Mainzer Kunstausstellung«.

Im Spannungsfeld von Kunst und Politik wurde der Versuch einer Gratwanderung zwischen der Illegalität einer Neubesetzung und der Legitimität unserer Ansprüche auf Freiräume, auf Protest, Provokation unternommen.

Der Kunstgriff zum Drehbuch, in dem jede ihre Rolle zu spielen hat, reizte nicht nur uns, sich auf das Spiel einer Grenzgängerin einzulassen. Die Kunst, in der alles erlaubt ist, da nicht existent, sondern künstlich, bot ebenso für die konträre Öffentlichkeit aus HausbesetzerInnen, AusstellungsbesucherInnen, Polizeimenschen, Zeitungs- und TV-KonsumentInnen eine reizende, die Gehirnwindungen reißende, Vorurteile zerreißende Form der Auseinandersetzung.

Die Inszenierung läuft:

Denn: Bei der plangerecht nach Drehbuch erfolgenden Räumung bot der Justitiar der Wohnungsverwaltung des Berliner Bezirkes Friedrichshain uns ein Haus an. Leben, arbeiten, ausstellen, renovieren. Vertragsbedingungen trotz Allergien nicht unannehmbar.

Die zwiespältige Verhandlungsschiene, auf die wir uns als BesetzerInnen dem Skript gemäß einließen, verarscht uns, hält uns hin, erfüllt die Versprechungen nicht, wegen denen wir das Haus »freiwillig« räumten.

Und niemand soll sagen, wer da Gesetze anwende sei schlecht. Denn all die vielen kleinen Leutchen, die da mitspielen, haben Recht. Was kann mir besseres passieren, als die Spielregeln der Bürokratie, der Verwaltung meiner Lebensräume als ein Ordnungsinstrument zu kennen?

Ich weiß genau, wie ich gestaltet, verunstaltet werde, was will ich mehr als abgesichertes Wissen ?

Der Schlußakt des Filmes ist bekannt. Unsicherheit, Nichtkenntnis der Regeln ergibt Magengeschwüre. Die will ja keiner.

Darum halten wir uns weiterhin brav an die Regeln des Spiels.

Nur manchmal, wenn der Druck auf die Netzhaut zu stark wird, bauen wir uns einen neuen Abenteuerspielplatz.

Die Inszenierung läuft.....noch immer. ●

Foto: Günther von Alm

KURZMELDUNG

Stiftung für kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung

Gremien haben sich konstituiert

Die Gremien für kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung im ehemaligen Ost-Berlin haben sich konstituiert.

Im Stiftungsrat sind neben dem Land Berlin u.a. auch der Deutsche Städtetag sowie verschiedene Verbände und Stiftungen vertreten. Zum Vorsitzenden des Stiftungsrates wurde der ehemalige Staatssekretär im Ministerium für Kultur der DDR, Udo Bartsch, und zu seinem Stellvertreter Lutz von Pufendorf gewählt. In das Kuratorium der Stiftung wurden unter anderem berufen:

Hermann Glaser (Vorsitz), Hilmar Hoffmann, Dieter Sauberzweig, Klaus Daweke, Barbara John, Frhr. von Loeffelholz, Joachim Sartorius, Nele Hertling und Carola von Braun.

Das Kuratorium versteht sich als diskursives Gremium, welches die Ergebnisse seiner Beratung auch in die öffentliche Diskussion tragen will.

Als Vorsitzender des Vorstandes und Direktor der Stiftung wurde Bernd Vorjans bestellt.

Zum Aufgabenprofil der Stiftung gehören die berufsbegleitende Weiterqualifizierung von Kulturarbeitern, Weiterbildungsmaßnahmen für Künstler, die Erarbeitung von Gutachten für Kommunen und kommunale Einrichtungen sowie die Durchführung von Forschungsprojekten. Die Stiftung versteht sich als bundesweit operierende Einrichtung mit Arbeitsschwerpunkt in den neuen Bundesländern.

Weitere Informationen sind über die
Stiftung für kulturelle Weiterbildung
und Kulturberatung
Otto-Nuschke-Straße 51
O-1080 Berlin
☎ Berlin-Ost 233 2047 / 233 2069 erhältlich.

Anzeige

ÖKONZEPT : STEUERTIP

Bekannt sind wir durch unsere Umweltschutz- und Rote-Liste-Kalender. Ein Programm hochwertiger, ökologisch orientierter Fotowandkalender. Selbstverständlich auch auf Original-Umweltschutzpapier. Zur Verbreitung des ökologischen Gedankens. Unterstützt von allen großen Umweltschutzverbänden unseres Landes. Gegen die Flut der »Heile-Welt«-Kalender. Erfolgreich entwickelt sich unser ökologisch orientiertes Projekt. Jährliche Zuwächse zwischen 30 und 40 Prozent machen jetzt zusätzliches Kapital erforderlich. Zur Finanzierung steigender Produktion und für verbesserte Vertriebsleistungen.
Wir bieten die Möglichkeit finanzieller Beteiligung. Als Stille Gesellschafterin oder Stiller Gesellschafter nehmen Sie an unseren derzeitigen Anfangs- und Aufbauverlusten und an unseren späteren Gewinnen teil. Auf diese Weise lassen sich Steuern sparen. Beteiligungen sind ab DM 1.000,– möglich.

Wildkatze (Felis silvestris). Vom Aussterben bedroht. Aus dem ÖKONZEPT: Rote-Liste-Kalender

Lassen Sie Ihr Geld
für den Umweltschutz
arbeiten !

ÖKONZEPT : Natur hat Zukunft

Ja ich möchte Kapital sinnvoll anlegen. Ich interessiere mich für eine Beteiligung an der ÖKONZEPT : Verlag GmbH. Bitte senden Sie mir die Info-Mappe mit dem Beteiligungsprospekt (Inhalt: Projektbeschreibung, Finanzpläne, Gesellschaftsvertrag, Beteiligungsunterlagen etc.)

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

ÖKONZEPT : Verlag GmbH
Am Hackenbruch 85, Postfach 150432, 4000 Düsseldorf 1, 0211–216018 / Axel Köhler-Schnura

Exklusivbericht über unseren ersten Drehtag

5.30 Uhr

Samstagmorgen, Bersarinplatz, Friedrichshain.
Mehrere Personengrüppchen nähern sich mit undefinierbarem Gepäck beladen (darunter ein Megaphon) vorsichtig einem leerstehenden Haus in der Thaerstraße. Es handelt sich um eine handvoll autonomer HdK-StudentInnen. Noch schützt sie das Dunkel der Nacht, als sie im Hof verschwinden, um sehr leise über sehr viel Gerümpel zu steigen. Dann kriechen sie durch eine Kellerluke in das auserwählte Gebäude.

6.00 Uhr

Die FrühaufsteherInnen sammeln sich nach chaotischem Rumtapsen in den dunklen Fluren (Kein Licht machen, kein Licht, das verrät uns !) in einem kleinen Raum. Mit Hilfe von Heizlüftern und Alkohol wird eine gewisse Gemütlichkeit hergestellt. Das Koordinationstreffen findet statt: Wer macht was, wann, wo ? Nach dem Frühstück machen wir uns zitternd an die Arbeit.

7 Uhr bis 11 Uhr

Die Zimmer, Flure und Treppen werden jetzt mit Kunstwerken bestückt oder auch bewußt in ihrem ursprünglichen Zustand gelassen. Das Gebäude ist durch Bauzerstörungstrupps in einen himmeltraurigen Zustand versetzt worden, was uns jedoch für unsere Aktion nur recht sein konnte: Es stellt den authentischen Rahmen für den Film, den wir bald abdrehen wollen, dar. Als ästhetischen Höhepunkt könnte die Toilette im zweiten Stock bezeichnet werden: Ein japanisch angehauchter Kackraum mit Donnerbalken und Räucherkerzen. (Eine existentielle Einrichtung, vor Aufregung bekamen manche AusstellerInnen nämlich Durchfall).
Die Gefahr, daß unser böswilliges Unterfangen von Nachbarn zu früh verpfiffen wird, ist groß. Doch alles bleibt friedlich.

11 Uhr

Jetzt werden die AusstellungsbesucherInnen im Cafe Kiezkultur, unserer Scheinadresse, abgeholt. Die letzten Vorbereitungen laufen. Auf dem Dach sind in weiße Mönchskutten gekleidete AktivistInnen damit beschäftigt, das Riesentranspi aufzuhängen.
Währenddessen versammeln sich immer mehr Menschen vor dem Haus und warten auf die offizielle Eröffnung. Noch immer sind keine Bullen da. Wir sind etwas beunruhigt, daß uns die grünen Statisten bei der ersten Szene im Stich lassen. Doch da kommt das erlösende LaLüLaLa.

11.30 Uhr

Die Klappe fällt.
Film ab.
Vom RednerInnen-balkon wird der Eröffnungstext verlesen :
»Sie befinden sich hier in einer Kunst-Ausstellung. Alles, was sich im Rahmen dieser Ausstellung ereignet, künstlich, ist reine Fiktion.

Die Bilder, die Sie sehen, sind eine täuschend ähnliche Reproduktion der Wirklichkeit.

Die Personen, die Sie hier sehen, kommen aus einem Film, der Ihnen bereits bekannt ist. Die Polizei spielt die Rolle der Polizei, und Sie spielen die Rolle der Ausstellungsbesucherin bzw. des Ausstellungsbesuchers. Das Haus spielt die Rolle des leerstehenden, zu besetzenden Hauses.

Seine BewohnerInnen wurden vor Monaten entmietet, um dieses Haus durch Bauzerstörungstruppen in unbewohnbaren Zustand zu versetzen, damit diese Kunst-Aktion heute in authentischem Rahmen stattfinden kann.

Die Presse spielt die Rolle der Presse. Die BesetzerInnen spielen die Rolle der BesetzerInnen.

Alles wurde einstudiert, geprobt bis ins kleinste Detail. Alle anwesenden Personen handeln nach Anweisung von oben. Es wird Ihnen nicht gelingen, den Film in Ihrem Kopf abzustellen. Die Inszenierung läuft....

Diese Ausstellung ist eine Besetzung. Diese Besetzung ist Kunst. Alle anwesenden Personen befinden sich in einem Kunstraum. In Kunsträumen gelten eigene Gesetze. Diese Besetzung sieht nur aus wie eine Neubesetzung. In Wirklichkeit ist diese Aktion vollkommen unpolitisch, weil sie sich als Kunstwerk erklärt. Kunst ist nicht ernstzunehmen. Also ist auch diese Besetzung nicht ernstzunehmen.

Wir bieten Ihnen Unterhaltung erster Klasse. Sie brauchen keine Bedenken zu haben, sich in verbotenes Territorium zu begeben, da Sie sich im Schutzmantel der Kunst befinden. Sie werden den Eindruck der Staatsgewalt auf ihre Netzhaut verspüren, aufregender als im Kino, eindringlicher als im Fernsehen, direkter als im Radio.

Genießen Sie das Abenteuer einer Neubesetzung!
Eines der letzten Abenteuer unserer Gesellschaft!
Treten Sie ein !
Heute, Samstag, den 15.12.90, 11 Uhr«

Währenddessen wird unten von innen die Mauer aufgebrochen. Dies dauert länger als beabsichtigt. Die Schnittlauchbrigaden versuchen Symphatisanten, AusstellungsbesucherInnen, die direkt vor dem Loch stehen, wegzuzerren. Das gelingt ihnen nicht. Sie bekommen den Eröffnungstext zu lesen und brauchen danach sehr lange, die Situation irgendwie einzuschätzen. Die Irritation funktioniert. Inzwischen verteilen sich die ersten AusstellungsbesucherInnen im Haus. Die Stimmung ist zwar noch angespannt, aber insgesamt erheitert. Das Haus füllt sich mit ganz gemischtem Publikum.

12.10 Uhr

Der Einsatzleiter wird fachkundig von Kunstwerk zu Kunstwerk geführt. Die räumliche Integration der Werke in die verwüsteten Zimmer wird ihm besonders überzeugend geschildert. Er sieht die Notwendigkeit einer solchen Ausstellung bald ein und garantiert uns die legale Weiterführung der Aktion bis 17 Uhr. Danach würde entschieden werden, ob wir die Ausstellung eine ganze Woche lang von 12 bis 16 Uhr geöffnet haben dürfen. Wir sind alle vollkommen geplättet über das sensible Kunstverständnis des Einsatzleiters. Die ganze Zeit hatten wir mit der sofortigen Räumung gerechnet.

14 Uhr

Das Blatt wendet sich dann trotzdem früher:
Der neue Einsatzleiter will die Begriffe »Kunst und Besetzung« nicht auseinanderhalten (was wir in unserem Herzen auch nicht tun), und es soll geräumt werden, und zwar bereits um 15 Uhr. Krisenplenum. Sofort fahren welche los, um Bärbel Bohley zu holen und die Presse ein weiteres Mal zu alarmieren.

Inzwischen schaffen wir die wertvollen Gegenstände raus.

14.55 Uhr

Fünf Minuten vor der angekündigten Räumung ist sie da :
Bärbel spielt die Rolle der Bohley ganz prima.
(Vielen Dank) Jetzt wird also verhandelt.
Das Haus wirklich zu halten, war von Anfang an nicht das Ziel gewesen, weil es zu kaputt ist, aber wir wollten uns raustragen lassen. Fieberhaft überlegen wir uns eine Abschlußperformance. Vom Balkon herunter erklingen melancholische Geigentöne im Abendwind. Unsere Videokassetten sind leer, bevor der letzte Tango abgedreht ist.
Was nun?

16.15 Uhr

Das Angebot : Verhandlungen am Montag für ein Ersatzobjekt, das nicht so baufällig ist.

Wir nehmen das Angebot an, um an der Idee »Kunst und Besetzung« weiterzuarbeiten, die Aktion nicht als einmaligen Luftballon platzen zu lassen. Falls wir bei den Verhandlungen verarscht werden, wollen wir uns eine weitere Aktion überlegen.

Irgendwie ist alles plötzlich furchtbar harmlos.
Wir sind ja so vernünftig!

Das gibt mir, trotz der Erleichterung über die gelungene Aktion, ein flaues Gefühl im Magen. KunststudentInnen sind natürlich friedlich und intelligent von Natur aus!
Jetzt tragen wir uns mit Geschrei gegenseitig raus.
Die grünen Männchen stehen daneben und grinsen blöd.
Sie kommen sich wohl ziemlich überflüssig und verarscht vor.
Irgendwie kapiere ich jetzt noch nicht, ob das jetzt ein Film war oder nicht. Obschon ich die ganze Zeit dabei war, kommt mir alles sehr unwirklich vor.

17 Uhr

Wir setzen uns noch einmal zusammen, um zu beratschlagen. Es hat Spaß gemacht, wir wollen auf jeden Fall zusammen weiterarbeiten, das Haus, die Ideen vertiefen, das Projekt erweitern, neue Konzepte entwickeln.

Momentan erarbeiten wir eine Dokumentation mit Video, vom 22.02.91 bis zum 15.03.91 wird unsere zweite Ausstellung stattfinden, diesmal in zivilen Räumen, Thema bleibt, ebenso unser Spannungsfeld von Kunst und Politik.
Wir warten noch immer auf das angebotene Haus, danach auf Finanzierungskonzepte, währenddessen wächst die Gruppe, nach innen und außen. ●

Anna Nase

EUROPÄISCHE PROJEKTEMESSE

Aufruf – Das Andere Europa

Tagung, Messe und Kultur als Beginn der Zusammenarbeit für ein Europa »von unten«

Ab 1992 stehen wir mit der »Vollendung der europäischen Integration« vor einer westlich dominierten »Festung Europa«. Diese Großmacht Europa macht bei der Angleichung ihrer Mitgliedsländer Errungenschaften an politischen und sozialen Rechten, gesellschaftlichen Freiräumen und ökologischen Ansätzen rückgängig. Um dieser sich zusammenballenden politischen und wirtschaftlichen Macht etwas entgegensetzen zu können, wird es unvermeidlich sein, sich über Ländergrenzen hinweg zusammenzuschließen, um politische und wirtschaftliche Alternativen weiterhin durchsetzen, leben und ausweiten zu können.

Was schon lange sinnvoll gewesen wäre, wird nun dringend: eine länderübergreifende Zusammenarbeit selbstverwalteter Betriebe, politischer Initiativen, Frauenprojekte und ökologischer Gruppen. Als Auftakt schlagen wir die Diskussion und Durchführung einer Tagung und Messe unter dem Titel »Das Andere Europa« vor.

Herein ins Europa der Reichen?

Nach einer kurzen Phase der Hoffnung auf eine demokratische, soziale und ökologische Neugestaltung des gesamten Hauses Europa müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir im Westen mit unglaublicher Geschwindigkeit in eine Restaurationsphase zurückgetrieben werden, in der alle konservativen Träume wahr zu werden scheinen: massive Anstrengungen zu einer ökonomischen und militärischen Aufrüstung der Europäischen Gemeinschaft, Abschottung durch neue Polizeigesetze nach außen und nach innen (Schengener Abkommen), Zentralstaatsvorstellungen für die Europäische Gemeinschaft bei gleichzeitiger Ausweitung ökologisch und sozial katastrophaler Wirtschaftsförderungspolitik. Außer der DDR, die im deutsch-deutschen Sonderwahn und ohne jegliche demokratische Willensbildung in die EG eingemeindet wird, werden die Länder Mittel- und Osteuropas in Bittstellerhaltung gezwungen, die – bis auf wenige Ausnahmen – einhergeht mit einer Anbetung der Westdominanz unter selbstloser Aufgabe eigenständiger Veränderungsstrategien. In West und Ost sind formalistische institutionelle Demokratiekonzepte ohne soziale Emanzipation Teil eines neuen Chauvinismus in Europa, der vor allem für Frauen unerträglich ist.

Die Arbeitsgemeinschaft DAS ANDERE EUROPA wird (bis jetzt) gebildet von Alternativ- und Frauenprojekten aus Polen, den Niederlanden, Italien, der Bundesrepublik, Berlin (West) und aus der DDR, die Alternativen und Strategien des Widerstands gegen die Festungsmentalität der Europäischen Gemeinschaft und gegen den Sieg einer blinden Wohlstands- und Konsumideologie in ganz Europa suchen.

Wir rufen Euch auf, Feministinnen, Alternative, Libertäre, Ökologinnen und Ökologen, Anarcho-Syndikalistinnen und -Syndikalisten, vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen im Europa des Neo-Chauvinismus, einen **Dialog** zu beginnen über Widerstandsstrategien, gesellschaftlichen Utopien, die Eroberung des freien Raums für die Realisierung eines ANDEREN EUROPA.

Mit seiner Vollendung wird das Europäische Haus 1992 zu einer Großmacht, die sich bereits durch neue Polizeigesetze nach innen und außen (Schengener Abkommen) abgeschottet hat. Das reiche Europa wird hiernach Asylsuchenden kaum noch Schutz bieten, und für außereuropäische Arbeitssuchende werden die Grenzen äußerst schwer überwindbar - es sei denn, dies ist der Wirtschaft dienlich. Solche weitreichenden Verordnungen müssen nicht durch das gewählte Europäische Parlament beschlossen werden, sondern können von einem Ausschuß der Innen- und Außenminister durchgesetzt werden. Jetzt schon werden auf der scheinbar fernen EG-Ebene jene Tatsachen geschaffen, die unsere Zukunft sein und sie handfest begrenzen werden.

Eine ökologisch, sozial und regional katastrophale Wirtschaftspolitik wird ausgeweitet, z.B. werden durch Vergabe der landwirtschaftlichen Zuschüsse nach Umsatz gerade diejenigen Betriebe gefördert, die hohe Umsätze verzeichnen - die kleinen geben auf. Durch die ausgewählte Modernisierung bereits wettbewerbsstarker Produktionszweige werden traditionelle Erwerbsbereiche geschwächt; rückständige Regionen werden umstrukturiert und ihre Kulturen verschwinden. Auch ein großer Teil der Gewerkschaften hat enorme Probleme mit der Europäisierung, sofern z.B. Arbeitskämpfe erschwert und wahrscheinlich weniger effektiv werden.

Erkämpfte soziale Rechte, etwa im Arbeitsschutz, werden gekappt oder auf einem geringen und billigen Niveau auf Jahre festgeschrieben. Die Kosten dieses »starken Europas« tragen in vielen Bereichen verstärkt die Frauen.

Wir wollen dieser Entwicklung nicht deprimiert zuschauen oder in unserer alltäglichen Widerstandsarbeit für andere Lebensformen in Nischen ohne gesellschaftliche Provokation ausweichen. Um die Bedrohungen dieser Entwicklung und Möglichkeiten der Gegenwehr erkennen zu können, wollen und müssen wir länderübergreifend zusammenkommen.

Wie alles anfing... und was wir vorschlagen

Im Mai 1989 riefen Menschen aus westdeutschen selbstverwalteten Betrieben zu einer Zusammenarbeit für ein »Anderes Europa« auf. Ein Jahr später gründeten in Berlin VertreterInnen von Alternativ- und Frauenprojekten aus vier Ländern die Arbeitsgemeinschaft »Das Andere Europa«. Auf mehreren Treffen wurde die Idee umrissen, ein länderübergreifendes Treffen anzuregen mit Ausstellung, Tagung und gegenkulturelle Aktivitäten.

Der Stand unserer Überlegungen in der AG:

Wichtig ist uns, zu unserem Vorschlag bald Überlegungen, Wünsche und Interessen von Menschen aus anderen Ländern, Projekten und Kulturen zu hören. Deshalb wird dieser Aufruf zur Beteiligung an Projekte, Gruppen und Betriebe in vielen Ländern Europas gehen. Eine Programmgruppe wird die Reaktionen aus allen Regionen, Betrieben und Gruppen zusammentragen, auswerten und auf dieser Grundlage mehrere Konzepte entwickeln. Diese Entwürfe werden voraussichtlich im Herbst 1991 einem internationalen Beirat vorgestellt, den Delegierte aus unterschiedlichen europäischen Regionen und verschiedenen Branchen bilden werden und der auch erst den Veranstaltungsort festlegen soll. Ein Organisationsbüro in Berlin wird ab Juli 1991 die weitere Koordination übernehmen.

Was ist geplant?

Nach unseren Vorstellungen wird die **Messe** zur Darstellung unserer Betriebe, politischer Ansätze, zum Austausch und zu einer europäischen Vernetzung sein. Die **Tagung** bietet Raum zur Bearbeitung spezieller Themen; bislang stehen folgende Themen zur Diskussion:

* die Wurzeln kooperativen Arbeitens
* Selbstverwaltung vor dem Hintergrund von EG, Osteuropa und Abschottung der »Festung Europa« gegen die »Dritte Welt«
* Selbstverwaltung und Ökologie
* gesellschaftliche Funktion von selbstverwalteten Betrieben: Ergänzende Nische oder Alternative?
* Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit: Austausch, Informationen, Netzwerke, Verträge - ganz konkret
* feministische Wirtschaft
* alternatives Geldwesen/Organisations-/Betriebsformen
* Zukunft und Perspektiven/zwischen Utopien und Pragmatik

Die **Kultur** wartet noch auf GestalterInnen.

Bis Mai 1991 werden wir – hoffentlich mit Euch – klären, **wo, wie und wann** das Treffen stattfindet, wie groß die jeweiligen Veranstaltungsteile sein sollen, ob sie vielleicht nacheinander an verschiedenen Orten durchgeführt werden, wie können wir die Zusammenarbeit nach dem Treffen dauerhaft absichern etc. ...

Wie es weitergeht...

Diese Informationsschrift geht an Betriebe, Projekte, Gruppen und Einzelpersonen in vielen europäischen Ländern. Wir bitten Euch, unsere Vorschläge in Euren Zusammenhängen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Wendet Euch mit Euren Stellungnahmen, Themenvorschlägen und Anregungen an die »AG Das Andere Europa«:

c/o Friedels Fairsicherungsbüro
Schulenburgring 130
1000 Berlin 42

Die »AG Das Andere Europa« veröffentlicht in der Monatszeitung für Selbstverwaltung, CONTRASTE Informationen über den Fortgang des Projektes.

EUROPA VON UNTEN

Perspektiven alternativer und solidarischer Ökonomie in Europa

Vom 13. bis 14. Dezember 1990 fand in Straßburg auf Einladung der Gruppe der Grünen im Europäischen Parlament ein Treffen mit VertreterInnen europäischer Projekte statt.

Aline Archimbaud, Paris ● Anwesend waren etwa 100 TeilnehmerInnen aus zahlreichen Projekten, sowohl örtlicher auch als regionaler und/oder nationaler Initiativen aus 9 europäischen Ländern:

Italien (INTERMAG) – Portugal (UNIORTE) – Spanien (die SOC aus Andalusien) – Belgien (Europahuis, SAW und andere) – Griechenland (Kooperative des Agrotourismus der Frauen von Petra) – Großbritannien (New Economics Foundation und National Federation of Community Organisation) – Deutschland (Alternative Projekte und Frauenprojekte Berlin, CONTRASTE, Handwerkergenossenschaft Mannheim, Informationsdienst Frankfurt u.a.) – Frankreich (Feuille d'erable/Ahornblatt, Millepattes/Tausendfüßler, Autonomie et Solidarité/Autonomie und Solidarität, Solidarite Emploi/Solidarität Arbeit, ALDEA) und aus der UDSSR, Gregori Pelman, Leiter der alternativen Kooperativen im Gebiet Moskau. Desweiteren waren Dutzende andere Projekte aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Portugal vertreten.

Es wurden Überlegungen angestellt, wie man über das Modell des individuellen oder isolierten Betriebes (wenn er auch kooperativ funktioniert) hinausgehen kann und wie man in den Begriffen der »Makropolitik der Entwicklung von gemeinschaftlichen Betrieben« denken kann.

In diesem Sinne müßten ganz konkret erforscht werden:

- Systeme der Koordination, gegenseitiger Hilfe und gleichmäßiger Verteilung, sowohl lokal als auch übergreifend.
- Systeme, die von oben nach unten und umgekehrt die Kontrolle über ökonomische Prozesse in ihrer Gesamtheit erlauben.
- Repräsentationssysteme, die es möglich machen als ein autonomer, genau definierter, einflußreicher Bereich aufzutreten.

Schließlich zeigte sich ein Wunsch ganz deutlich: Man will nicht hier stehenbleiben, sondern nach und nach ein europäisches Netz aufbauen. Es wurden mehrere Vorschläge gemacht:

1. Ein jährliches Treffen der Basisinitiativen
2. Politisch-legislative Arbeit auf europäischer Ebene
3. Die Herausgabe einer Publikation in mehreren Sprachen
4. Ein Briefkasten/Kummerkasten, der von nun an alle konkreten Anfragen beantwortet (Austausch über Kompetenzen, über Gründungen, Kreisläufe der Vermarktung und Verteilung der Produkte). ●

Der zusammenfassende, vollständige Bericht wird in einer Gemeinschaftsausgabe von A FAIRE (französische Zeitung über Alternative Ökonomie) und CONTRASTE im Juli/August 1991 in drei verschiedensprachigen Ausgaben (englisch, französisch, deutsch) erscheinen.

EUROPÄISCHE FRAUENAKTION

Europa vom Stier befreien

Wir begrüßen die Idee einer Europäischen Projektemesse und möchten mit dem folgenden Beitrag unsere Vorschläge zu dem geplanten Treffen einbringen. Die Neuordnung Osteuropas setzt in den betroffenen Ländern eine Suche nach Wirtschaftsmodellen in Gang, die auf anderen Lebenswerten basieren. Projekte und alternative Betriebe sind Orte, in denen ein Stück des **anderen Europas** heranwächst. Um dieses Potential zu erhalten und zu fördern, ist es notwendig, einen internationalen Verbund zu schaffen, der den dritten Weg als realisierbaren Ausweg anbietet. Handfeste Grundlagen für einen solchen Verbund zu erarbeiten, muß erste und wichtigste Aufgabe der Europäischen Projektemesse sein.

Mit der Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas 1992 werden sich die ohnehin vorhandenen ökologischen und sozialen Probleme weiter verschärfen. Die schon heute die Lebensgrundlagen der gesamten Erde bedrohenden ausbeuterischen Produktionsformen differenzieren sich und werden in ihrer Wirkung potenziert.

Die damit einhergehende Konzentration der Macht in Männerhand durch die Sicherung bestehender und neuer Marktanteile in Osteuropa wird zu einem weiteren Abbau von Frauenrechten in der 2/3-Welt und in Europa führen. Die Ausweitung bestehender Märkte ist in der Geschichte immer zu Lasten von Frauen gegangen. Das Ausmaß der Frauenerwerbslosigkeit und die massenhaften Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen in den Ländern Osteuropas sind nur ein Beispiel dafür. Der Nutzen dieser Wirtschaftsexpansion wird nach den Regeln des kapitalistischen Systems nur wenigen zugute kommen. Von den immanenten und von ihm ständig reproduzierten Problemen wird abgelenkt und seine soziale Untauglichkeit verschleiert. Dennoch ist diese erwiesen, und wir sind an einem Stadium der Konzentration von Wirtschaftsmacht angekommen, das sich qualitativ vom Vorhergehenden unterscheidet. Das macht die Entwicklung von feministischen Ökonomiemodellen dringend notwendig.

Wir schlagen dieses als einen der Schwerpunkte der Arbeit für das nächste Vorbereitungstreffen in Dresden vor. ●

Für die Europäische Frauen Aktion
Ricarda Buch
Samirah Kenawi
Gudrun Koch

ÖKOLOGIE

Produktlinienanalyse

Dokumentationsstelle gegründet

1987 stellte die Projektgruppe Ökologische Wirtschaft das Konzept der Produktlinienanalyse (PLA) der Öffentlichkeit vor, das inzwischen immer stärkere Verbreitung findet. Nicht nur an Hochschulen werden Produktlinienanalysen in Studienarbeiten vorgenommen, sondern auch Consulting-Firmen und wissenschaftliche Einrichtungen bieten Produktlinienanalysen an. Eine Anwendung durch Unternehmen ist in den nächsten Jahren zu erwarten.

Die inzwischen für das Berliner Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH tätigen Schöpfer des Konzepts der Produktlinienanalyse haben diese Entwicklung intensiv begleitet. Im Rahmen des IÖW soll neben den Arbeiten zum Öko-Controlling im Regionalbüro Baden-Württemberg eine neue Initiative ergriffen und eine PLA-Dokumentationsstelle eingerichtet werden.

Die PLA-Dokumentationsstelle hat sich für 1991 folgende Aufgaben gestellt:

* Sammlung von PLA-Arbeiten,
* Auswertung von PLA-Arbeiten,
* Einrichtung einer PLA-Datenbank,
* Beratung bei der Durchführung von PLA's,
* Erstellung von PLA-Materialien,
* Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen.

Die wichtigsten PLA-Arbeiten sollen in einer Buchreihe verlegt werden.

Es ist in einer Ausbaustufe vorgesehen, nicht nur PLA-Arbeiten zu sammeln, sondern auch Arbeiten einer ökonomischen, gesellschaftlichen und/oder ökologischen Bewertung von Produkten, die auf anderen Methoden (z.B. Ökobilanzen, Life-cycle-Analysen) basieren, in die Dokumentierung einzubeziehen.

Die PLA-Dokumentationsstelle ist eine neue, nichtstaatliche Einrichtung. Niemand ist verpflichtet, ihr Arbeiten zuzusenden. Sie kann deshalb ihre Stärke und Funktion nur entfalten, wenn ihr auf freiwilliger Basis Informationen zugesandt werden. Deshalb bittet die PLA-Dokumentationsstelle alle in diesen Bereichen Tätigen, ihr Informationen über PLA's zuzusenden.

Ansprechpartner ist Diplom-Volkswirt Frieder Ruhik ●

Kontaktadresse:
Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung
Regionalbüro Baden-Württemberg
Gaisbergstraße 97
D-6900 Heidelberg
☎ (0 62 21) 16 79 54
Telefax (0 62 21) 16 11 89

KONSUMGENOSSENSCHAFTLICHER PRÜFUNGSVERBAND IN HAMBURG

»Modell Genossenschaft« erfreut sich steigender Beliebtheit

Der konsumgenossenschaftliche Prüfungsverband in Hamburg zeigt sich von allen Genossenschaftsverbänden am offensten gegenüber neuen Genossenschaften. Sogar ein Gründungsberater wurde zu deren Betreuung eingestellt. Seine bisherigen Erfahrungen und Einschätzungen zu Neugründungen werden nachfolgend geschildert.

Peter Brehmer, Redaktion Genossenschaften ● Seit 1988 beobachtet der Prüfungsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (RdK) in Hamburg einen stetigen Zuwachs an neuen selbstverwalteten Initiativen aus dem Lebensmittelbereich, die sich genossenschaftlich organisieren wollen. Dies zeigt immerhin an, daß das »Modell Genossenschaft« in der selbstverwalteten Szene sich einer steigenden Beliebtheit erfreut. Deutlich wird daran, daß das »Modell Genossenschaft« zunächst, und hoffentlich auch langfristig, überzeugt im Hinblick auf eine rechtlich abgesicherte Selbstverwaltung, prinzipiell demokratischer Willensbildung und nicht zuletzt im Hinblick auf eine organisierte Selbsthilfe.

1988 haben im Laufe des Jahres sechs Gründungsgenossenschaften dem RdK prüfungsfähige Unterlagen eingereicht, fünf weitere Genossenschaften hatten im Vorfeld einer Genossenschaftsgründung den Kontakt zum Verband gesucht und um eine betriebswirtschaftlich fundierte Beratung bzw. um Informationen zum Aufnahmeverfahren ersucht. Nicht eingerechnet sind hier zahlreiche einmalige Anfragen, die zu keinem weiteren Arbeitsgespräch führten. Von diesen insgesamt elf Projekten kamen gut die Hälfte, nämlich sechs, aus dem Lebensmittelbereich. Die restlichen Initiativen können unter dem Sammelbgriff »Verbrauchergenossenschaften« zusammengefaßt werden. Es handelt sich hierbei um Selbsthilfeprojekte in diversen Geschäftsfeldern wie Handwerk, Touristik und selbstverwaltetes Wohnen.

1989 fand dann eine weitere Ausweitung der Beratungskontakte um zusätzliche acht Projekte statt, davon nun schon sechs aus dem Bereich der Lebensmittelvermarktung. Hinzu kam die Bearbeitung der noch nicht abgeschlossenen Aufnahmeanträge und die fachliche Betreuung der übrigen Genossenschaftsinitiativen.

In 1990 haben weitere fünf Gründungsprojekte die Verbandsaufnahme beantragt bzw. im Vorfeld dazu Beratungen in Anspruch genommen. Desgleichen vier Genossenschaften aus dem Nicht-Lebensmittelbereich. Von all diesen Projekten sind zwischenzeitlich fünf zur registergerichtlichen Eintragung gelangt, für zwei weitere Gründungsgenossenschaften sind Vorbereitungen zur Verbandsaufnahme abgeschlossen.

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften überwiegen

Was die neuere Genossenschaftsszene betrifft, so hat der RdK es zumeist mit Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zu tun. Es handelt sich hierbei um kooperative Zusammenschlüsse von Landwirten, die zusätzliche Absatzkanäle für Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau suchen sowie Verbrauchergruppen, die sowohl an einer verbesserten Selbstversorgung interessiert sind als auch nachhaltig für eine Verbraucheraufklärung im Hinblick auf gesunde Ernährung eintreten. Eine typische Differenzierung dieser EVGs, nämlich in erzeuger- bzw. verbraucherorientierte Genossenschaften, soll an dieser Stelle nur gestreift werden. Ob die Erzeuger- oder Verbraucherseite eine führende Rolle in der Genossenschaft übernimmt, hängt zum einen davon ab, wer maßgeblich am Aufbau beteiligt ist. Desweiteren sind sicherlich Struktur der Anbaumärkte wie auch die Größe der Absatzmärkte von Bedeutung.

Nun stellt die Organisationsform Genossenschaft gute Voraussetzungen, um auch unterschiedliche Interessen der Genossenschaftsmitglieder aufeinander abzustimmen. Solche Abstimmungen werden über Gesellschaftsorgane wie Verbraucher- und Erzeugerräte, die Generalversammlung und den sowohl von Erzeuger- als auch Verbrauchervertretern besetzten Aufsichtsrat und Vorstand besser erfolgen können als nur durch vertragliche Verhandlungen zwischen Kontrahenten.

Das Beschaffungsproblem ist bei naturbelassenen Lebensmitteln nicht nur ein quantitatives Problem, sondern insbesondere ein solches des Vertrauens in die Lebensmittelgüte. Dies erscheint durch die enge Bindung der Erzeuger an die Vermarktung ebenso gut gelöst wie umgekehrt die Sicherung einer je nach wirtschaftlicher Situation stabilen Entgeltung für Erzeugerleistungen. Schließlich gestalten die Erzeuger die Geschäftspolitik oft in erheblichen Maße mit.

Erhebliche Probleme ergeben sich eher auf der Vertriebsseite. Hier kommt es ja nicht allein auf gemeinsame Auffassung hinsichtlich der Geschäftspolitik an, sondern auf personelle wie kapitalmäßige Ausstattung und letztlich auf die Marktsituation selber, also die Frage: Wie hoch ist die langfristige Nachfrage nach dem fraglichen Sortiment?

Bei der Bearbeitung aller Probleme, die sich aus der Marktlage ergeben, spielt allerdings wiederum die Komplexität der internen Willensbildungsprozesse eine erhebliche Rolle. Die demokratische Unternehmensform Genossenschaft erfordert eben oft zeitraubende Einigungsprozesse, auch hinsichtlich der aktuellen Geschäftspolitik, obgleich die gesetzlichen Bestimmungen anders lauten. Da bringen dann Verbraucher- und Erzeugerräte, Aufsichtsrat oder ein regelmäßig tagendes Gremium (Generalversammlung) ihre Vorstellungen zur Geschäftspolitik ein. Der Vorstand hat insofern über die Umsetzung der Geschäftspolitik hinaus erhebliche Koordinierungsarbeit zu leisten.

Unterschiedliche Vertriebsformen

Was die Vertriebsform anbelangt, so haben städtische EVGs zumeist ein Ladenlokal eingerichtet. Die Kunden – viele Nichtmitglieder – kommen also zu ihnen, während in ländlichen Regionen die mobile Verteilung bzw. auch der Depot-Vertrieb als reines Mitgliedergeschäft überwiegt. Solche Differenzierungen hängen in erheblichem Maße davon ab, ob eine EVG in erster Linie auf das Mitgliedergeschäft angewiesen ist oder von vornherein ein reines Mitgliedergeschäft favorisiert bzw. zur Voraussetzung macht. Als mit repräsentativ für diese zwei Ausrichtungen können hier die eingetragenen Genossenschaften Wurzelwerk und Ährensache als Ladenbetrieb auf der einen Seite und Bio-Rausch sowie Naturwaren Eiderstedt auf der anderen Seite genannt werden.

Personalpolitisch sind viele Projekte aus ökonomischen Gründen mit dem Problem konfrontiert, zumindest in der Anfangsphase auf sozialversicherungsmäßig nicht abgesicherte Aushilfskräfte auf Basis der 470 DM Regelung zurückgreifen zu müssen, ergänzt durch ehrenamtliche Mitarbeiter. Solche Regelungen haben nicht nur eine sozialpolitische Dimension. Erfahrungsgemäß gestaltet sich Ablauf und Kontrolle der Vermarktungstätigkeit problemloser, wenn ein fester Mitarbeiterstamm kontinuierlich in diesen Funktionen tätig ist.

Nach Erfahrungen des Revisionsverbandes dominiert heute die Kooperationsform der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft in der selbstverwalteten, an ökologischen Kriterien ausgerichteten Lebensmittelvermarktung. Dem stehen organisierte Verbrauchergruppierungen gegenüber, die keinen direkten Zugang zu Erzeugern haben, die ihre Beschaffung also über den traditionellen wie alternativen Großhandel absichern. Es handelt sich dabei überwiegend um in Städten angesiedelte food coop's, die ein Verteilernetz aufgebaut haben, vielleicht auch inzwischen faktisch einen Geschäftsbetrieb unterhalten. Solche Gruppen wollen bzw. müssen auf wachsenden Druck von Großhandel oder anderen Institutionen einen Geschäftsbetrieb einrichten bzw. den vorhandenen legalisieren.

Wirtschaftliche Vorerfahrungen sind wichtig

Etwas pauschal kann gesagt werden, daß solche Initiativen, die in eine Gründungsgenossenschaft übergehen, zunächst organisatorisch instabiler sind. Die Kooperation zwischen den Projektmitgliedern gestaltet sich oft schwieriger als bei Projekten, die in anderen Rechtsformen bereits eine Vermarktung durchgeführt haben. Das ist nicht weiter verwunderlich, weil es eben einen Unterschied macht, ein Bestell-und Verteilersystem zu organisieren oder einen auf eigenes Risiko arbeitenden Gewerbebetrieb zu betreiben. Vielleicht sind diese Gründe mitentscheidend dafür, daß sich neue Genossenschaftsgründungen häufiger über eine Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft vollziehen als aus einer food coop hervorgehen.

Angedeutet wurde schon, daß die »Vorgeschichte« von Gründungsgenossenschaften eine entscheidende Rolle spielt im Hinblick auf die erfolgreiche Entwicklung der Genossenschaft. Projekte, die mehrjährig einen Geschäftsbetrieb unter anderen Rechtsformen unterhielten, Vereine, die bereits eine Warenbeschaffungs- und Verteilung organisierten, wurden bereits mit einer Reihe von organisatorischen Problemen einer Genossenschaft konfrontiert. Dennoch: auch für solche Projekte erscheint eine Gründungsberatung bzw. ein begleitender Dialog zum Betriebsaufbau sinnvoll. Ein solcher Dialog hat Vorwissen und Einstellung der Initiatoren zu berücksichtigen und ist an den konkreten wirtschaftlichen Problemlagen auszurichten, mit denen sich solche Projekte konfrontiert sehen.

Blickwinkel des Prüfungsverbandes

Was nun die wirtschaftlichen Aspekte im engeren Sinne angeht, so wird zunächst Sinn und Zweck eines differenzierten Rechnungswesens mit Mitgliedern diskutiert. Dabei handelt es sich vorwiegend um folgende Fragen:

1. Die Notwendigkeit, sich Rechenschaft abzulegen bezüglich des mittelfristig notwendigen Kapitalbedarfs sowie seiner vielfältigen Deckungsmöglichkeiten. Da muß z.B. auch ins Blickfeld geraten, daß eventuell zu erwartende bzw. kalkulierende Verluste auch langfristig finanziert werden können.
2. Die Notwendigkeit, sich Rechenschaft zu geben über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung, und zwar in Form einer Gegenüberstellung der betrieblichen Erträge mit allen relevanten, sinnvoll strukturierten Aufwandspositionen. Ein solcher Wirtschaftsplan enthält dann sowohl die eigenen Ansprüche (Erträge) als auch die Ansprüche **Dritter** (Aufwandspositionen) und wird im folgenden zum Beurteilungsmaßstab für künftige Jahresabschlüsse.
3. Die Notwendigkeit, sich über die – künftige – Liquiditätslage Rechenschaft zu geben. Dem kommt natürlich besonders in der Anfangsphase eine entscheidende Bedeutung zu. Nicht immer werden Genossenschaftsmitglieder oder externe Darlehensgeber bereit sein, Anfangsverluste durch Zeichnung weiterer Geschäftsanteile, der Gewährung von Mitgliederdarlehen etc. kurzfristig zu finanzieren.
4. Die Notwendigkeit, nicht nur faktisch, also unreflektiert, **Marketing** zu betreiben, sondern eben bewußt und strukturiert sich mit der Frage auseinanderzusetzen: Welche Sortiments-, welche Preispolitik, welche Kommunikations- und welche Absatzpolitik muß ich betreiben?

Die genaue Beantwortung dieser Fragen ist erforderlich, weil sich der überwiegende Teil der Lebensmittelkooperativen einem erheblichen wirtschaftlichen Druck aussetzen muß. Die traditionellen Lebensmittelanbieter haben sich des Themas »Gesunde Ernährung« in kluger und marktwirksamer Weise angenommen. Zudem ist der Informationsstand der Verbraucher hinsichtlich ernährungsphysiologisch wertvoller Produkte, Bietestandards und alternativer Vermarktungsformen noch nicht sehr ausgeprägt. Schon daher ergibt sich für neue Lebensmittelkooperativen die Notwendigkeit eines profilierten Marketings, unter welchem Namen auch immer es genossenschaftsintern abgehandelt wird.

Aus Sicht einer Gründungsberatung bilden die vier genannten betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte zunächst die Beratungsschwerpunkte. Je nach Vorwissen, bisherigen Aktivitäten, und Aufnahmebereitschaft kann dann nach einem ersten Überblick detaillierter auf einzelne Gebiete des Rechnungswesens bzw. des Marketings eingegangen werden.

Das weitere Vorgehen ist dann, wie bereits angedeutet, zunächst immer unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten: Erst einmal und im wesentlichen sollen solche Diskussionen dazu beitragen, den inneren Zusammenhalt als auch die Marktstellung von Lebensmittelkooperativen zu stärken. Darüber hinaus, und als ein Begleiteffekt, können Voraussetzungen geschaffen bzw. verbessert werden, um die verbandliche Aufnahmeprüfung erfolgreich durchzuführen. Schließlich hat der Prüfungsverband nach Prüfungsabschluß zu testieren, daß eine Beurteilung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Genossenschaft ergeben hat, daß eine Gefährdung der Belange von Genossen wie Gläubigern nicht zu besorgen ist.

Unter diesen Vorgaben steht eine genossenschaftliche Gründungsberatung. Sie wird umso erfolgreicher sein, je besser es gelingt, das Problembewußtsein für wirtschaftliche Fragen zur Gründung und Etablierung des Betriebes bei den Projektinitiativen anzusprechen und solches Problembewußtsein umzusetzen in Geschäftskonzepten bzw. wirtschaftlichen Planungen durch die Genossenschaftsinitiatoren selbst. ●

GRÜNKERN EG., RADOLFZELL

Chronologie einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft

Immer wieder nimmt Grünkern e.G., eine der ältesten Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften in Deutschland, an ökologischen Messen und Veranstaltungen mit eigenen Verkaufs- und Öfffentlichkeitsarbeitsständen teil. Am 22. März 1991 wird das 10-jährige Geschäftsjubiläum mit Kulturprogramm gefeiert. Informationen dazu gibt es bei der Grünkern e.G., Markthallestr. 2, 7760 Radolfzell.

Herbst/Winter 1980/81:
Eine kleine Gruppe von Leuten, meist aus der »grün-ökologischen Szene«, hervorgegangen aus einer Arbeitsgruppe des Grünen KV Konstanz, beschäftigt sich mit der Vorbereitung zur Gründung einer Genossenschaft, welche zum Ziel haben soll, die Erzeugung und Vermarktung biologischer Produkte zu fördern.

16. Februar 1981 Gasthaus »Sternen« in Singen:
Informationsveranstaltung, nicht alle Interessenten finden im überfüllten Saal Platz. Die Initiatoren Adalbert Grundler, Gerhard Melchinger und Michael Gönner erläutern Sinn und Zweck des Vorhabens.

10. März 1981 Gasthaus »Scheffelhof« in Radolfzell:
Mit 92 Gründungsmitgliedern wird die Gründung der Grünkern eG vollzogen.

1. April 1981:
Der erste Angestellte der Genossenschaft, Michael Gönner, fährt mit einem Verkaufswagen, LT28, Hochraum VW-Transporter Touren durch den gesamten Landkreis Konstanz und sucht KundInnen und GenossenschafterInnen.
Ehrenamtlicher Vorstand ist Gerhard Melchinger, der »Motor« des Unternehmens.

14. August 1982:
Der Lagerraum in Möggingen, gemietet vom BUND, wurde von Hannes Gerlmayer in mühevoller Arbeit zum Laden ausgebaut. Der provisorische Laden im Keller und die zunächst im Hause Gönner erfolgte Abpackerei ziehen somit um in den ersten Laden.

September 1982:
»Brot für die Welt« berichtet über unsere Genossenschaft. Es folgt sehr viel Resonanz auf diesen positiven Bericht.

3. Oktober 1983:
In der Konstanzer Salmannsweilergasse wird der zweite Laden eröffnet. Ein richtiger »Tante Emma Laden«, gemietet von Frau Lehleiter, die leider bald verstarb.

25./26. Februar 1983 und nachfolgend:
Es werden insgesamt 4 »Gesundheitstage« veranstaltet, welche sehr positive Resonanz zeigen. Organisiert werden einige Vortragsveranstaltungen bzw. die Genossenschaft beteiligt sich an solchen (BUND, Katalyse-Gruppe).

18. Mai 1984:
Der dritte Laden in Singen, Alemannenstr. 36 wird eröffnet.

12. Oktober 1985:
In Konstanz findet der Umzug in die Inselgasse 30 statt.

1. Juni 1987:
Grünkern wagt sich in den »Höllturm«, Marktcenter in der Innenstadt von Radolfzell. 145 qm Verkaufsfläche. Seit Anfang 1987 sind dort 7 Angestellte mit Vollzeitbeschäftigung und 2-3 Teizeitkräfte. Möggingen wird zum Zentrallager umfunktioniert.

Letzter Stand der Entwicklung:

3 Naturkostläden:	Konstanz, Inselgasse 15
	Radolfzell, Höllturmpassage
	Singen, Alpenstr. 13
Lager und Büro:	Radolfzell, Markthallenstraße

Seit August ist die Genossenschaft aktiver Ausbildungsbetrieb für Kaufleute im Einzelhandel.

KURZMELDUNG

Alternatives Handels Kontor AHK eG., München

Fairer Kaffeehandel

Unter dem Stichwort KAFFEE fair versuchen zur Zeit verschiedene Dritte Welt Organisationen gerechtere Handelsstrukturen aufzubauen. Dies geschieht, indem

- nach entwicklungspolitischen Gesichtspunkten eingekauft wird,
- sie den Kaffee ohne Zwischenhandel ausschließlich von Kleinbauern importieren
- Bestellungen regelmäßig zu festen Terminen ohne Spekulationen erfolgen
- ein vereinbarter Mindestpreis gezahlt wird, der sich nach der Untergrenze des zuletzt gültigen Kaffeeabkommens richtet und
- ein Mehrpreis von zusätzlich 10 Prozent für gemeinschaftliche Aufgaben an die Kleinbauernvereinigungen geht.

Das bedeutet, der Alternative Kaffeehandel zahlt an die Erzeuger 60% mehr als der Normalhandel. Weitere Informationen und ein Katalog sind erhältlich bei Alternatives Handels Kontor e.G., Sommerstr. 37, 8000 München 90
☎ (0 89) 6519301

ZUR ÖKOLOGISIERUNG DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Bankstudien zur Umwelttechnologie

Die nun etwa drei Jahre andauernde Welle des Umweltschutzes in der Wirtschaft hat auch den Banksektor erfaßt.

Ernst-Eberhard Manski, Stevoort/Belgien ● Neben Marketingstrategien, der Einrichtung des umweltfreundlichen Schreibtisches im ökologischen Büro und der Entwicklung von neuen Bankprodukten haben Banken den Markt der Umweltschutztechnologie untersucht und die Ergebnisse veröffentlicht. Ziel dieser Studien ist es mehrheitlich, den Investitionsbedarf des Sektors festzustellen, um den Finanzierungsrahmen zur zukünftigen Kreditvergabe abzuschätzen und Empfehlungen an die vermögende Kundschaft geben zu können. Einige dieser Studien münden direkt in eine Auswahl von vielversprechenden sogenannten Umwelt-Aktien. Im folgenden werden die Ergebnisse einiger Studien kurz zusammengefaßt, um anschließend auf einige Konsequenzen für die alternative und selbstverwaltete Wirtschaft hinzuweisen.

Enormer Wachstumsbedarf

Übereinstimmend stellen die Banken einen enormen Wachstumsbedarf in der Branche der Umwelttechnologie fest. Die CSFB-Effektenbank beschränkt sich in ihrer Studie vom Juli 1989 auf die Untersuchung des Sektors in der Bundesrepublik. Sie schätzt die Umsatzziffern von 1988 auf DM 85 Milliarden und vermutet für Europa ein Wachstum von DM 85 Milliarden im Jahr 1987 auf etwa DM 140 Milliarden zur Jahrtausendwende. Dazu muß noch der Betrag von DM 300 Milliarden für Umwelttechnologieexporte nach Osteuropa addiert werden. Die Studie stützt sich zum großen Teil auf Ergebnisse von IFO, VDI, EMNID und Planconsult. Als wichtigste Gründe für Unternehmer, sich mit Umweltschutz zu beschäftigen, werden die Verschärfung der Umweltgesetzgebung und deren Berücksichtigung, das steigende Umweltbewußtsein in den Unternehmen und der Umweltschutz in anderen Staaten genannt. Ein großer Teil der Ausarbeitung widmet sich den Bereichen Luft, Abwasser, Abfall, Boden und Altlasten sowie Energie, wobei per Sektor etwa zehn Unternehmen erwähnt und jeweils ein Betrieb besonders herausgehoben wird. Die Bank stellt eine ausgezeichnete Ausgangsposition für die deutschen Betriebe fest. Die Entwicklung der Umwelttechnologie wird der Studie zufolge in drei Phasen ablaufen:

- Zunächst konzentrieren sich die Unternehmen auf die Herstellung von im nachhinein angefügte Elemente wie Filter und Katalysatoren (»End of Pipe«-Technologie).
- In der zweiten Phase dominiert die Recycling-Technologie unter Optimierung des Gebrauchs der verwendeten Rohstoffe.
- Die dritte Phase beinhaltet die integrierten Lösungen (»from one hand«), wobei Emissionen in den geschlossenen Systemen von vornherein vermieden werden.

Bisher sind, so die Studie, mit den Aktivitäten in der Umwelttechnologie zwar noch keine Gewinne zu erzielen, es bestehen allerdings Wachstumschancen. An der Börse sind noch sehr wenig Gesellschaften notiert.

Die Studie der Bank in Liechtenstein (Frankfurt) GmbH ist ähnlich strukturiert. Begrenzt auf das Gebiet der Bundesrepublik werden die Zielsetzungen der Umweltpolitik, die Finanzierungsproblematik, die Nachfrage weckenden Faktoren und die Unternehmensstruktur im Umwelttechnologiebereich untersucht. Das Investitionsvolumen in der Bundesrepublik steigt zwischen 1989 und 2000 von DM 220 Milliarden auf DM 300 Milliarden. Etwa 90% der Rechnungen werden von öffentlichen Einrichtungen bezahlt werden müssen. Auch die BIL stellt die Entwicklung von der »End-of-Pipe«-Technologie über den Recycling zur integrierten Lösung fest.

Interessant und zugleich alarmierend für die alternative Wirtschaft ist die Behauptung in der Studie, daß der Trend sich fortbewegt von den kleinen Unternehmen, die flexible, innovative und individuelle Lösungen anbieten. Stattdessen kommen die großen Unternehmen ins Geschäft, die ihre traditionellen Produkte weiter entwickeln, standardisierte billigere Gesamtlösungen anbieten, die Verwaltung eines »Project-Engineering« verkraften können und über das nötige Haftungskapital verfügen.

Große Chancen für Kleinere und Mittlere Unternehmen

Die Deutsche Bank setzt dem in ihrer an den Mittelstand gerichteten Informationsbroschüre entgegen, daß kleinere und mittlere Unternehmen aufgrund ihrer Innovationskraft, Dynamik und Flexibilität besonders große Chancen hätten. Hinzugefügt wird ein Zitat des Bundesumweltministeriums: »Umwelttechniken sind keine Massenprodukte. Gefragt sind maßgeschneiderte technisch komplexe Anlagen und Verfahrenstechnologien und somit auch die individuelle und einfallsbezogene Beratung«.

Die Commerzbank, die sich durch die Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden um ein umweltfreundliches Image in der Öffentlichkeit bemüht, stellt in zwei Faltblättern vom Mai 1988 und vom Februar 1989 eine wachsende Bedeutung des Umweltschutzes fest und fordert eine vorausschauende, marktorientierte Umweltpolitik. Sie verlangt die Aktivierung des Eigeninteresses der Unternehmen, die wirtschaftliche Vorteile aus dem verantwortungsbewußten Umgang mit der Umwelt erlangen können, setzt sich für das Verursacher-Prin

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

zip ein und zieht Subventionen den Umweltsteuern vor.

Die Vereins- und Westbank hebt in ihrer Studie die Vernachlässigung des Umweltschutzes in der DDR hervor und schätzt, daß dreistellige Milliarden-DM-Beträge für die Reparatur der Umweltschäden in den fünf neuen Bundesländern notwendig sein werden.

»Vergleichsweise umweltfreundliche« Unternehmen

Die meisten anderen Studien sind in erster Linie Wertpapieranalysen. Im Mittelpunkt stehen hier die Erfolgsaussichten der Umweltaktien. Die umfangreichste Veröffentlichung ist »Investing in a green Europe« des Londoner Brokers UBS Phillips & Drew. Bei der Untersuchung sämtlicher europäischer Börsen wurden 50 Aktien aus den Sektoren Rohstoffe, Chemie, Verbrauchsgüter, Bau und Industrie sowie Dienstleistungen herausgefiltert. Die Bearbeiter machen jedoch auch auf die Schattenseiten des Begriffes Umweltaktie aufmerksam und warnen vor zuviel Euphorie. Eine Liste von grünen Aktien sei nicht möglich, da es keinen Betrieb gebe, der nicht auf die eine oder andere Art und Weise umweltschädigend arbeitet. Es werden lediglich Unternehmen vorgestellt, die vergleichsweise umweltfreundlich produzieren oder von der Welle wachsenden Umweltbewußtseins profitieren.

Der Anteil des Umweltschutzes am Gesamtumsatz des Unternehmens ist oft sehr gering. Der Schweizerische Bankverein nennt in seiner Analyse europäischer Umweltaktien Verhältnisse ab 20%. Lediglich acht Aktien erhalten die Quote von 100%. Darunter befindet sich der britische Body Shop und als einzige deutsche Aktie der B.U.S., Berzelius Umwelt Service, der zudem eine Tochter der Metallgesellschaft ist. Die anderen reinen Umweltaktien sind mehrheitlich südeuropäische Gas- und Wasseraktien.

Im November 1990 warnt die belgische Bank Brussel Lambert vor zu hohen Gewinnerwartungen bei Umweltaktien. Auch das Wall Street Journal Europe schreibt am 19.12.1990, daß Anleger in Umweltaktien in den USA mit Verlusten von durchschnittlich 7% zwischen Dezember 1989 und Dezember 1990 leben mußten.

Dementsprechend unterzieht die Deutsche Genossenschaftsbank die Aktien der Unternehmen vor der Aufnahme in ihren Öko-Fonds neben einer ökologischen Beurteilung auch einer eingehenden wirtschaftlichen Analyse.

Kein »ökologischer Traum«

Dieser Kritik an den Umweltaktien müssen aus alternativer Sicht noch einige Gedanken hinzugefügt werden.

- Zunächst einmal haben Aktien mit Selbstverwaltung wenig zu tun, da ein Unternehmen eine gewisse Größe erreicht haben muß, bevor sich der Schritt an die Börse lohnt.
- Die Investierung in Aktien über die Börse bleibt in der Regel ein anonymer Vorgang.
- Die meisten Umwelt-Aktien – mit Body-Shop vielleicht als Ausnahme – repräsentieren eine »harte« Umweltschutztechnologie, die weniger auf natürlich-biologischen Prozessen basiert.
- Erwähnt werden muß außerdem der Hinweis der ethischen Investmentgesellschaften, die den Umweltschutz als ein Kriterium der ethischen Wirtschaft nennen, gleichzeitig aber betonen, daß umweltfreundliche Unternehmen nicht immer ethischen Kriterien genügen.

Was bei der Investition in Umwelttechnologie und in grüne Aktien auf der Strecke bleibt, ist der »ökologische Traum«, nämlich eine Ökologisierung der Industriegesellschaft, die sich nicht auf technische Lösungen beschränkt, sondern auch Themen wie die Wirtschaftsethik, die Emanzipation oder die Humanisierung der Arbeitswelt mit berücksichtigt. Es ist zweifellos für die Umweltschutzbewegung ein Erfolg, wenn sich große Konzerne und multinationale Unternehmen im Umweltschutz engagieren. Es reicht aber nicht aus, daß Fabriken schadstoffarm arbeiten, wenn die ArbeitnehmerInnen weiterhin gezwungen sind, sich allmorgendlich zur selben Zeit durch die Staubildungen zu zwängen, um 35 bis 39 Wochenstunden dem Streß der Unternehmenshierarchie hinterher zu hetzen. Und wir sind keinen Schritt weiter, wenn Unternehmen umweltfreundlich produzieren, gleichzeitig aber Geschäfte abschließen mit Partnern aus demokratiefeindlichen Regionen und Regimen, von denen einige bereit sind, Menschen und Rohstoffe in militärischen Konflikten zu opfern, und dabei nicht vor der Verursachung von folgenschweren ökologischen Katastrophen zurückschrecken. Gerade die Auswirkungen der Lieferungen an den Irak auf den gegenwärtigen Golf-Krieg haben gezeigt, wie schleppend die Diskussion um die Ethik in der Wirtschaft vorangeht. Während der Politik vorgeworfen wird, bei der Bekämpfung der Umweltverschmutzung versagt zu haben, so daß die Lösung der Probleme der Wirtschaft vorbehalten bleibt, meint derselbe Wirtschaftsvertreter nun, daß die Fragen der Rüstungskontrolle von der Politik zu lösen sein. Aufschlußreich nicht nur für die Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß ein bundesdeutsches Unternehmen seine Produktion im Militärbereich bisher nicht auf die Herstellung von Solar- und Windenergieanlagen umgestellt hat, weil noch ausreichend Aufträge aus dem Verteidigungshaushalt des Bundes vorliegen.

Grenzen zwischen alternativer und herkömmlicher Wirtschaft

Nachdem durch die Entwicklung des Instrumentarium des ökologischen Marketings und dessen Anwendung durch die traditionellen Unternehmen die Grenze zwischen alternativen und herkömmlichen Wirtschaftsformen verwischt worden war, hatte der Franzose F. Plassard angefragt, worin eigentlich die Alternative des alternativen Sektors besteht und ob nicht eine neue Alternative gefunden werden muß, sei sie nun regulierend oder antizipierend. Der Vorsprung des Selbstverwaltungssektors im Bereich des Umweltschutzes scheint nun tatsächlich hinzuschmelzen. Das Scheitern einiger Öko-Fonds nach dem Wegfall der finanziellen Unterstützung als Folge des Bundestags-Wahlergebnisses kommt erschwerend hinzu. Die Frage nach der Alternative läßt sich jedoch mit den Argumenten der Wirtschaftsethik, der Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt und dem Streben nach Emanzipation beantworten, Gebiete, in denen sich die Selbstverwaltungswirtschaft bisher immer sensibel gezeigt hat. Durch das Zögern in der traditionellen Wirtschaft bei diesen Themen wird nunmehr die Notwendigkeit der alternativen Wirtschaft wiederum deutlich.

Voraussetzung ist allerdings eine Verstärkung des Netzwerkes alternativer und selbstverwalteter Betriebe mit dem Ziel, daß jedes Produkt und jede Dienstleistung auf umweltfreundliche und ethisch einwandfreie Weise innerhalb des Breiches der alternativen und selbstverwalteten Wirtschaft angeboten wird. ●

KURZMELDUNG

Finanzplatz Hamburg

Trion als David und Farbtupfer!

Mit seinen mehr als 200 Geldinstituten und über 80 Assekuranz-Unternehmen ist Hamburg heute der zweitgrößte Bankenstandort und einer der wichtigsten Versicherungsmärkte in der Bundesrepublik. Nun erhält der Finanzplatz Hamburg neue, zusätzliche Impulse. Im April 1991 wird sich das Finanzdienstleistungsgewerbe aus der BRD und dem europäischen Ausland erstmals mit der ganzen Breite seines Geldanlage- und Beratungsangebots auf dem Hamburger Messegelände präsentieren.

Schaufenster für die Branche ist die FINANZ EXPO '91, 1. Internationale Fachbörse für Finanz- und Anlageberatung, die vom 4. bis 7. April 1991 Premiere hat und künftig alle zwei Jahre veranstaltet werden soll. Ein solcher »Marktplatz rund um das Geld« ist im Norden bisher ohne Beispiel: Die FINANZ EXPO '91 soll keine Fachbörse für den institutionellen Großanleger, sondern eine Informationsschau für jedermann/frau sein.

Als Rahmen für die Messe-Teilnahme hat sich die Trion eG. i.G. in Kooperation mit dem befreundeten Verein Hamburger Geld- und Bodenrechtsschule e.V. ein Programm einfallen lassen:

4.4., 10.30 Uhr	»Was ist eigentlich Geld?« mit Gesima Vogel als Referentin
4.4., 16.00 Uhr	»Geld ohne Zins und Inflation« mit Dr. Magrit Kennedy, der Autorin des gleichnamigen Buches
5.4., 10.30 Uhr	»Die Funktion des Geldes« mit Gesima Vogel
5.4., 16.00 Uhr	»Die Zinsfalle« mit J.P. Freiherr v. Bethmann
6.4., 10.30 Uhr	»IWF und Weltbank« mit D. Kühne, M. Mühlen
6.4., 16.00 Uhr	»Mit Geld gestalten – die Welt erhalten« Podiumsdiskussion mit Dr. M. Kennedy, J.P. Freiherr v. Bethmann, Drs. Rudolf Mees, Erik Nielsen (TRION ANDELSKASSE Dänemark). Diskussionsleitung: Marlene Kück
7.4., 10-14 Uhr	»Geld und Bewußtsein«, Seminar mit Drs. Rudolf Mees (Vorstandsvorsitzender der NMB POSTBANK a. D., Niederlande

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

1 JAHR SPARKASSENFILIALE NETWERK C.V.

An den Früchten erkennt Ihr den Baum

Unter diesem Motto hat das flämische Netzwerk (Netwerk Vlaanderen V.Z.W.) vor einem Jahr eine rechtlich selbständige Filiale der größten belgischen Sparkasse ASLK eröffnet. Der folgende Bericht behandelt Entstehung, erste Ergebnisse und die Besonderheiten dieses neuen Projektes am roten Baum, dem Logo von Netwerk Vlaanderen V.Z.W.

netwerk
Netwerk Vlaanderen vzw

Ernst-Eberhard Manski, Stevoort/Belgien ● Mit der ASLK arbeitet Netwerk Vlaanderen V.Z.W. schon seit einigen Jahren zusammen. Das gemeinsam entwickelte Produkt »Krekelsparen« erreichte in Flandern einigen Bekanntheitsgrad. Es ermöglichte Netwerk, ein Eigenkapital aufzubauen, das ausreichte, um an eine Vielzahl von flämischen alternativen Projekten Kredite zu günstigen Konditionen auszuleihen und im eigenen Büro eine Handvoll Arbeitsplätze zu schaffen. Beim »Krekelsparen« handelt es sich um ein Sparsystem, bei dem die teilnehmenden Sparer bei der ASLK ein an sich gewöhnliches Sparkonto unterhalten, das auf Antrag des Sparers als Krekelsparkonto gekennzeichnet wird. Die Sparkasse zahlt jährlich eine Vermittlungprovision an Netwerk, deren Höhe abhängig ist von den durchschnittlich auf dem Krekelsparkoten eingelegten Beträgen. Die Sparer haben außerdem die Möglichkeit, auf Teile ihrer Zinsen zugunsten von Netwerk Vlaanderen V.Z.W. zu verzichten.

Mit der Gründung von Netwerk C.V. wollte der Verein Netwerk Vlaanderen V.Z.W. sein Angebot an finanziellen Dienstlei-legt, daß die bei der Filiale eingezahlten Gelder von der ASLK nur an Kreditnehmer weitergeleitet werden können, die die Prinzipien von Netwerk respektieren und in den folgenden Bereichen tätig sind: Umweltschutz, Emanzipationsbewegung, Sozialwirtschaft, Kultur und Bildung. Der Gesamtbetrag der durch Netwerk C.V. erworbenen Spareinlagen und die Verwendung der Mittel wird im Jahresbericht der ASLK veröffentlicht.

Beide Partner halten das Ergebnis des ersten Jahres der Sparkassenfiliale für erfolgreich. Netwerk C.V. selbst ist zufrieden mit den Einlagen der privaten Anleger, die vor allem einer gemeinsamen Werbeaktion mit der Dritte-Welt-Ladenkette OS-FAM zum Jahreswechsel zu verdanken sind. Enttäuschend war die geringe Bereitschaft der großen alternativen und im Umweltschutz tätigen Organisationen, bei der Filiale Konten zu unterhalten, wodurch im Herbst eine deprimierende Durststrecke überstanden werden mußte. Einigen Organisationen fehlte zunächst die Einsicht, daß es bei Geldangelegenheiten nicht nur um den nackten Zinsfluß gehen muß, sondern es auch einen sozialen Gewinn zu erzielen gibt.

Diese anfängliche Zurückhaltung soll mit Hilfe eines Spezialsparbriefes überwunden werden, dessen Einführung im Frühjahr 1991 geplant ist. Bei diesem Sparbrief wird ein Zinsverzicht des Sparers zugunsten einer der beteiligten Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Frieden und Entwicklungshilfe vereinbart. Das vorbereitende Gespräch ermöglichte zunächst einmal das einzigartige Ereignis, daß sich die Vertreter von zehn großen belgischen Organisationen aus Friedens-, Dritte-Welt-, und Umweltbewegung mit den Spitzenmanagern eines Kreditinstitutes an einen Tisch setzten. Dabei wurde seitens der Sparkasse der Anspruch an Netwerk C.V. herangetragen, daß die Filiale in allen finanziellen Angelegenheiten als Vermittler zwischen den Neuen Sozialen Bewegungen und der ASLK fungieren soll. Netwerk C.V. erhofft sich aus der Zusammenarbeit mit den Organisationen eine beschleunigte Ausweitung des Gedankens des ethischen Bankwesens unter deren Mitgliedern und Sympathisanten.

Wichtig für die Filiale ist die Überarbeitung des Marketingkonzepts, weil bisher zu wenig Unterstützung aus der unmittelbaren Umgebung, d.h. von Netwerk selbst und seinen Mitgliedern, festgestellt werden konnte.

Anpassung ist unumgänglich

Eine derart enge Zusammenarbeit mit einem übermäßig größeren Partner erfordert von einem alternativen Projekt einige Anpassung. Zunächst besteht natürlich eine engeAbhängigkeit von den Strukturen des größeren Partners. Geringfügige organisatorische Änderungen innerhalb der Sparkasse können bereits erheblichen Einfluß auf den wirtschaftlichen Erfolg des Projektes ausüben. Personelle Änderungen bei den Entscheidungsträgern des Kreditinstituts können neue Überzeugungsarbeit erforderlich machen, zum Beispiel bei den Vorbereitungen von neuen Produkten. Die Konkurrenz mit den herkömmlichen, regional operierenden Filialen läßt wenig Spielraum für Sonderbehandlungen. So sind einem speziellen Konzept im Marketingbereich Grenzen gesetzt. Bestimmte Ideen und Fragestellungen beispielsweise zur Wirtschaftsethik oder zur Demokratisierung der Arbeit bleiben mentalitätsmäßig fremd und können vorerst kaum angesprochen oder umgesetzt werden.

Das Projekt Netwerk C.V. sollte nur aus seinem eigenen, regionalen Zusammenhang heraus bewertet werden. Eine Übertragung des Konzeptes auf bundesdeutsche oder schweizerische Verhältnisse ist ohnehin nicht notwendig, da mit der Ökobank, der GLS-Bank und der Alternativen Bank Schweiz bereits funktionstüchtige alternative Banken bestehen.

Für das flämische Netzwerk war der Schritt zur Gründung von Netwerk C.V. zunächst folgerichtig, zumal gegenwärtig nicht beurteilt werden kann, ob die flämische alternative Szene in naher Zukunft eine eigene Bank tragen können wird. Die vorbereitenden Diskussionen, die zur Gründung der Sparkassenfiliale führten, verliefen jedenfalls nahezu ohne Kontroversen, da es im Gegensatz zur Bundesrepublik in Flandern das Netzwerk selbst ist, das Schritte zur Weiterentwicklung im finanziellen Sektor unternimmt. ●

DAS VERFLIXTE GELD – 15. FOLGE

Geld, Zins, Arbeitslose

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● »Millionen Menschen hungern nicht, weil es zu wenig Lebensmittel in der Welt gibt, sondern weil ihnen das Geld fehlt, sie zu kaufen.« – Das hat vor einigen Jahren der Präsident der Weltbank gesagt.

Bezieht man den Satz auf den gravierenden Krisenindikator, die Arbeitslosigkeit, dann könnte man ihn so umformulieren: »Millionen Menschen sind nicht arbeitslos, weil es zu wenig Arbeit in der Welt gibt, sondern weil das Geld fehlt, sie zu bezahlen.«

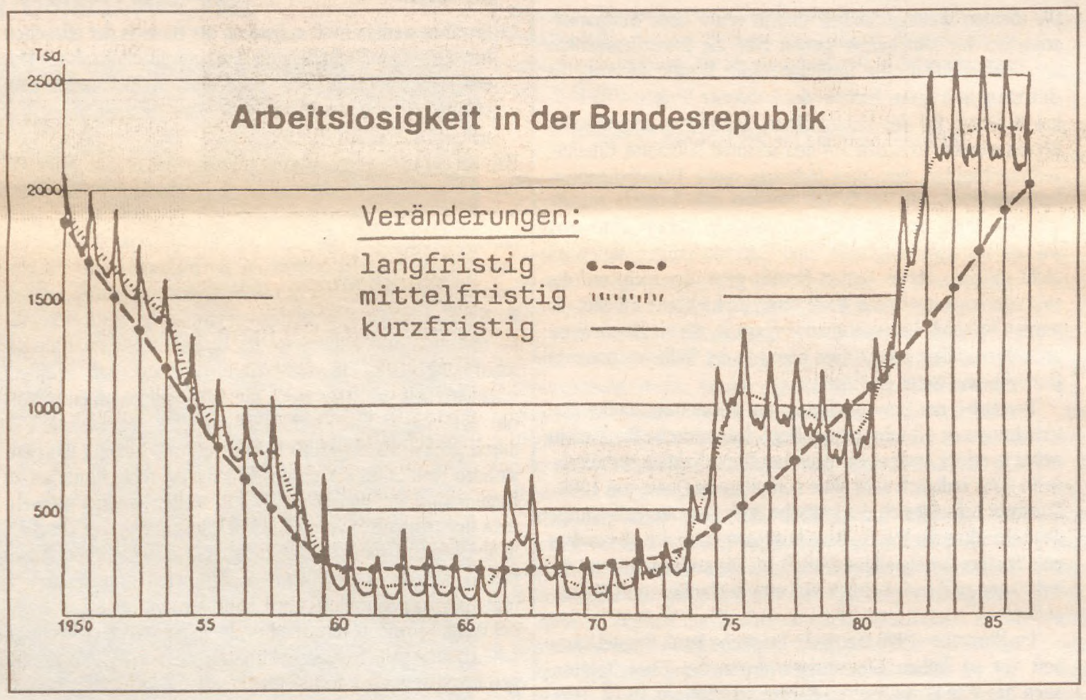
Geld ist also nicht nur das vielgelobte Tauschmittel, das Angebot uund Nachfrage in Deckung bringt, sondern allzuhäufig auch ein Tauschverhinderungsmittel, das Angebot und Nachfrage nicht zusammenkommen läßt. Es ist also nicht nur ein »Schlüssel zum Markt«, sondern in vielen Fällen auch ein »Riegel«.

Dieser Tatbestand tritt in den neuen Bundesländern besonders krass zutage: Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden. Es müssen dringend Wohnungen repariert und gebaut werden. Das Gleiche gilt für den Verkehrsbereich und die Kommunikationseinrichtungen, von der Beseitigung der ökologischen Altlasten nicht zu reden. Auch Arbeitssuchende und Arbeitswillige stehen in immer größeren Scharen auf der Straße. Und während sich das Problem der Lebensmittelüberschüsse und des Mangels weitgehend auf verschiedene Menschen und Länder verteilt, sind es hier die gleichen, die sowohl den Bedarf wie die Möglichkeit hätten, ihn zu befriedigen. Trotzdem kommt es zu keiner Lösung des Dilemmas, weil – und damit sind wir beim »Riegel des Marktes« – das Geld sich zur Vermittlung nicht bereit erklärt. Es stellt sich vielmehr für diese Rolle nur dann zur Verfügung, wenn die Verzinsung abgesichert ist, und diese ist – ein zusätzliches Dilemma – zur Zeit sehr hoch. Wer aber »Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus«, schrieb schon in den 20er Jahren der »Nebelspalter« und ein anderes Schlagwort aus dieser Zeit sagt: »Kein Zins – kein Geld, kein Geld – keine Arbeit«. Doch statt dafür zu sorgen, daß das vom Staat herausgegebene Geld seine Funktion nicht nur als Zahlungs- sondern auch als Finanzierungsmittel erfüllt, bezahlen unsere Politiker lieber das Nichtstun der Arbeitssuchenden mit teuer verzinsten öffentlichen Schulden. Dabei ist der staatliche Schuldenberg von über 1.000 Mrd. DM, den heute bereits jeder Arbeitsleistende p.a. mit rund 2.500 DM Zinsen bedienen muß, kaum noch tragbar, von einer Rückzahlung ganz zu schweigen.

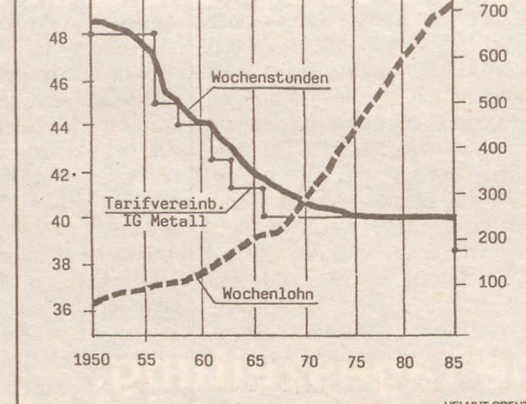
Doch statt uns weiter mit der Problementwicklung in den neuen Bundesländern zu befassen, deren geldbezogene Hintergründe wir täglich in den Zeitungen serviert bekommen, ist ein Blick in die Vergangenheit der alten BRD von Nutzen.

Die Arbeitslosigkeit in der alten Bundesrepublik

Sieht man sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Darstellung 1 einmal an, dann zeigt sich ein tiefes, langes Tal. Wie erkennbar, haben wir nach dem Krieg mit einer ähnlich hohen Arbeitslosigkeit begonnen, wie wir sie heute wieder haben. Einem raschen etwa zehnjährigen Abbau der Nachkriegsarbeitslosigkeit in der ersten Phase folgten zehn bis zwölf Jahre Vollbeschäftigung in der zweiten. Doch dann, Anfang der 70er Jahre, ging es wieder »aufwärts«, kaum weniger schnell als der vorherige Abbau. Auf diese langfristige Entwicklungskurve satteln sich, wie die Grafik weiter zeigt, immer höhere mittelfristige »Ausreißer« auf. Diese wiederum werden von den jährlich sich wiederholenden kurzfristigen Schwankungen begleitet, deren Größenordnung bei 200.000 Beschäftigten liegt. Diese kurzfristigen Schwankungen sind saisonal und witterungsbedingt und können somit auf natürliche Ursachen zu-



rückgeführt werden. Trotzdem könnte man auch diese Störungen der Beschäftigungslage, die für die Unternehmer wie die Arbeitnehmer gleichermaßen belastend sind, in ihrem Umfang reduzieren. Zum Beispiel, indem man die Überstunden in der Sommerzeit mit den »Unterstunden« in der Winterzeit verrechnet. Ich habe in den 60er Jahren in einem Betrieb gearbeitet, in dem man das – mit Einverständnis aller Beteiligten und hinter dem Rücken der Gewerkschaft – mit Erfolg praktiziert hat. Doch interessanter und aufschlußreicher als die Untersuchung der kurzfristigen ist die der wesentlich größeren lang- und mittelfristigen Veränderungen der Arbeitslosigkeit.



Was sind die Ursachen der langfristigen Arbeitslosigkeit?

Langfristige Veränderungen haben auch langfristig sich entwickelnde Ursachen. Für die rapide Abnahme der Arbeitslosigkeit nach 1950 war einmal die Wiederbelebung der Wirtschaft ursächlich, die, nach dem Umtausch der von den Nazis bankrottierten alten Währung in eine neue mengenbegrenzte, einsetzte. Noch entscheidender für das Tempo des Abbaus aber war die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften. Wie aus der Darstellung 2 ersichtlich, haben die Gewerkschaften den Mut gehabt, trotz der ungeheuren Kriegszerstörungen und des aufgestauten Nachholbedarfs, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den ersten zehn Jahren von 48 auf 44 Stunden zurückzuführen. Dieser Reduzierung folgte in den nachfolgenden 15 Jahren nochmal eine Reduzierung um 4 Stunden, auf die als Ziel angesetzte 40-Stundenwoche. Mit Hilfe dieser radikalen Arbeitszeitverkürzung konnten nicht nur die rückkehrenden Kriegsgefangenen und Ostflüchtlinge in den Wirtschaftsprozess integriert werden. Auch die Position des Arbeitsnehmers erfuhr eine Aufwertung, wie sie kurze Zeit vorher noch für undenkbar gehalten wurde: Aufgrund des Mangels an Arbeitskräften war der Arbeitsnehmer »König« am Arbeitsmarkt. Er konnte sich die Stellen fast nach Belieben aussuchen und wurde in der Mehrzahl aller Fälle über Tarif bezahlt.

Ausgelöst durch die für alle Dollarbesitzer günstigen Wechselkurse von 1:4 bzw. anfangs 1:4.20, begann darüber hinaus ein Exportboom, den man nur mit dem Hereinholen von Millionen Gastarbeitern durchziehen konnte.

Rechnet man die Arbeitszeitreduzierung auf die Jahre um, dann wurden die Wochenarbeitszeiten in den 50er Jahren im Durchschnitt um knapp 30 Minuten gekürzt, in den folgenden 15 Jahren immerhin noch um eine Viertelstunde. Dann aber – wie die Kurve zeigt – ruhte man sich auf dem Erreichten aus. Besonders krass lassen das die tariflichen Vereinbarungen bei dem Vorreiter IG Metall erkennen. Wie die zusätzlich in der Grafik eingetragene Treppe der Tarifabschlüsse zeigt, wurde die Arbeitszeit von 1956 bis 1966 – also bereits innerhalb von zehn Jahren – von 48 auf 40 Stunden heruntergefahren. Von 1966 bis 1985 allerdings, also über 19 Jahre hinweg (!), hat man dann die Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche eingefroren.

Betrachtet man die Kurve der Wochenlohnentwicklung in Darstellung 2, so zeigt sich ein umgekehrter Trend: Während die Lohneinkommen in den ersten beiden Jahrzehnten gemäßigt anstiegen, gingen sie anschließende viel steiler nach oben. Das heißt, in den ersten beiden Jahrzehnten hat man die Produktivitätsfortschritte sowohl steigenden Löhnen wie sinkenden Arbeitszeiten zugute kommen lassen. In den anschließenden Jahren aber wurde der Leistungsgewinn, bei Festschreibung der 40-Stunden-Woche, voll in Lohnerhöhungen umgesetzt. Diese Änderung der vorherigen Gewerkschaftspolitik – aus welchen Gründen auch immer vollzogen – hatte natürlich Folgen für den Arbeitsmarkt: Die verstärkten Produktions- und Kaufkraftzunahmen beschleunigten die sowieso gegebenen Sättigungsentwicklungen. Dadurch entstand ein zunehmender Arbeitskräfteüberhang, der vorher durch die regelmäßigen Arbeitszeitverkürzungen kompensiert worden war. Außerdem reagierten Unternehmen auf diese Entwicklungen mit verringerten Kapazitätsausweitungen, was ebenfalls zu einer Verringerung der notwendigen Arbeitskräfte führte. Diese Folgen für die Beschäftigungslage konnten auch durch ein künstliches Anheizen des Wirtschaftswachstum mit Hilfe einer immer größeren Werbeflut und der Ausweitung der Exporte nur zum Teil ausgeglichen werden. Dasselbe gilt für die staatlichen Belebungen der Wirtschaft durch die Förderung milliardenschwerer Großtechnologien, wie Atomkraftwerke, Raumfahrt oder Rüstung. Bei all diesen Forcierungsbemühungen blieb nur die Umwelt auf der Strecke.

Hätten dagegen die Gewerkschaften ihre Arbeitszeitpolitik aus den 60er Jahren fortgeführt, mit Reduzierungen der Wochenarbeitszeiten um jährlich ca. 20 Minuten, wäre die Arbeitszeit auf 35 Stunden zurückgegangen, bis 1990 auf 33.5 Stunden. Natürlich würden heute auch die Bruttolöhne um 16 Prozent niedriger sein, jedoch bei fast gleichen Nettolöhnen. Denn mit der immer größeren Differenz zwischen diesen beiden Größen zahlen Arbeithabende weitgehend die Kosten für die heutigen Arbeitslosen, deren Zahl nach dieser theoretischen Rechnung sonst bei null gelegen hätte.

Fortsetzung in Heft 79.

Wenn das Geld „streikt“

JOBS

Wir, W.e.s.p.e. e.V., betreiben in Neustadt/Wstr. ein Projekt zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung, Vernetzung von verschiedenen Betrieben und Einzelprojekten.
Die anfallende Arbeit besoders im Zusammenhang mit Umbau, Finanzierung u. Organisation des »Ökohofes« ist ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen. Deshalb suchen wir für die Bereiche Verwaltung, Finanzierung u. Organisation einen hauptamtlichen Menschen. Sympathie für die Projektziele u. Kenntnisse / Erfahrung in den gen. Bereichen sind erforderlich. Wünschenswert u. denkbar ist es, wenn aus u. neben dieser Arbeit ein neues Kollektiv (Steuerbüro, Betriebsberatung) entstehen würde. Näheres unter ☎ (06321) 3 38 70 Ute, Ede, Christine oder Wespe e.V., Friedrichstr. 36, 6370 Neustadt/Wstr.

Möchte mich als Buchhändlerin in niederrhein. Kreisstadt selbständig machen und suche dazu qualifizierte Partnerin.
Chiffre: Bücherwurm

Wir suchen zum 15.3.91 oder früher eine/n KollegIn für unsere Finanzbuchhaltung. Am liebsten wäre uns eine Person, die gründliche Kenntnisse und Erfahrungen im gesamten Bereich der Buchführung mitbringt und auch in der Lage ist, eine Bilanz zu erstellen. Vorteilhaft wären auch Grundkenntnisse in der Personalbuchhaltung.
Da unsere Buchhaltung weitgehend über EDV abgewickelt wird, muß die/der zukünftige KollegIn bereit sein, mit Computer zu arbeiten. Die/der zukünftige KollegIn arbeitet mit einer Kollegin zusammen.
Die »Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt« ist eine kleine entwicklungspolitische Organisation ohne hierarchische Arbeitsstrukturen. Erfahrungen in selbstverwalteten Betrieben wären daher von Vorteil, sind aber keine Bedingung. Die Stelle ist für 30 Stunden ausgeschrieben und wird, wie alle anderen Stellen bei der ASW, nach BAT Vb bezahlt.
Bewerbungen an:
ASW, Hedemannstr. 14
1000 Berlin 61
Auskünfte erteilt Walter Hättig.

ScheinerIn mit Berufserfahrung gesucht.
BIIRABOOM
Mercedesstr. 5/8
7053 Stetten
☎ (0 71 51) 4 55 25

Wir brauchen zwei Leute für unser Kollektiv so bald wie möglich:
- ○ eine Person für das zentrale Büro: Post / Anfragen / Beschaffung / Kassenführung / Schreibdienst u. a.
- ○ eine Person für alles am Haus und drumherum an Instandhaltung, Reparaturen usw.

Jeweils 30-40 Wochenstunden (einschließlich Beteiligung an der Projekt-Selbstverwaltung). Mehr erfahrt Ihr beim Energie- und Umweltzentrum am Deister, 3257 Springe-Eldagsen
☎ (0 50 44) 3 80 oder 18 80
(Wolfgang, Marlies oder Andreas).

Wir suchen **Köchin** oder **Koch** mit Spaß am Beruf für unsere **Vollwert**-Küche: Essensplanung, Einkauf, Kochen, Kräuterbeet-Bestellung.
Tagungshaus Bausen Nr. 6
3132 Clenze
☎ (0 58 44) 15 62

Das **Theater Lindenhof** sucht eine/n **KÖCHIN/KOCH** für seine Theatergaststätte. Unsere voll ausgestattete Küche ruft nach einer verantwortungsvollen Kraft, die unsere Gaststätte, in Zusammenarbeit mit dem Theater, selbständig führt.
WAS IHR WOLLT: eher korrekte Arbeitszeiten, ein gutes Team, eine interessante Theaterarbeit drumherum. **UNSER BEGEHR:** eine Köchin, einen Koch mit einem guten Händchen für die Speisekarte und einem offenen Ohr für die Belange des Theaters.
Interesse? Gleich bewerben beim
Theater Lindenhof
Unter den Linden 18
7453 Melchingen
☎ (0 71 26) 12 79

Wir suchen eigenverantwortliche/n LandschaftsgärtnerIn für Frühjahr 1991 mit Berufserfahrung und Erfahrungen in selbstverwalteten Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Wir sind GaLa-Bau Kollektiv im 10. Jahr und arbeiten vorwiegend im Bereich der Hofbegrünung.
Näheres unter ☎ (030) 694 54 40
Querbeet, Sanderstr. 26
1000 Berlin 44

FRAUEN

Die Schreinerei in der Kommune Niederkaufungen sucht eine Schreinerin möglichst mit Berufserfahrung, die mit uns 2w, 2m) im Kollektiv arbeiten und in der Kommune (z. Zt. 50 Menschen) leben will.
Weitere Informationen:
Kommune Niederkaufungen
Fiona, Kirchweg 1
3504 Kaufungen

JOBSUCHE

Gelernter Kaufmann, 27J., mit 11-monatiger Zusatzausbildung für Material- und Absatzwirtschaft (Computer) sucht Job im Großhandel, am liebsten Naturkost, UWS-Papier, nördlich der Mainlinie bevorzugt.
Christoph Meffert
Augustastr. 60
4400 Münster
☎ (0251) 79 49 37

Ich bin gelernter **(Kunst-) Glaser** und suche Projekt oder Betrieb zum Mitarbeiten.
Florian Scholz
Nerostr. 38
6200 Wiesbaden
☎ (0611) 59 04 66

PROJEKTE

Arbeitsbereich Vieh (Milch, Käse, Fleisch) sucht Mensch mit Erfahrung. Wir sind eine Kommune (z. Zt. 39 Erw./14 Kinder) mit gem. Ökonomie, Konsensprinzip und versch. Arbeitsbereichen. Der Mensch müßte hier voll einsteigen wollen (Wir können leider z. Zt. keine weiteren Kinder integrieren).
Kommune Niederkaufungen
z. Hd. Uli Schmid
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Grün-Alternatives Zentrum e.V., Leipzig, sucht zum Aufbau einer alten Wassermühle einen Leichtlastwagen oder Kombi oder Lieferwagen mit Kasten- oder Pritschenaufbau. Angebote mit Preis und technischen Daten an:
GAZ e.V. bei Ökolöwe
Bernhard-Göring-Str. 152
O-7030 Leipzig

Die Schreinerei in der Kommune Niederkaufungen sucht eine Schreinerin, möglichst mit Berufserfahrung, die mit uns (2w, 2m) im Kollektiv arbeiten und in der Kommune (z. Zt. 50 Menschen) leben will.
Weitere Informationen:
Kommune Niederkaufungen
Fiona, Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Wir wollen uns nicht weiter erdrücken lassen und suchen deshalb Lebensgemeinschaft irgendwo auf dem Land.
Tino Klünder & Gisela Neubauer
Brombeerstr. 24
2341 Mohrkirch

BAUWAGEN

In Vorbereitung unseres Ökodorf-Projektes suchen wir im Raum Berlin günstig **Wohn- und Bauwagen** und altes Bauerngerät für Garten-, Landwirtschaft und Nutztierhaltung.
Ökodorf »Liebenberg e.V.«
im Dachverband Ökodorf e.V.
Wilhelm-Piek-Str. 72
O-1054 Berlin
oder ☎ (030) 822 84 90

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
3 Mark + 1 Mark Porto
Jahres-Abo: 14,50 Mark

Heft 1/1991
Schwerpunkt: ZENSUR
- „Ergreifend ist das Erlebnis der Meinungsfreiheit"
- Zensur vor dem Bundesverfassungsgericht.
- Mehr Zensur wagen?
- Pilgerfahrten nach Karlsruhe

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 2 Hefte für 5 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 67696

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

VEHEMENT

Erfahrungen - Kommentare - Informationen

Diese neue Zeitschrift - sie erscheint halbjährlich - wird von ehemaligen Entwicklungshelfer/innen herausgegeben.

Themenschwerpunkte sind: Personelle Entwicklungshilfe bzw. -zusammenarbeit, Methoden entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, Ökologische Probleme in der Dritten Welt, Entwicklungspolitische Kommentare, Vorstellung von Initiativen, Informationshinweise.

Herausgeber ist die Vereinigung ehemaliger EntwicklungshelferInnen - **VEHEMENT e.V., 5000 Köln 51, Zollstockweg 5, Tel.: 0221 / 36 54 10. Einzelheft** DM 5,- + Porto (erhältlich bei Zusendung von DM 7,- in Briefmarken). **Jahresabo**(incl. Porto): DM 12,-. Probeheft anfordern!

Internationale Workcamps: Leben und Arbeiten in internationalen Gruppen

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen oder antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1991 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 3,00 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: Service Civil International, Blücherstraße 14, 5300 Bonn.

NEUERSCHEINUNG

SELBSTDARSTELLUNGEN
ADRESSREGISTER
UND
TEXTE DER
2/3 WELT-BEWEGUNG DER
EHEMALIGEN DDR

112 Seiten
DM 9,80

ZU BEZIEHEN ÜBER: iz3w · POSTFACH 5328 · 7800 FREIBURG
FÜR DEN BUCHHANDEL: PROLIT, POSTFACH 111008 · 6300 GIESSEN

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, LEA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

LESERBRIEF

Was gibt das für 'nen Sinn???

Antwort auf das Interview, S. 4, Nr. 2/91

Meine erste Reaktion auf den Artikel war riesige Wut. Ich durfte mir nie aussuchen, wie, wo, mit welcher ich in welchem Zusammenhang arbeite, lebe und liebe. Durch tagtägliche Erziehung, Rollenverhalten, Auspressung und Entfremdung muß ich mich behaupten, für meine Zukunft unter einigermaßen erträglichen Umständen kämpfen. Anpassung und Konsum, Resignation und Mitschuld, Steuern und Konkurrenz. Ich hasse diese meine beschissene Welt. Die Steine, und das sind noch viel zu wenige, sind nur ein Ausdruck meines Kampfes. Die nie endenden Diskussionen, die Flugblätter, die Zeitungen, die Büchertische, die Veranstaltungen, die Konzerte, die besetzten Häuser, die Mietkämpfe und Mietkürzungen, die Arbeitsgruppen, der antifaschistische Kampf auf der Straße, in den Stadien und in verschiedensten anderen gesellschaftlichen Bereichen, das Wälzen von Quellen, um einigermaßen korrekte Analysen hinzukriegen, die Gespräche mit Flüchtlingen, die Kritik darin in unseren verschiedenen Vorstellungen und Perspektiven, ... IWF, EG, NATO, Warschauer Pakt, UNO, Entwicklungshilfe, Weltbank-en, Parteien, Parlamentarismus, Bullen, Justiz, Pro Familia, Arbeitsamt, Uni, Konzerne, Militarismus, Gentech, Umstrukturierung, ... wir sitzen im Herz der Bestie und wir werden ganz glücklich damit, oder??? Warum müßt ihr immer mit den Herrschenden zusammenarbeiten, indem ihr uns auf Randale, Hilflosigkeit, Funktionalisiererinnen, Machtgeile und auf den Vergleich mit Rechten reduziert. Damit steht ihr klar auf der Seite der Herrschenden und ihr habt euren Kopf und Bauch bereits verkauft. Geblieben scheint höchstens noch das schlechte Gewissen für die immer noch produzierenden AKW's, die Ausbeutung der drei Kontinente und der wachsende Rassismus. Wir leben davon, und nicht schlecht. Wir haben was von Waffenproduktion und Export, wir haben was von Glotze und Altenheimen, wir haben von BILD bis taz, von Republikanern bis zu Bullen. Genau hingucken – du wirst den Nutzen für dich schon finden, auch wenn dies immer wieder abgestritten wird. Einbiß chen Friedenslatschen hat noch nie was gebracht, womit ich nicht sage, daß ich weiß, wo es lang geht. Macht und Teilhaben an dieser haben immer einen gewaltigen Haken: die Angst, zu verlieren, die Angst wieder am Anfang zu stehen.

Was ist an uns AnarchistenInnen und Autonomen eigentlich so schlimm. Glaubt ihr den Zeitungen immer noch. Außerdem kenne ich keine Revolution, und keine revolutionären Kämpfe, in der nicht 'ne Menge zu Bruch ging, was leider nicht an unserer mangelnden Toleranz oder an unserer Überheblichkeit liegt, oder kennst du eine PolitikerIn oder einen Bonzen, welche/r eingesehen hat, was mit seine/m Tun angerichtet wurde/wird. Mit der Herrschaft gibt es keinen Dialog!!!

Die einzige Sprache, die sie kennen, ist Ausgrenzung, Spaltung, Profit und Gewalt. Und wir haben immer nur etwas erreicht, wenn wir hier mit Solidarität, Generalstreik, gezielten direkten Aktionen und Massenaufläufen reagiert und gehandelt haben. Der Krieg wurde und wird seit hunderten Jahren gegen die Aufbegehrenden geführt, oder sind die Bäuerinaufstände, die Diggers, die Wiedertäufer, die Brigadistinnen, ist die mexikanische, die spanische, die russische Revolution – sind all die Kämpfe der letzten Jahre schon wieder vergessen?

Nicht wir, die Scheiben einschmeißen und Läden plündern sind das Problem, und selbst darüber reden wir immer noch zuviel. Wenn es euch nicht paßt, wie über Demos berichtet wird, wo ihr doch so friedlich seid, dann hinterfragt doch mal den Sinn des Ganzen und wendet euch an die taz oder an die Springerpresse. Wenn sie einen Nutzen davon haben, werden sie euch bestimmt Raum geben; nur steht ihr dann auf der Seite der Kriegsgewinner.

In diesem Sinne Krieg dem Krieg Revolution bis zum Sieg

Holger aus Kiel

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Fünfzehn Jahre Alternative Ökonomie im Film

Die Darstellung von Selbstverwaltungsansätzen und Genossenschaften im Film und Video hat nun schon eine lange Tradition. Diese Tradition aufzugreifen, indem inhaltliche und formale (aus filmerischer Sicht) Kriterien an solche Filme erarbeitet werden, um sie anschließend unter diesem Blickwinkel geschärfter zu betrachten, ist Ziel eines Seminars vom 8. bis 12.5.1991 in Bremen. Das Seminar beginnt am Mittwochabend um 20.30 Uhr mit der Klärung der organisatorischen Fragen und zum „Aufwärmen" mit einem Film. Der Donnerstag beginnt mit einem Referat über inhaltliche Kriterien, sprich welche Inhalte in Filmen über Alternative Ökonomie vermittelt werden müßten. Anschließend werden Filme gezeigt, die unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und am Abend intensiv diskutiert werden.

Am zweiten Tag liegt der Schwerpunkt auf den filmerischen-künstlerischen Mitteln, mit denen solche Filme umgesetzt werden müßten. Begonnen wird mit einem Referat dazu. Zu den vermittelten Kriterien werden anschließend Filme gezeigt, die wieder am Abend anhand dieser Kriterien zu diskutieren sind. Der Samstag und der Sonntag dient zur Planung des Sommerseminars Alternative Ökonomie des TAK AÖs 1991 vom 26.7. bis 4.8.1991 in dem Tagungshaus Läufertsmühle in Neckargerach. Anmeldung und Organisation des Seminars liegen bei Bernd Scheda, Sielpfad 27, 2800 Bremen.

VSBH

Ökobank ohne Bewegung !?

Nachdem einige Betriebe/Projekte Probleme mit der Geschäftspolitik bzw. dem Geschäftsgebaren der Ökobank hatten, wird am 13. April 1991, von 15 bis 18 Uhr in der Mainzer Landstr. 147, Frankfurt/Main eine Veranstaltung mit VertreterInnen von Ökobank, Beirat und Betrieben/Projekten stattfinden, um Problemlösungen zu suchen.

Weitere Infos:
VSBH, Mainzer Landstr. 147, Ffm.

SCHREINEREIENTREFFEN

Vom 12. bis 14. April 1991 im Tagungshaus Bessunger Forst (bei Darmstadt) zum Thema: Gründe alter KollektivistInnen auszusteigen
oder: »Das Recht darauf, nicht mehr so anstrengend zu leben«
(Ein/e ReferentIn zum Thema wird noch gesucht, bei Interesse bitte melden!)
Das Wochenende wird ca. 100,– DM kosten. Anmeldungen an:
B.A.U.M.
z. Hd. Christine
Hindenburgstr. 37
6370 Neustadt/Weinstr.
Wegbeschreibung und genauere Infos werden nach Anmeldung zugesandt.

ISO

Visualisierungstechniken: Was tun 3

In vielen Sitzungen, Besprechungen und Versammlungen werden seitenweise Papiere verteilt, umfangreiche Protokolle angefertigt, die dann ungelesen abgelegt werden oder gleich im Papierkorb landen.

In diesem Seminar könnt Ihr Eure Fähigkeiten erweitern, um mit neuen Visualisierungstechniken:

* Sitzungen intensiver vorzubereiten,
* den Sitzungsverlauf übersichtlich zu dokumentieren,
* Entwicklungen und Planungen gezielt voranzubringen.

TeilnehmerInnenbeitrag: 100 DM zzgl. Übernachtung u. Verpflegung
Termin: 28. bis 29.4.1991 in Frankfurt
Teamerin: Martina Pauli, ISO
Anmeldegebühr: 50 DM

Netzwerk zur kulturellen und sozialen Selbsthilfe e.V.

Der Köder muß dem Fisch schmekken...
...nicht dem Angler

Konzepte, Ideen und praktische Tips zur Öffentlichkeitsarbeit von SV-Betrieben und Verbänden.

Für das Wochenendseminar vom 15. bis 17. März 1991 in Marburg haben wir kompetente Teamer eingeladen, die uns darin schulen werden, wie wir unsere vielfältigen Aktivitäten zur Vernetzung und Dienstleistung in der Öffentlichkeit wirksam darstellen können.

TeilnehmerInnenbeitrag: 150 DM zzgl. Übernachtung u. Verpflegung
Termin: 15. bis 17.3.1991, Altes Amtsgericht, Marburg-Fronhausen
Seminarteam: Victor Malsy und N.N. *(Praxisinstitut Bremen)*
Anmeldegebühr: 150 DM
Anmeldung: bis 25.2.1991
Kooperation: Netzwerk/ISO/Paritätisches Bildungswerk

Anmeldung & Information:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung e.V.
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main
☎ (069) 738 18 33

OSNABRÜCK

Ganzheitliches Management

Ein Wochenendseminar zur Reflexion der Unternehmensentwicklung mit ganzheitlicher Arbeitsmethodik für MitarbeiterInnen und UnternehmerInnen aus sozialen, kulturellen und gewerblichen Projekten und Betrieben im Bereich Ökologie und Selbstverwaltung und aus partnerschaftlich orientierten Unternehmen bietet Klemens Speer vom 26. bis 28. April an. Einerseits sollen körperorientierte Übungen zur Entspannung und zur Intuitionsschulung beitragen und andererseits systematisch sachliche Problemlösungstechniken angewandt und damit die Unternehmensentwicklung reflektiert werden. Preis incl. Übernachtung und vegetarischer Verpflegung 160 DM, für Mitglieder des Netzwerk Osnabrück 120 DM. Anmeldung: Schriftlich bis spätestens sechs Wochen vor Kursbeginn bei Klemens Speer, Ganzheitliche Unternehmensführung, Katharinenstr. 51, 4500 Osnabrück
☎ (05 41) 4 98 03

INNOVA

Theorie und Praxis der genossenschaftlichen Selbsthilfe – die vergessene Rechtsform. **Innova** – Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. führt sein bewährtes Existenzgründungsseminar für Genossenschaften durch.

Termin: 22. bis 24. März 1991 in Hattingen
Anmeldung: Innova
Am Hofgarten 20
5300 Bonn 1

NETZPLAN

PC-Einsatz im Kleinbetrieb

Die wichtigsten Verwaltungsfunktionen im Betrieb werden in diesem Bausteinseminar erarbeitet: (Kosten-)kalkulation (123), Textverarbeitung (Word) und ein Tag Betriebssystem DOS.
Neuer Termin: 15. bis 19. April 1991
Leitung: Peter Golle (Dipl. Oec.)
Teilnahmebeitrag: 400 DM, Einzeltag 100 DM.

EDV-unterstütztes Projektmanagement

Mit Hilfe der Netzplantechnik können größere Projekte bzgl. Zeit, Kosten und Betriebsmittel geplant und überwacht werden. Ein einfach zu erlernendes EDV-Programm macht den Einsatz auch im Klein- und Mittelbetrieb sinnvoll.
Termin: 15. April 1991
Leitung: N. Turulski, Dipl. Oec.
Teilnahmebeitrag: 60 DM

Beschaffung von Informationen durch »alternative« Mailboxen

Möglichkeiten, Kosten und Kritik der Datenfernübertragung mit praktischen Demonstrationen.
Termin: 22. April 1991
Leitung: N. Turulski, Dipl. Oec.
Teilnahmebeitrag: 60 DM

Selbstverwaltung – eine Alternative für Frauen im Berufsleben?

Das Weibliche und das Männliche: Rollen, Probleme, Veränderung, Durchsetzung, Präsentation, Kommunikation im selbstverwalteten Betrieb.
Termin: 26. bis 27. April 1991
Leitung: Andrea Heinevetter (Dipl. Superv.)
Teilnahmebeitrag: 160 DM

Kooperative Betriebsführung

Zielvereinbarung, Unternehmensführung, Organisation und Controlling in teamorientierten Betrieben – Seminar mit praktischen Übungen.
Termin: 29. bis 30. April 1991
Leitung: Heinz Hütter (Betriebsberater)
Teilnahmebeitrag: 160 DM

Infos & Anmeldung bei
NETZplan eG
z. Hd. M. Wirtz-Miller
Schaezlerstr. 17
8900 Augsburg
☎ (0821) 51 54 03

NIEDERKAUFUNGEN

Leben in der Kommune

An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen.
Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit

- Gemeinsamer Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem *Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden*
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagorganisation mit 50 Menschen.

Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 22. bis 24. März 1991
Teilnahmebeitrag: 90 DM

Videowerkstatt »Anders leben – anders arbeiten«

Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellung sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- Gemeinsame Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagorganisation mit 50 Menschen.

Wir werden 3 Filmteams bilden, die sich ihre Bilder und Eindrücke von der Kommune machen. Diese sind das Material für einen kleinen Film, der gemeinsam erstellt wird. Was herauskommt ist offen...
Technische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Sie werden im Rahmen des Bildungsurlaubs vermittelt.
Es ist zu beachten, daß das Seminar von Montag bis Sonntagmittag stattfindet. Das Seminar wird mit höchstens 12 TeilnehmerInnen durchgeführt.
Referenten: Albert Koepfinger, Dieter Bensmann
Termin: 10. bis 16.6.91
Teilnahmebeitrag: 280,– DM (im Teilnahmebeitrag ist eine Kopie des Films zum Mitnehmen enthalten).

Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

BAD BOLL

Saubere Gewinne
Ethische Vermögensanlagen in der Diskussion

Die Diskussion um eine ethisch orientierte Kapitalanlage gewinnt zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Kapitaleigner überlegen sich genauer, wo und wie sie ihr Geld anlegen bzw. nicht anlegen möchten. Ökologische, soziale und humanitäre Fragen beeinflussen die Entscheidung privater wie institutioneller Anleger.
Bislang stand bei der Bewertung einer Kapitalanlage Bonität und Höhe des Unternehmensergebnisses im Vordergrund. Das »Ethical Investment« erfordert eine neue Form der Unternehmensbewertung – hier entscheidet auch die Art und Weise, wie das Unternehmensergebnis erwirtschaftet wurde und verwendet wird.
Diese Tagung wendet sich sowohl an ethisch orientierte Privatanleger als auch an institutionelle Anleger, an Vertreter der Kreditwirtschaft und des Wirtschaftsjournalismus. Auf der Tagung wollen wir die Frage ethischer Geldanlage umfassend diskutieren und Organisationen und Geldinstitute vorstellen, die sich damit beschäftigen. Dabei wird auch die Frage nach einer ethisch orientierten Bewertungsagentur (»Rating Agency") eine wichtige Rolle spielen.
Termin: 22. bis 24. März 1991
Ort: Evangelische Akademie Bad Boll
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11
7325 Bad Boll
☎ (0 71 64) 79-267 (vorm.)

DORTMUND

Projekte und Initiativen erfolgreich initiieren

Bildungsurlaubswoche zum Thema Existenzgründung in sozialen und pädagogischen Tätigkeitsfeldern vom 13. bis 17. Mai 1991 beim Kommunikativen Bildungswerk e.V. in Dortmund.
Themen dieser Woche werden sein:

- Projektplanung und Projektorganisation
- Rechtsfragen
- Finanzierungsquellen und -konzepte
- Öffentlichkeitsarbeit
- Durchsetzungsstrategien

Text – Wort – Bild

Öffentlichkeitsarbeit in Projekten und Initiativen. In der Woche vom 11. bis 15. März 1991 als Veranstaltung nach Awbg. Bildungsurlaub. Gerade wir als Bildungswerk haben in den letzten Jahren festgestellt, wie wichtig eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit ist, die sich insbesondere an breite Bevölkerungsschichten wendet aber genausogut an wichtige andere sogenannte Multiplikatoren. In dieser Woche werden theoretische Ansätze, konzeptionelle und planerische Grundlagen – das »praktische« Handwerkszeug einer anspruchsvollen Öffentlichkeitsarbeit vermittelt. Als Inhalte sind geplant:

- Presse- und Medienarbeit
- Produktion eigener Materialien – Flugblätter, Plakate, Veranstaltungsprogramme, Broschüren
- Planung von Aktionen und Veranstaltungen

Anmeldung & Information:
Kommunikatives Bildungswerk e.V.
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23

EUROPA

SALENCINA

Europa sehen wir anders
Projekte in Ost und West

Seminarwoche der Stiftung Salencina, Maloja (Schweiz)
vom 11. bis 18. Mai 1991

- Analyse und Perspektive der Veränderungen in Europa
- Ein anderes Europa – das Europa der Projekte in Ost und West

Wir wollen uns mit den jüngsten Ereignissen und Veränderungen auseinandersetzen. Der Schwerpunkt liegt weniger auf dem europäischen Integrationsprozeß (EG 92) als auf den Veränderungen in Osteuropa. Die globale Dimension dieser Prozesse schließt für uns die Frage ein: Was heißt das alles für die sog. 3. Welt?
Welche Utopien/Gegenstrategien bleiben angesichts der laufenden Entwicklungen? Ansatzpunkt für diesen Teil ist unser Projektalltag. Wie gehen wir im konkret Praktischen voran mit den gewonnenen allgemeinen Erkenntnissen. Wir wollen die verschiedensten selbstbestimmten Projekte aus Europa (Ost und West) zusammenbringen und Ideen/Strategien austauschen. Einladen wollen wir Projekte aus den Bereichen Wohnen, Arbeit/Produktion und Handel. Konferenzsprache ist Deutsch.
Für Detailprogramm/Information:
Salencina, Orden Dent
7516 Maloja/Schweiz
☎ (082) 4 32 39
Wir suchen noch weitere Kontakte zu Projekten in Ungarn, Polen, CSFR.
Wer weiß was und informiert uns?

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Betten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.
Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Ffm.
Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

SONSTIGES

LERNWERKSTATT

Auswege aus der Konsumgesellschaft

18. bis 22.3.91, Seminar (als Bildungsurlaub anerkannt) mit Prof. M. Mies, B. Bahro, R. Wagner, zur Gewalt gegen Frauen, Natur u. fremde Völker, mit prakt. Elementen der Subsidenzwirtschaft; 280,–/300,– DM incl. UK + VV, nach Selbsteinsch., in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung

Intensives Kreativitätstraining – Ein Abenteuer mit mir selbst

2. bis 7.4.91; mit Günther Wieland; Gestalt-, Primärarbeit, Reich'sche Körperarbeit, TZI; begrenzt auf 12 TN; 700,–/800,– DM incl. UK + VV nach Selbsteinsch.

Die politische Entwicklung in den islamischen Ländern

in der Folge des Golfkriegs; 12. bis 14. April 1991; mit den Nahostexperten A. M. Husseini u. C. Erck; in Koop. m. d. H.-Böll-Stiftung; 170,–/220,– DM incl. UK + VV;
Anmeldungen:
Lernwerkstatt e.V.
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).